

4. ver.di Bundeskongress, Leipzig, 2015

MONTAG, 21. SEPTEMBER

TAGESPROTOKOLL

21.09.15



Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Erster Kongresstag

Montag, 21. September 2015

Beginn: 9.17 Uhr

Monika Brandl, Vorsitzende des Gewerkschaftsrats

Guten Morgen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herzlich willkommen zu unserem ersten Tag. Ich hoffe, der gestrige Abend hat euch gut gefallen. (Beifall)

Dann werden wir jetzt zur **Konstituierung** unseres 4. Ordentlichen ver.di-Bundeskongresses kommen, auch wenn wir den Tagesordnungspunkt 1, die Eröffnungsveranstaltung, schon gestern hatten.

Wie ihr alle wisst, ist der Bundeskongress das höchste Organ von ver.di. Dieser Kongress legt für die Gesamtorganisation für die nächsten vier Jahre die Grundsätze der Gewerkschaftspolitik fest. Die Aufgaben, die Zusammensetzung, die Einberufung und die wesentlichen Regelungen für die Beratungen und Beschlussfassungen sind in unserer Satzung festgelegt. Auf dieser Basis gibt sich der Kongress selbst seinen formalen Rahmen. Dazu gehören insbesondere auch die Wahl der Kongressleitung und der Beschluss der Geschäfts- und Wahlordnung.

Zur eigentlichen Konstituierung komme ich jetzt. Der Bundeskongress ist vom Gewerkschaftsrat mit der Ausgabe 02/15 der „PUBLIK“ entsprechend Paragraph 39 Absatz 1 unserer Satzung einberufen worden. Das heißt, er ist fristgerecht mindestens fünf Monate vor Kongressbeginn unter Bekanntgabe der Tagesordnung und des Antragsschlusses einberufen worden.

Die Delegierten haben ihre Einladungen und ihre Kongressunterlagen fristgerecht zugesandt bekommen beziehungsweise sie wurden erstmals auch online zur Verfügung gestellt, sofern die Kolleginnen und Kollegen auf eine Zusendung in Papierform verzichtet haben.

Damit komme ich zur **Wahl der Kongressleitung**. Der Gewerkschaftsrat schlägt dem Bundeskongress folgende Kolleginnen und Kollegen vor: Tanja Aumer, Klaus Böhme, Angela Gantke, Timo Heider, Lisette Hörig, Thomas Koczelnik und Katrin Tremel. Wünscht dazu jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Vorschlag ist, den bitte ich heute erstmalig um Heben der Stimmkarte. - Ein schönes Bild. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine Enthaltung. Dann hat der Kongress einstimmig die Tagungsleitung so beschlossen. (Beifall)



Dann bitte ich die Kolleginnen und Kollegen der Kongressleitung, das Präsidium des Gewerkschaftsrats, den Bundesvorstand und den Kongressmitarbeiterstab auf die Bühne und die Plätze einzunehmen.

Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir mit der Konstituierung fortfahren, möchten wir euch bitten, euch zur Ehrung der Verstorbenen von den Plätzen zu erheben.

Wir erinnern uns stellvertretend für die in den letzten vier Jahren Verstorbenen an

Hans-Otto Schmeing,

Monika Brandl

Ernst Honig,

Frank Bsirske

Günter Rodewig,

Monika Brandl

Bernd Oleynik,

Frank Bsirske

Hans Schwalbach,

Monika Brandl

Karl-Heinz Rauch,

Frank Bsirske

Reinhold Stühlmeyer,

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Monika Brandl
Wilfried Hülsberg,

Frank Bsirske
Ernst Breit,

Monika Brandl
Burkhard Maletzki,

Frank Bsirske
Jackie Krümmel,

Monika Brandl
Ralf Fenske,

Frank Bsirske
Erich Loest,

Monika Brandl
Gertrud Graszt,

Frank Bsirske
Rolf Linsler,

Monika Brandl
Fred Grenkowitz,

Frank Bsirske
Norbert Franiel,



Monika Brandl

Petra Trellenkamp,

Frank Bsirske

Erika Hoch,

Monika Brandl

Anni Gondro,

Frank Bsirske

Joachim Dieter Schwäbel,

Monika Brandl

Christian-Ulrich Behring,

Frank Bsirske

Wilhelm Hubrich.

Ihr habt euch zum ehrenden Andenken an unsere Verstorbenen erhoben. Wir danken euch.

Katrin Tremel, Kongressleitung

Dann können wir starten. - Von uns hier oben aus ein herzliches Willkommen. Vielen Dank für das Vertrauen, das ihr uns geschenkt habt. Wir als Kongressleitung haben uns auf unsere Aufgaben hier gut vorbereitet und gehen davon aus, dass wir gemeinsam mit euch einen interessanten und spannenden ordentlichen 4. ver.di-Bundeskongress haben werden.

Zur Vorbereitung der Situation hat auch gehört, dass wir uns mit der aktuellen Situation hier in Leipzig beschäftigt haben. Wir haben bei der Begrüßungsveranstaltung gestern

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Abend zum einen vom Jugendchor St. Stephan, zum anderen von den anderen Rednern etwas zum Thema Flüchtlinge gehört, und auch Herr Oberbürgermeister Jung hat gestern Abend angesprochen, dass sich in einer der anderen Messehallen eine Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge befindet; diese wird vom Deutschen Roten Kreuz Sachsen betrieben.

Nachdem bekannt wurde, dass sich eine solche Einrichtung hier befindet, haben sich unsere Kolleginnen und Kollegen mit dem DRK in Verbindung gesetzt und besprochen, wie wir den Menschen helfen können, wie wir die Menschen in der Einrichtung unterstützen können. Innerhalb kurzer Zeit ist die Zahl von 700 auf über 1.800 Menschen angestiegen. Daher haben wir uns mit dem DRK darauf verständigt, dass es nicht zielführend ist, einzelne Hilfspakete für die Menschen in der Einrichtung zu schnüren. Vielmehr besteht ein Bedarf an Spielzeug und Einrichtungsgegenständen für Kinder, weil auch sehr viele Kinder dabei sind. Uns wurde mitgeteilt, dass es zum Beispiel helfen könnte, wenn wir eine Bücherkiste mit Kinderbüchern übergeben würden.

Die Mitglieder des Gewerkschaftsrats haben eine Büchersammlung gestartet. Diese Bücher werden wir im Laufe der Woche zusammen mit einer Kiste mit Malutensilien für die zirka 400 Kinder an die Einrichtung übergeben. Wir werden diese Einrichtung hier in der Messehalle auch gezielt finanziell unterstützen. (Beifall)

Auch die ver.di Jugend hat überlegt, was sie tun kann, und entschieden, an dem „ver.di Jugend“-Stand und auch mit Bauchläden - das werdet ihr später sicherlich noch sehen - „Refugees Welcome“-Bänder zu verkaufen. Diese könnte ihr für zwei Euro erwerben. Auch dieses Geld wird hinterher gespendet.

Wir wissen natürlich, dass sich viele von euch auch gerne persönlich einbringen möchten. Wir haben auch das mit der Einrichtung besprochen, aber es ist so, dass es grundsätzlich nicht möglich ist, die Menschen in der Einrichtung zu besuchen. Allerdings haben wir erfahren, dass es in anderen Einrichtungen sehr wohl positive Erfahrungen damit gibt, den Menschen mit Kulturangeboten ein bisschen Abwechslung zu bieten. Die Helfer des DRK können diese kulturellen Aufgaben jedoch nicht auch noch übernehmen; schließlich sind dort noch viele andere Aufgaben zu erledigen. Deswegen haben wir mit unseren Künstlern Gespräche geführt und sie gebeten, dass sie, wie sie es gestern Abend für uns gemacht haben, auch dort in der Einrichtung für eine gute Stimmung bei den Flüchtlingen sorgen. Darüber hinaus werden auch die Leipziger Clowns oder Künstler in der Einrichtung auftreten.



Das alles wird parallel zu unserem Bundeskongress stattfinden. Wir glauben, dass wir damit ein deutliches Zeichen für unsere Willkommenskultur gesetzt haben, und hoffen, dass wir das auch in eurem Sinne so abgesprochen haben. (Beifall)

Unabhängig davon, was wir jetzt konkret gesagt haben, werden wir dieses Thema natürlich auch während des Bundeskongresses inhaltlich bearbeiten. Es liegen mehrere Anträge zu diesem Thema vor beziehungsweise Anträge, die dieses Thema streifen. Außerdem wurde ein Initiativantrag angekündigt, der sich genau mit diesem Thema beschäftigt. Wir werden also auch inhaltlich immer wieder zu dieser Thematik zurückkehren.

In diesem Zusammenhang noch etwas anderes, was wir besprechen müssen: Ihr habt heute Morgen auf euren Tischen die Informationsunterlagen für die Landesbezirksabende gefunden. Diese Unterlagen enthalten einige zusätzliche Informationen. Hintergrund ist, dass seit einigen Wochen hier in Leipzig montags wieder Legida-Demonstrationen stattfinden. Gestern wurde schon gesagt, dass ver.di in dieser Sache immer sehr aktiv auf der Straße aufgetreten ist. Für heute Abend ist auch eine solche Demonstration angekündigt. Deswegen kann es sein, dass die Kolleginnen und Kollegen, die mit der Straßenbahn zum Landesbezirksabend möchten, eine geänderte Route fahren müssen; diese findet ihr aber in euren Unterlagen.

Für den einen oder anderen führt die geänderte Route auch dazu, dass man etwas näher zum Landesbezirksabend ist. Die Busshuttle sind von dieser Routenänderung nicht betroffen. Das bleibt also alles gleich.

Die Landesbezirksabende entscheiden selbst, wie sie im Rahmen der Landesbezirksabende dieses Thema aufgreifen. Sollte es aufgrund der Demonstration vorher oder nachher zu Problemen kommen, findet ihr in diesen Informationen auch eine Telefonnummer, bei der ihr euch die ganze Nacht über bei unserer Zentrale melden könnt.

Das zunächst zu den Vorabinformationen. Wir können dann mit der Konstituierung des Kongresses fortfahren. Wir können nach Rückkopplung mit den für die Einlasskartenkontrolle verantwortlichen Kolleginnen und Kollegen feststellen, dass ohne Zweifel mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend sind. Wenn ihr euch umguckt, könnt ihr das auch sehen. Damit ist der Bundeskongress beschlussfähig. Einen genauen Überblick über die Daten und Fakten wird uns natürlich die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission geben. Das wird morgen passieren.

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Dann kommen wir jetzt zu den Punkten, zu denen wir noch einige Hinweise geben, die für die Arbeitsfähigkeit des Kongresses wichtig sind. Einige der Punkte werdet ihr auf den Folien sehen. Manche Folien werdet ihr in dieser Woche auch öfter sehen, um euch daran zu erinnern, damit wir da auch nichts vergessen.

Das Erste, um das wir euch bitten, ist, eure Handys auszuschalten, zumindest hier im Kongresssaal, und sie nicht nur auf lautlos zu stellen. Alle Erfahrungen zeigen, dass auch stumm geschaltete Handys die Mikrofonanlage stören können. Deshalb unsere herzliche Bitte, die Handys ganz auszuschalten.

Der Kongresssaal wird jeweils am Ende des Kongresstages gereinigt. Wir bitten euch, uns dabei zu unterstützen und eure nicht mehr benötigten Papiere und Drucksachen in den dafür vorgesehenen Containern zu entsorgen. Wir werden später noch sagen, wo genau die stehen. Alles, was auf euren Tischen und Stühlen liegt, werden die fleißigen Helferinnen und Helfer liegen lassen. Ihr könnt also auch eure Taschen stehen lassen. Aber bitte entsorgt eure Papiere selbst.

Außerdem - das muss man heute schon fast gar nicht mehr sagen, ich tue es aber trotzdem noch einmal - besteht hier in der gesamten Messehalle 3, im Plenum, im Internetcafé und letztlich auch der Glashalle striktes Rauchverbot. Jeder oder jede, der oder die rauchen möchte, muss dies im Freien tun.

Dann hat Monika vorhin schon gesagt, dass für den Bundeskongress erstmals die Veranstaltungsplattform von ver.di genutzt wurde, um euch dort alle Kongressunterlagen zur Verfügung zu stellen. Wir werden auch während des Kongresses regelmäßig alle Aktualisierungen vornehmen. Das werdet ihr dann ein bisschen zeitversetzt auf der Veranstaltungsplattform finden, sodass ihr dort alle Unterlagen downloaden könnt. Ihr seht jetzt eingeblendet die Adresse, damit ihr darauf zugreifen könnt. Damit ihr das in den Pausen auch so richtig gut machen könnt, gibt es dieses Mal auch die Möglichkeit, hier im Plenum ein kostenfreies WLAN zu nutzen. Der WLAN-Name lautet BUKO2015, alles in Großbuchstaben. Wenn ihr euch einloggt, landet ihr auf der Startseite der Messe Leipzig. Dort gebt ihr bitte die Benutzerdaten ein, alles kleingeschrieben, und am Ende nicht vergessen, die Nutzungsbedingungen zu lesen und anzuklicken. Dann kann es losgehen.

Wie ihr jetzt auch schon seht, werden wir wichtige Informationen zum Kongressablauf und auch zu den Tagesordnungspunkten auf der Videoleinwand einspielen. Wir haben diesmal eine etwas größere Leinwand, haben also etwas mehr Platz. Ihr seht immer links die aktuelle Agenda, also bei welchen Punkten wir uns gerade befinden, und zur Vorbereitung auch



schon die nächsten Tagesordnungspunkte. In der Mitte gibt es dann Hinweise zur aktuellen Tagesordnung. Hier werden auch die Pausenzeiten eingeblendet. Alle anderen Hinweise, die nicht den Kongressablauf betreffen, werden wir im unteren Teil der Videoleinwand auf einem Laufband zeigen.

Dazu auch noch ein Satz: Für Hinweise auf Delegiertentreffen, Fototermine oder ähnliches liegen bei der Wortmeldestelle auf dieser Seite und am Infocounter in der Glashalle Zettel aus, auf denen ihr eure Wünsche eintragen könnt. Die müsst ihr bitte am Infocounter oder bei der Wortmeldestelle abgeben. Diese Hinweise werden dann in den Pausenzeiten angezeigt, ebenfalls auf den Monitoren auf den Fluren. Bitte denkt daran, dass ihr diese Hinweise frühzeitig abgibt. Das muss auch noch eingespielt werden. Deswegen bitte nicht zeitlich zu knapp, sonst haben wir keine Gelegenheit, das für euch einzublenden.

Der nächste Punkt, der wichtig ist - vorhin sah das schon ganz gut aus -: Denkt bitte daran, immer eure Stimmkarte dabei zu haben. Sie ist Voraussetzung dafür, dass ihr an allen Abstimmungen teilnehmen könnt. Die Stimmkarte ist auch Voraussetzung dafür, dass ihr morgen eure Smartcard und ein Stimmgerät für die elektronische Abstimmung bekommt. Wie das Verfahren genau funktioniert, werden wir später noch sagen. Die wichtige Botschaft ist: Vergesst eure Stimmkarte nicht.

An dieser Stelle kann ich schon mal sagen: Heute Morgen haben wir an der S-Bahn-Station bereits eine Stimmkarte gefunden. (Heiterkeit) Wer die Stimmkarte vermisst, möge sie bitte am Infocounter in der Glashalle abholen. (Heiterkeit)

Wir möchten euch auch darauf aufmerksam machen, dass über den gesamten Bundeskongress wieder ein Wortprotokoll erstellt wird. Deswegen wird der Bundeskongress aufgezeichnet. Das Wortprotokoll wird, wie auch in den letzten Jahren, im Internet veröffentlicht. Darüber hinaus wird es auch immer wieder einen Lifestream geben, der im Internet zu verfolgen ist, teilweise auch Live-Fernsehberichte.

Sofern ihr aus irgendwelchen Gründen nicht gefilmt werden möchtet, gebt bitte an der Wortmeldestelle einen entsprechenden Hinweis ab. Wir werden dann versuchen, das zu berücksichtigen. Gleiches gilt natürlich auch in Bezug auf die Fotografen, die hier für uns oder für die Presse unterwegs sind.

Ich habe vorhin schon mal gesagt, wir werden Pausenzeiten einblenden. Das ist ein guter Hinweis darauf, dass wir auch Pausen vorgesehen haben. Grundsätzlich werden wir neben der Mittagspause am Vormittag und am Nachmittag jeweils eine Pause einplanen. Natur-

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

lich haben wir dafür keine festen Pausenzeiten, weil wir uns da ein bisschen flexibel verhalten möchten, je nachdem, wie weit wir im Kongressverlauf gerade sind. Unsere Bitte ist, dass ihr die Pausenzeiten einhaltet. Wir ihr wisst, haben wir mehr als 1.200 Anträge. Wenn wir auch hier und da eine elektronische Unterstützung bei Abstimmungen haben werden, steht nur eine begrenzte Zeit zur Verfügung. Von daher die Bitte, die Pausenzeiten einzuhalten, ebenso natürlich auch die Startzeiten.

Zugeschickt bekommen habt ihr im Vorfeld ein Programmheft für alle Veranstaltungen und Ausstellungen während des Kongresses. Ihr findet darin alle notwendigen Informationen zu den Ausstellungen, zu den Landesbezirksabenden, zu den Veranstaltungen der Fraktionen am Parlamentarischen Abend und so weiter, sodass Ihr dort auch noch einmal nachschauen könnt.

Wenn ihr etwas findet, könnt ihr Fundsachen am Infocounter abgeben. Wenn ihr etwas verloren habt, wendet ihr euch bitte auch dorthin.

Noch etwas möchten wir gern mitgeben: Wenn ihr zu den Arbeitsbedingungen im Kongress Anregungen oder Beschwerden habt, gebt uns gern frühzeitig einen Hinweis. Wir versuchen, im Rahmen unserer Möglichkeiten Abhilfe zu organisieren. Gern könnt ihr Eure Anregungen oder Wünsche zu Beginn der Pause bei uns direkt persönlich vortragen. Ihr müsst dazu keinen Geschäftsordnungsantrag stellen.

Wir haben heute den ersten Tag. Deswegen werde ich heute nichts zur Abreisituation sagen. Das werden wir im Laufe der Woche nachholen. Ich glaube, wir sollten erst einmal starten. Deswegen verschieben wir das.

Wir kommen damit jetzt zum Tagesordnungspunkt 2.2, zum Beschluss über die Tagesordnung. Ihr habt mit den Unterlagen auch einen Vorschlag zur Tagesordnung bekommen. Hinweisen müssen wir darauf, dass wir beim Beschluss über die Tagesordnung die genaue zeitliche Zuordnung der Tagesordnungspunkte zu den einzelnen Kongresstagen natürlich nicht mit beschließen, da sich da verlaufsbedingt Verschiebungen ergeben können. Das heißt, die Zuordnung der Tagesordnungspunkte zu den Kongresstagen entspricht unserer aktuellen Zeitplanung. Sie wird aber formal nicht mit beschlossen. Wir tun selbstverständlich alles, mit Euch gemeinsam, um den Zeitplan einzuhalten.

Wird jetzt zur Tagesordnung das Wort gewünscht? - Das ist der Fall.



Gabriele Landen, 850

Schönen guten Morgen! Mein Name ist Gaby Landen, Delegiertennummer 850. Ich habe eine Bitte. Könntet ihr mir bitte erklären, wie ich den Punkt 10.4 verstehen soll, Wahl der übrigen Mitglieder des Bundesvorstands (weitere Mitglieder und Leiter/-innen der Fachbereiche)?

Katrin Tremel, Kongressleitung

Vielen Dank. - Die Nachfrage von Gabi war zum Tagesordnungspunkt 10.4. Sie bittet darum, dass wir das noch einmal erläutern, was ich gern tue. Entsprechend der Struktur des Gewerkschaftsratsbeschlusses zu den Wahlvorschlägen und auch wie beim letzten Bundeskongress ist zurzeit die Planung zu wählen. Das bedeutet, unabhängig von den Wahlen des Vorsitzenden und der beiden Stellvertreter und Stellvertreterinnen, zuerst die weiteren Mitglieder des Bundesvorstands und anschließend die Vertreter und Vertreterinnen der Fachbereiche zu wählen. - Gaby, bitte.

Gabriele Landen, 850

Ich weiß nicht. Wir haben als Stellvertreter auch Bundesfachbereichsleiter und Bundesfachbereichsleiterinnen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir Bundesfachbereichsleiter und Bundesfachbereichsleiterinnen zweiter Klasse haben. Ich stelle den Antrag, dass nach dem Bundesvorstand und den Stellvertretern auch die restlichen Bundesfachbereichsleiterinnen und -fachbereichsleiter gewählt werden. (Vereinzelte Beifall)

Katrin Tremel, Kongressleitung

Wir haben jetzt einen Vorschlag, zuerst die Wahlen der Vertreter und Vertreterinnen der Fachbereiche und dann die Wahlen der weiteren Bundesvorstandsmitglieder durchzuführen. Da wir jetzt keinen Widerspruch sehen, würden wir Euch entsprechend dem Antrag von Gabi eine geänderte Reihenfolge bei der Tagesordnung vorschlagen. (Zuruf: Abstimmen lassen!) Es gibt die Forderung, abstimmen zu lassen. Dann lasst uns darüber abstimmen. Der Antrag lautete, beim Tagesordnungspunkt 10.4 zuerst die Mitglieder der Fachbereiche und danach die weiteren Bundesvorstandsmitglieder zu wählen. Wer dem so folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Noch eine Bitte: Es wäre super toll, wenn ihr die blaue Kartenseite nach vorne halten würdet. Es würde uns erleichtern zu sehen, wie ihr abstimmt. Deswegen möchten wir das noch einmal wiederholen. Bitte haltet die Stimmkarten deutlich hoch. Wir gucken gemeinsam, damit wir zu einem klaren Ergebnis kommen. Wer also dem Antrag von Gaby folgen möchte,

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Gut. Wir starten gleich richtig in den Bundeskongress. Das heißt, ich bitte die Wahl- und Zählkommission, ihre Arbeit aufzunehmen. (Beifall)

Es ist ein bisschen schwierig, weil wir ja noch gar keine Wahl- und Zählkommission haben und noch in der Konstituierung sind. (Heiterkeit) Ich gehe davon aus, weil ich glaube, dass ihr wahrscheinlich später dennoch die Menschen, die vorgeschlagen sind, mit dieser Aufgabe betrauen wollt, dass wir pragmatisch jetzt einfach diese Personen bitten können, die Stimmen auszuzählen. (Beifall) Ich benötige ein Zeichen, ob ihr parat seid. (Die Mitglieder der Wahl- und Zählkommission nehmen ihre Plätze ein.) Gut wäre, wenn alle, die stimmberechtigt sind, in der Zeit der Abstimmung sitzen bleiben. Noch ein Hinweis zur Erklärung: Da das jetzt etwas überfallartig gelaufen ist für die Zählkommission, gibt es noch kleineren organisatorischen Regelungsbedarf. Wir suchen jetzt gerade einen pragmatischen Ansatz und hoffen, dass wir gleich starten können. - Die Ziffern 2 und 3 fehlen noch. - Ziffer 3 habe ich jetzt gesehen, die Ziffer 2 auch. Der Zähler mit der Nummer 15 fehlt noch. Ich möchte jetzt alle Stimmzähler bitten, noch einmal ihre grünen Karten mit den Nummern hochzuheben. Am Ende müssten 19 dieser Karten oben sein. Wir schauen mal, ob wir die jetzt alle sehen. - Gut, wir sind vorbereitet. Danke schön all denen, die jetzt pragmatisch als Stimmzählerinnen und Stimmzähler eingesprungen sind. (Beifall)

Dann kommen wir zur eigentlichen Abstimmung. Noch einmal zur Erinnerung, worüber wir abstimmen: Es gibt den Antrag, beim Tagesordnungspunkt 10.4 zunächst die Vertreterinnen und Vertreter der Fachbereiche zu wählen und danach die weiteren Bundesvorstandsmitglieder. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Stimmkartenzeichen. Bitte haltet die Stimmkarten so lange oben, bis wir euch sagen, dass ihr sie wieder runternehmen könnt. - Bitte lasst die Kartenzeichen noch; denn es sind noch nicht alle Zählerinnen und Zähler mit dem Zählen durch. - Ich gehe nun davon aus, dass alle fertig sind. - Herzlichen Dank. Wer stimmt gegen diesen Vorschlag? - Seid ihr mit dem Zählen fertig? - Vielen Dank. Als Letztes bitte ich um die Auszählung der Enthaltungen.

Die Zähler treffen sich bitte von uns aus gesehen ganz rechts vorne. (Stimmauszählung)

Gut. Dann kann es jetzt tatsächlich weitergehen. Die schnell eingesprungene Zählkommission aus den Ehrenamtlichen hat zusammengezählt. Es ist ein eindeutiges Ergebnis da mit 438 Nein-Stimmen und 347 Ja-Stimmen, sodass der Antrag abgelehnt wurde. (Beifall)

Wenn ich jetzt keine weiteren Wortmeldungen sehe, können wir direkt zur Abstimmung der Tagesordnung kommen. - Das tun wir jetzt auch. Wer der Tagesordnung so, wie sie



ausgedruckt verschickt wurde, zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Danke schön. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? Dann bei wenigen Gegenstimmen ist die Tagesordnung so angenommen. - Herzlichen Dank. (Leichter Beifall)

Ihr habt es auch im heute verteilten Ablaufplan der Wochenübersicht gesehen, dass wir im Rahmen der Antragsberatungen zu politischen Themenschwerpunkten wie Wirtschaftspolitik, Digitalisierung, Arbeit 4.0 und Altersarmut Referentinnen und Referenten begrüßen dürfen, deren Beiträge sich jeweils inhaltlich auf die Antragsblöcke beziehen. Ihr könnt das dem Ablaufplan konkret entnehmen. Wir möchten euch deswegen schon jetzt darauf hinweisen, dass der Zeitplan eine grobe, sehr grobe Orientierung darstellt. Aber unsere Bitte ist, dass ihr berücksichtigt, dass wir die präzise Zeitplanung wegen der Länge der Debatten, zum Beispiel zum Geschäftsbericht oder auch zur Beratung einzelner Antragsgebiete, nicht immer vorhersehen können. Wir werden euch daher immer mitteilen, wenn es Abweichungen vom Zeitplan gibt.

Dann können wir jetzt zur Geschäfts- und Wahlordnung kommen. Auch diese muss abgestimmt werden. Ihr habt heute Morgen eine neue Fassung der Geschäfts- und Wahlordnung auf euren Plätzen gefunden. Damit ihr nicht lange suchen müsst, was sich geändert hat, würden wir euch das direkt sagen. In Ziffer 8 wurde folgender Punkt ergänzt: Anträge auf geheime (elektronische) Abstimmung von Anträgen bedürfen der Mehrheit von mindestens einem Fünftel der abgegebenen Stimmen.

Wir haben im Vorfeld bei unseren Vorbereitungen als Kongressleitung festgestellt, dass eine solche Regelung zwar in der allgemeinen Rahmenwahl- und Verfahrensordnung enthalten ist, jedoch nicht in der Geschäfts- und Wahlordnung festgeschrieben war. Auch wenn die elektronische Abstimmung schneller geht als eine klassische geheime Wahl, halten wir es trotzdem für sinnvoll, diese Regelung aus der Rahmenwahl- und Verfahrensordnung zu übernehmen.

Ansonsten wollen wir euch noch einmal speziell auf folgende Punkte der Geschäftsordnung aufmerksam machen: Initiativ- und Änderungsanträge müssen bis heute, 18:00 Uhr, im Schreibbüro oder bei der Wortmeldestelle abgegeben werden. Initiativanträge müssen von mindestens zehn Prozent der Abstimmungsberechtigten unterschrieben werden. Da wir noch nicht ganz genau wissen, wie viele Abstimmungsberechtigte anwesend sind, empfehlen wir euch zum jetzigen Zeitpunkt, 100 Unterschriften für Initiativanträge zu sammeln. Dann seid ihr auf jeden Fall auf der sicheren Seite.

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Für Änderungsanträge, die auch schriftlich vorliegen müssen, gilt ein Quorum von 15 Stimmberechtigten. Bitte macht auch kenntlich, wer der Antragssteller ist. Ansonsten wird jeweils der Erste, der auf der Liste eingetragen ist, als Antragssteller genommen.

Die notwendigen Unterschriftslisten erhaltet ihr ebenso an der Wortmeldestelle.

Hinweisen wollen wir euch auch darauf, dass in der Geschäfts- und Wahlordnung in der Ziffer 8.4 für die Antragsberatung ein Verfahren vorgesehen ist, nach dem nur die Anträge einzeln aufgerufen werden, für die innerhalb einer vorher festgelegten Frist - dazu kommen wir gleich noch - eine Wortmeldung vorliegt.

Die übrigen Anträge eines aufgerufenen Sachgebiets oder eines Antragsblocks werden danach auf Basis der Empfehlungen der Antragskommission en bloc abgestimmt.

Satzungsändernde Anträge, Initiativanträge und auch Änderungsanträge werden in jedem Fall einzeln aufgerufen. Das Verfahren entspricht der bisherigen Praxis, haben wir vor vier und vor acht Jahren auch so gemacht. Wir denken, dass das Verfahren bei der Zahl der Anträge am sinnvollsten ist.

Zu den Fristen liegt euch seit heute Morgen auch der gemeinsame Vorschlag der Kongressleitung und der Antragskommission vor. Wir haben dazu zwei Fristen vorgeschlagen.

Das Verfahren mit diesen Wortmeldeschlüssen führt häufig zu der Fragestellung, ob nach Ablauf des Wortmeldeschlusses weitere Wortmeldungen möglich seien, sofern der Antrag aufgerufen wird. Ich kann euch beruhigen: Natürlich können nach dem Aufrufen eines Antrags, zu dem eine Wortmeldung abgegeben worden ist, im Rahmen der Debatte auch weiterhin Wortmeldungen eingereicht werden, uneingeschränkt. Ihr braucht euch also nicht vorsorglich zu melden, falls ihr die Sorge habt, dass die ausgedruckte Empfehlung von jemand anderem gemeldet wird. Sobald ihr feststellt, dass der Antrag einzeln behandelt wird, könnt ihr immer noch eure Wortmeldung abgeben. Wie gesagt: Alle anderen Anträge werden en bloc abgestimmt.

Wir wurden auch angesprochen, inwieweit Anträge aufgerufen werden, die eine „Erledigt-durch-Antrag-XYZ-Empfehlung“ haben. Auch für diese Anträge gilt nichts anderes. Sofern ihr sie einzeln beraten wollt, weil ihr der Meinung seid, dass die Empfehlung nicht die richtige Empfehlung ist, müsst ihr eine Wortmeldung für genau diesen Antrag abgeben.



Wenn ihr möchtet, dass der Inhalt dieses Antrags in den Bezugsantrag aufgenommen wird, müsst ihr auch für den Bezugsantrag eine entsprechende Wortmeldung abgeben.

Zusammengefasst lässt sich also sagen: Zu jedem Antrag, über den ihr einzeln diskutieren wollt, unabhängig von der Empfehlung der Antragskommission, muss uns eine Wortmeldung vorliegen.

Aufgrund der Erfahrungen des vorhergehenden Kongresses haben wir uns auf zwei Fristen verständigt. Die erste Frist endet morgen um 12 Uhr. Das gilt für die Antragsblöcke, die nach unserer - in diesem Fall vielleicht optimistischen - Planung am Mittwoch behandelt werden sollen, also für die Antragsblöcke A, B, J und D.

Die zweite Frist, die Frist für alle anderen Sachgebiete, ist am Mittwoch um 12 Uhr. Ihr könnt natürlich bis dahin zu jedem Zeitpunkt schon die anderen Wortmeldezettel abgeben. Wichtig ist nur, dass ihr daran denkt: Heute um 18 Uhr Änderungs- und Initiativanträge, morgen 12 Uhr für die Sachgebiete A, B, J und D.

Damit sowohl die Antragskommission als auch wir einen Überblick haben, welche Anträge in den nächsten Tagen diskutiert werden, und wir entsprechend planen können, wird es jeweils einen Überblick geben, den wir natürlich auch euch zur Verfügung stellen.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt uns eine Wortmeldung vor. Das Wort hat Renate Gerstel, 225.

Renate Gerstel, 225

Liebe Delegierte. Ich habe einen Antrag, der die Geschäftsordnung betrifft, und zwar die Änderungsanträge. Ihr habt gerade gehört: In der Geschäftsordnung ist vorgesehen, dass es einen Einreichungsschluss für Änderungsanträge gibt, dass man mindestens 15 Unterschriften benötigt und dass Schriftlichkeit vorausgesetzt ist. Der Änderungsantrag muss schriftlich eingereicht werden, Einreichungsschluss ist heute um 18 Uhr und man braucht 15 Stimmberechtigte, die den Antrag unterstützen.

Das ist mir eine starke Verengung unserer Möglichkeiten. Wenn wir in den Leitfaden zur Antragsberatung, der im Juni 2014 von der Bundesverwaltung herausgegeben wurde, schauen, sehen wir, dass diese drei Komponenten nicht notwendig sind. Wir können nach dem Leitfaden sogar mündliche Anträge stellen, und zwar ganz bis zum Schluss, sogar während einer Debatte. Das ist auch vorteilhaft. Es ist auch vorteilhaft, einen Änderungsan-

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

trag mündlich stellen zu dürfen, weil manchmal ein kleines Wort einen Antrag so verändert, dass er womöglich mehrheitsfähig wird. Diese Chance sollte man sich nicht entgehen lassen, indem man von vornherein sagt: Schriftlichkeit ist verlangt.

Ebenso ist es mit der Frist. Im Leitfaden wird keine Frist vorgegeben. Auch hier heißt es: Fristen können, müssen aber nicht sein. Es gibt in diesem Leitfaden keine Voraussetzung, die uns festlegt, dass man 15 Stimmberechtigte haben muss, die den jeweiligen Änderungsantrag unterstützen.

Deswegen möchte ich euch dafür erwärmen, dass wir mit Änderungsanträgen großzügiger vorgehen, dass wir nämlich keinen Einreichungsschluss festlegen, dass wir keine Schriftlichkeit festlegen und dass wir nicht festlegen, dass es 15 Stimmberechtigte geben muss. Ich plädiere dafür, es dabei zu belassen, dass es einen Antragsteller gibt und vielleicht einen weiteren, der mit unterschreibt. So ist es im Leitfaden vorgesehen: ein Antragsteller und einer, der mit unterschreibt.

Ich denke, der Leitfaden ist von der Bundesverwaltung mit Gewissenhaftigkeit ausgearbeitet worden. Er ist gerade einmal ein gutes Jahr alt. Warum sollen wir die Spielräume, die dieser Leitfaden eröffnet, nicht auch auf diesem Kongress gelten lassen?

Noch etwas: Wer von uns Anträge schreibt, ist meistens mit ganz viel Herzblut dabei. Er möchte, dass wenigstens etwas von seinem Antrag herübergerettet wird. Wenn der Antrag komplett abgelehnt wird, ist das nicht gerade förderlich, dass jemand sein Herzblut neu und gern einsetzt.

Deswegen lasst uns doch diese Spielräume einfach schaffen. Wir haben es doch gar nicht nötig, so verengt vorzugehen. - Vielen Dank. (Vereinzelt Beifall)

Katrin Tremel, Kongressleitung

Vielen Dank. - Es gibt eine weitere Wortmeldung von Elisabeth Adam, Delegiertenummer 554.

Elisabeth Adam, 554

Liebe Kollegin, danke für deinen Beitrag; denn das ist genau das, was ich sagen wollte. Ich habe es auch konkret gemacht, wie wir diese Regelung hier ändern könnten. In Paragraph 8 Absatz 2 lassen wir den ersten Absatz über die Initiativanträge bestehen. Dann fügen wir



einen weiteren Absatz ein, der wie folgt lautet: Antragsschluss für Initiativanträge ist Montag, der 21. September 2015, 18 Uhr.

Der jetzige zweite Absatz wird der dritte Absatz und lautet wie folgt: Umfangreiche Änderungsanträge müssen schriftlich eingereicht werden und möglichst frühzeitig bei der Wortmeldestelle abgegeben werden.

Ich verstehe natürlich, dass es für die Antragskommission sehr viel einfacher ist, wenn wir umfangreiche Anträge schriftlich einreichen. Aber wenn man nur einen Satz streichen oder ein Wort ändern will, halte ich das für überflüssig. Die Kollegin hat es schon gesagt: Wenn wir uns so einigen, wie es vorgeschlagen ist, haben wir hier einen toten Kongress und keine Antragsberatung, sondern eine Antragsabnickung, und so sollten wir wirklich nicht verfahren. (Vereinzelt Beifall)

Katrin Tremel, Kongressleitung

Danke, Elisabeth. - Lothar Schröder.

Lothar Schröder, Bundesvorstand

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich durfte die Antragskommission zweimal in einer Woche begleiten. Wir mussten zunächst einmal feststellen, dass wir 1.460 Anträge zu bearbeiten hatten, und dafür haben wir unglaublich viel Zeit investiert. Ich möchte dafür sprechen, beim ursprünglich gemachten Vorschlag zu bleiben, (Beifall) weil es ansonsten schlichtweg unmöglich ist, es zu bewältigen.

Die Antragskommission hat sich unglaublich viel Mühe gegeben zu versuchen, Empfehlungen zu erarbeiten, die dem Kongress die Arbeit erleichtern. Wir brauchen die schriftlichen Änderungsanträge am Montagabend, um den Status unserer bisherigen Arbeitsweise aufrechterhalten zu können. Ansonsten sehe ich die Arbeit gefährdet.

Ich möchte ein Beispiel dafür geben, was passieren würde: Wenn wir 1.460 Anträge beraten müssten, keine verbindlichen Empfehlungen hätten und zu jedem Antrag einer fünf Minuten dafür und einer fünf Minuten dagegen sprechen würde - und dann hat noch keine Kollegin aus der Antragskommission dazu gesprochen -, dann - das könnte ihr euch hochrechnen - müsste der Kongress 30 Tage dauern, um die Antragsberatung über die Bühne zu bringen. (Vereinzelt Beifall) Wir brauchen schriftliche Empfehlungen, damit wir so

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

weiterarbeiten wie bisher. Insofern möchte ich euch dringend bitten, der ursprünglichen Empfehlung zu folgen. - Danke. (Beifall)

Katrin Tremel, Kongressleitung

Vielen Dank. Vielleicht noch eine Klarstellung - du hast es eben nämlich angesprochen -: Das, was die Bundesverwaltung als Vorschlag zur Arbeit der Antragskommission verschickt hat, ist eine Arbeitshilfe, die nicht ausschließlich für den Bundeskongress geschrieben ist, sondern für alle Konferenzen auf allen Ebenen, also von der vierten Ebene bis zum Bundeskongress, einen gewissen Rahmen setzen und Unterstützung bieten soll. Für viele Konferenzen, die vorher stattgefunden haben und auf denen es nicht so viele Anträge gegeben hat wie hier auf dem Bundeskongress, waren dies - das ist jedenfalls meine Erfahrung - sehr hilfreiche Hinweise, die ein etwas lockereres Verfahren möglich gemacht haben.

Für den Bundeskongress - so haben wir die Antragskommission in den Vorgesprächen immer erlebt - kann ich sagen, dass die Antragskommission Änderungsanträge, die zu einem Kompromiss führen können, auch aufnehmen kann und wird und dann auch ihre Empfehlung ändert. Daher glaube ich, dass wir diesen Punkt in der Geschäfts- und Wahlordnung nicht unbedingt ändern müssen. (Beifall) Insofern lautet meine Bitte, so zu verfahren. Es liegt aber an uns allen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, sodass wir zur Abstimmung kommen können. Wer der Geschäfts- und Wahlordnung wie ausgedrückt zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. - Ein Antrag zur Geschäftsordnung. - Ich kann dich nicht verstehen. Du müsstest bitte ans Mikrofon gehen. Wir sind zwar mitten in der Abstimmung, aber ich verstehe es als Fragestellung.

Renate Gerstel, 225

Liebe Delegierte, ich habe einen Antrag gestellt. Über diesen müsste eigentlich vorher abgestimmt werden. (Vereinzelt Beifall) Wir können es auch so machen, dass wir diesen Antrag, der aus drei Komponenten besteht, aufteilen. (Unruhe) Okay, das war jetzt nur ein Vorschlag. Aber ich bitte darum, zuerst über diesen Antrag und erst dann über die Geschäfts- und Wahlordnung abzustimmen.

Katrin Tremel, Kongressleitung

Zwei Sachen als Hinweis: Ich weiß gar nicht, von wo aus du gerade gesprochen hast.



Renate Gerstel, 225

Hier!

Katrin Tremel, Kongressleitung

- Danke schön. - Ich hatte nämlich sie hier aufgerufen. Wir müssen nämlich aufpassen, dass wir nicht durcheinanderkommen.

Renate Gerstel, 225

Entschuldigung.

Katrin Tremel, Kongressleitung

- Macht nichts. Darum sprechen wir miteinander.

Noch einmal etwas zum Ablauf: Vom Grunde her gilt die ausgedruckte Wahl- und Geschäftsordnung als weiterführender Vorschlag. Wenn Delegierte deinem Vorschlag folgen möchten, müssten sie diese Wahl- und Geschäftsordnung ablehnen, und damit würden wir dann zu den anderen Vorschlägen kommen. (Beifall)

Renate Gerstel, 225

Das kenne ich anders.

Katrin Tremel, Kongressleitung

Ich würde gerne so verfahren wollen, nachdem ich noch einmal nach links und rechts geschaut habe. Ich möchte die Abstimmung neu starten, weil wir gerade mittendrin unterbrochen worden sind. Wer der Wahl- und Geschäftsordnung wie ausgedruckt folgen möchte und den Vorschlag nicht aufnehmen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist die Wahl- und Geschäftsordnung bei wenigen Stimmenthaltungen und einigen Gegenstimmen mehrheitlich so angenommen. Vielen Dank. (Beifall)

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2.4, der **Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission**. An dieser Stelle noch mal ganz kurz: Vielen Dank an diejenigen, die gerade eben pragmatisch eingesprungen sind. Euch liegt in eurem Ordner ein Vorschlag für die Besetzung der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission vor. Die zehn Kolleginnen und Kollegen - aus jedem Landesbezirk eine beziehungsweise einer - sind in alphabetischer Reihenfolge: Frank Bomball, Andreas Gallus, Kerstin Graw, Josef Hergenröder, Gerda Hoffmann, Gabriele Lange, Melanie Busse, Kerstin Scholz, Nicola Seggewies und Christine Wetz. Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall.

Dann können wir direkt zur Abstimmung kommen. Wer diesem Wahlvorschlag so folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dem so gefolgt. Herzlichen Dank.

Die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission trifft sich dann um halb elf am Internetcafé. Das wäre es dann jetzt, wenn ich das richtig sehe. (Heiterkeit)

Als Nächstes kommen wir zu Tagesordnungspunkt 2.5, der **Bestätigung der Antragskommission**. Lothar hat es gerade eben schon gesagt: Die stimmberechtigten und beratenden Mitglieder der Antragskommission sind bereits tätig gewesen. Sie wurden im Mai dieses Jahres durch den Gewerkschaftsrat gewählt und müssen jetzt noch einmal von euch bestätigt werden.

Auch diese Namen liegen euch vor. Ihr findet sie im Register Kongressablauf Wahlvorschläge auf den Seiten 19 und 20. Lothar hat es schon gesagt: Die Antragskommission hat sich schon an acht intensiven Arbeitstagen im Juni und Juli 2015 mit über 1.400 Anträgen befasst. Es sind sogar zehn Tage gewesen und nicht acht, wird mir gerade gesagt. Sie haben also schon vorher an zehn Tagen gearbeitet, und auch gestern schon hier. Es gab also eine Anzahl von 1.460 Anträgen. Diese Anträge wurden mit Beschlussempfehlungen versehen. Durch wortgleiche Anträge - das waren 200 - ist die Zahl auf 1.245 verringert worden. Das ist immer noch eine ganz schön große Anzahl von Anträgen.

Wir kommen jetzt zur Bestätigung der Antragskommission. Wer stimmt für die Bestätigung der Antragskommission? - Danke schön. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann seid ihr einstimmig bestätigt worden. Vielen Dank für die Arbeit, die ihr schon geleistet habt. (Beifall)



Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn wir heute Morgen die Reihenfolge mancher Themen ein bisschen verändert haben, jetzt ist der 4. Ordentliche Bundeskongress vollständig konstituiert, und wir können mit der Arbeit starten. Vielen Dank. (Beifall)

Weil es zu einem guten Bundeskongress auch gehört, dass wir jeweils unseren Geburtstagskindern gratulieren - das sollten wir erst nach der Konstituierung machen -, kommen wir jetzt auch gleich zu diesem Tagesordnungspunkt. Geburtstag haben heute die Kolleginnen und Kollegen Gerlinde Strasdeit, Erika Wehde, Carola Güth - Carola ist heute an ihrem Geburtstag auch noch Oma geworden; doppelt herzlichen Glückwunsch - (Beifall), Birgit Kern und Markus Leicht. Euch allen unsere herzlichsten Glückwünsche.

Da wir gestern im Rahmen der Eröffnungsfeier noch nicht im Amt waren, wollen wir auch den Kolleginnen und Kollegen noch gratulieren, die gestern Geburtstag hatten: Heike Geithner, Wilfried Lippenberger, Martina Maurer, Nicole Rosek, Silvia Heinemann und Katarzyna Paszko. Auch euch von uns allen herzliche Glückwünsche. Ich möchte euch alle nach vorne bitten. (Beifall - Den Geburtstagskindern werden Präsente überreicht)

Schön, dass ihr euren Geburtstag heute mit uns feiert.

Bevor wir nun zum TOP 3 kommen, und vor einer ganz kurzen Pause, möchte ich gerne noch einige weitere Hinweise für unsere Arbeit hier auf dem Kongress geben. Wir haben hier von der Bühne aus gesehen vorne rechts die Wortmeldestelle. Ich habe vorhin schon mal gesagt, dass dort Wortmeldezettel ausliegen, falls die, die an euch verteilt wurden, nicht ausreichen. Gebt dort bitte eure Wortmeldezettel ab. Die Wortmeldestelle ist in der Regel 15 Minuten vor Kongressstart besetzt. Vergesst bei den Wortmeldungen nicht, eure Delegiertennummer und den Tagesordnungspunkt aufzuschreiben, zu dem ihr sprechen wollt. Wenn es in der Antragsdebatte ist, bitte auch die Antragsnummer angeben. Zu jedem Antrag, zu dem ihr sprechen wollt, gebt bitte einen eigenen Wortmeldezettel ab, weil wir die, die erledigt sind, auf einen anderen Stapel legen wollen.

Wenn ihr als Antragsteller zu einem Antrag sprechen wollt, bitte vermerkt dies auch darauf. Nur so können wir gewährleisten, dass ihr zu Beginn der Debatte das Wort bekommt.

Ihr könnt bei euren Beiträgen die Saalmikrofone nutzen. In den großen Gängen stehen jeweils Saalmikrofone. Wir werden sie später noch beschriften oder nummerieren, damit wir dann auch sagen können, an welchem Saalmikrofon ihr steht.

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Wir haben eben bei dem Beschluss über die Geschäftsordnung eine Redezeitbegrenzung von fünf Minuten beschlossen. Wir würden uns freuen, wenn wir die auch einhalten. Damit wir auch selbst ein bisschen darauf achten, haben wir hier eine Art Ampelanlage installiert, die das Einhalten der Redezeiten mit einer grünen Lampe, einer gelben und einer roten Lampe unterstützen soll. Soweit ihr von hier vorne redet, könnt ihr im Rednerpult dieses Lämpchen auch sehen. Ansonsten würden wir euch darauf hinweisen. Hinweisen werden wir euch quasi ab 30 Sekunden vor Ende der fünf Minuten als Hinweis, damit ihr sofort zu Ende kommen sollt.

Wir haben es eben schon mal geübt: Geschäftsordnungsanträge soll es auch geben dürfen. Zu Anträgen zur Geschäftsordnung könnt ihr euch wie üblich aus dem Plenum heraus melden, indem ihr beide Arme hebt. Ihr braucht dazu keinen Wortmeldezettel abzugeben. Wichtig ist, da wir das ja aufzeichnen, dass ihr zu Beginn eures Beitrages noch einmal eure Delegiertenummer und euren Namen erwähnt.

Wir werden bei den Anträgen zur Geschäftsordnung immer über den Antrag abstimmen lassen, unabhängig davon, ob es eine Gegenrede gibt oder nicht.

Eben war das eine Frage. Du hattest es, glaube ich, auch gesagt, Anträge zur Geschäftsordnung beziehen sich konkret auf Sachen, die in der Geschäftsordnung stehen.

Noch ein Hinweis: Es kann manchmal in der Hitze des Gefechts im Laufe der Woche vielleicht mal etwas hektischer werden. Wir werden es so handhaben, dass dann, wenn ihr einen GO-Antrag stellt, der aktuell Redende zu Ende sprechen kann. Danach rufen wir natürlich sofort den GO-Antragsteller auf.

Zu den Abstimmungen gilt für diesen Kongress, dass Beschlüsse in der Regel mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst werden. Das heißt, die einfache Mehrheit reicht aus. Anders ausgedrückt, es muss mehr Ja- als Nein-Stimmen geben. Lediglich bei Anträgen, die sich konkret auf die Satzung beziehen, ist eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen notwendig. Ganz wichtig: Enthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen und gehen daher rechnerisch nicht in das Abstimmungsergebnis ein. Sie spielen bei der Frage der Mehrheitsfindung keine Rolle. Das gilt auch für ungültige Stimmen. Auch das seht ihr in der Geschäfts- und Wahlordnung in § 7.2.

Wenn wir bei einer Abstimmung, wenn sie nicht elektronisch erfolgt, eine Abstimmungsmehrheit nicht deutlich erkennen können, werden wir ab morgen nicht auszählen lassen - ihr habt vorhin schon gemerkt, es hat doch etwas länger gedauert -, sondern wir werden



uns des elektronischen Abstimmungssystems bedienen. Wir hoffen, dass wir dadurch etwas Zeit sparen. Das erklären wir später noch etwas konkreter.

Wichtig für euch als Information und auch um es formal korrekt zu machen: Nach der Geschäfts- und Wahlordnung ist in der Kongressleitung der Kollege Klaus Böhme, zwei Plätze neben mir, für das Protokoll zuständig. Er wird am Ende unterschreiben. Im Übrigen wird es ab Dienstag jeden Morgen das Tagesprotokoll des vorangegangenen Tages geben.

Er wird am Ende unterschreiben. Im Übrigen wird es ab Dienstag jeden Morgen das Tagesprotokoll des vorangegangenen Tages geben. Das Tagesprotokoll liegt an der Cateringstation, von uns aus gesehen rechts, wo heute Morgen auch schon die Presse-Clippings lagen. Das könnt ihr euch dort wegnehmen.

Ein letzter Hinweis, bevor wir zu einer kurzen Pause kommen: Wir haben uns in der Kongressleitung überlegt, wie wir hier sitzen, um den Kongress bestmöglich zu unterstützen. Für euch ist wichtig zu wissen: Derjenige, der auf dem Platz sitzt, den ich jetzt einnehme, nimmt jeweils die Leitungsfunktion wahr und wird von zwei anderen Mitgliedern der Kongressleitung, die zur Linken oder zur Rechten sitzen, unterstützt. Wundert euch also nicht, wenn wir hin und wieder die Plätze wechseln. Wir werden - so ist jedenfalls der Plan - immer in den großen Pausen, also halbtäglich wechseln. So erlebt ihr auch ein wenig Abwechslung bei denjenigen, die gerade sprechen.

Während der Antragsberatung werden die Sprecher und Sprecherinnen der Sachgebiete noch zu uns hier oben kommen, sodass wir dann eine sehr kurze Kommunikationsschiene haben werden.

Das soll es mit Hinweisen für den Kongress erst einmal gewesen sein. Wir würden gern, bevor wir den Tagesordnungspunkt 3 aufrufen, zehn Minuten Pause machen. Das heißt, wir treffen uns hier wieder um 10.50 Uhr. - Vielen Dank und bis gleich.

(Unterbrechung des Kongresses: 10.41 Uhr)

-

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

(Fortsetzung des Kongresses: 10.53 Uhr)

Katrin Tremel, Kongressleitung

Da die Pause vorbei ist, würden wir uns freuen, wenn diejenigen, die bereits im Saal sind, sich setzen würden, damit wir weitermachen können.

Bevor wir mit dem Kongress fortfahren, noch eine Information, um die uns die ver.di-Fotografen zu kommunizieren gebeten haben. Damit wir alle zu unseren Delegiertenfotos kommen, bitten die ver.di-Fotografen darum, dass sich die Verantwortlichen der Delegationen, die gerne ein solches Foto haben möchten, zu Beginn der heutigen Mittagspause von uns aus gesehen links, also von euch aus gesehen rechts an der Wortmeldestelle treffen, um dort die Termine abzusprechen. Dann finden nicht alle Delegiertenfotos zur gleichen Zeit statt.

Dann kommen wir jetzt zum Tagesordnungspunkt 3: Berichte. Neben dem euch bereits zugeschickten schriftlichem Geschäftsbericht starten wir hier mit den ergänzenden mündlichen Berichten. Das ist der Tagesordnungspunkt 3.1. Beachtet bitte, dass die Aussprache zu den Berichten insgesamt im Anschluss an alle Berichte stattfindet, also auf jeden Fall erst heute Nachmittag.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 3.1: Ergänzender mündlicher Geschäftsbericht des Gewerkschaftsrats. Dieser wird vorgetragen durch die Vorsitzende des Gewerkschaftsrats Monika Brandl. Ferner hören wir den Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses des Gewerkschaftsrats Bernd Rose sowie den stellvertretenden Vorsitzenden des Personalausschusses des Gewerkschaftsrats Dieter Schäfer. Starten wird Monika. - Monika, du hast das Wort.

Monika Brandl, Vorsitzende des Gewerkschaftsrats

„Sich seiner Vergangenheit bewusst zu sein, heißt Zukunft zu haben.“ Das hat ganz treffend Hans Lohberger, ein österreichischer Schriftsteller, gesagt. Der Geschäftsbericht ist ja immer ein Blick zurück, er schaut aber auch in die Zukunft. So möchte ich auch meinen ergänzenden Geschäftsbericht verstanden wissen.

Ich kann rückblickend sagen: die Arbeit im Gewerkschaftsrat ist sehr nach vorne gerichtet und alles andere als langweilig. Wir haben in den letzten vier Jahren intensiv und oft auch



sehr leidenschaftlich um Lösungen gerungen. Ich meine, dass wir damit auch richtige Impulse gesetzt haben.

Uns im Gewerkschaftsrat geht es darum, unsere Stärken auszubauen, unsere Vielfalt zu nutzen, die wir haben, und uns fit zu machen für alles, was in der Zukunft kommt.

Wir haben das Formale satzungsgemäß sehr ernst genommen, aber wir haben es auf das Notwendigste reduziert. Die Beschlüsse, die wir zu Satzungsänderungen, Richtlinien und Statuten gefasst haben, sind im schriftlichen Geschäftsbericht alle dokumentiert.

Bei uns stand im Mittelpunkt die Diskussion um die Fragen und Herausforderungen der Zukunft, die großen Punkte - die „großen Kugeln“ sagen wir im Gewerkschaftsrat -, und darauf will ich eingehen.

Mein erstes Thema „Perspektive 2015“ ist eine wuchtige Kugel. Da stehen unsere Mitglieder im Fokus. Alle erinnern sich bestimmt noch an unser Gründungsmotto - ich habe es gestern schon einmal genannt -: Wegen Umbau geöffnet! Das ver.di-Haus haben wir gebaut. Es ist stabil und wetterfest und das seit fast 15 Jahren. Trotzdem müssen wir immer wieder an der Weiterentwicklung arbeiten. Wir sagen immer: Stillstand bedeutet Rückschritt. Deshalb müssen wir nach vorne sehen.

Den Grundstein für „Perspektive 2015“ haben wir gelegt vor acht Jahren mit „Chance 2011“. Ihr erinnert euch wahrscheinlich noch daran. Mit „Chance 2011“ haben wir sehr viele gute Ansätze entwickelt. Allerdings haben wir eines vernachlässigt, nämlich diese guten Ideen, die wir entwickelt haben, verbindlich zu machen. Daraus haben wir gelernt und haben den Prozess zu „Perspektive 2015“ von Anfang an anders aufgezogen: beteiligungsorientierter, strukturierter und für alle Beteiligten besser umsetzbar. Jeder und jeder konnte mitmachen über Mitmachangebote auf Konferenzen, vor allem auch im Netz - das wurde sehr gut genutzt - und in Arbeitsgruppen.

Wir haben „Perspektive 2015“ auch als unser Werkstück betrachtet. An diesem Werkstück wurde viel gehämmert, viel gebohrt und viel gefeilt. Und das, was wir jetzt erreicht haben, das wurde in den letzten vier Jahren erreicht. Als großes Team, als großes ver.di-Team haben wir das erarbeitet. Das freut mich sehr, dass sich so viele Kolleginnen und Kollegen auch beteiligt haben.

Wir haben dabei nicht unser Ziel aus den Augen verloren, wofür machen wir es denn? - Mehr Macht, mehr Mitglieder, mehr Möglichkeiten. Bei uns ist doch klar: Steigende Mit-

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

gliederzahlen bedeuten mehr Handlungsmöglichkeiten in den Betrieben, in den Verwaltungen und in den Dienststellen, und steigende Mitgliederzahlen führen zu mehr politischer Durchsetzungsfähigkeit. Das wissen wir doch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich bin richtig froh, richtig froh, dass die zwei Pilotlandesbezirke Niedersachsen/Bremen und Bayern jetzt starten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es geht los. (Leichter Beifall) - Es dürfen ruhig ein paar mehr klatschen; das würde mich sehr freuen. (Beifall)

Es war nämlich wirklich ein hartes Stück Arbeit, aber wir sind jetzt unserem Ziel ein Stück nähergekommen. 2013 haben wir bereits das erste Mal ein leichtes Mitgliederplus erzielen können.

Wie haben wir jetzt gearbeitet mit „Perspektive 2015“? - Wir haben unser Projekt in drei Phasen eingeteilt. Phase 1: Wir haben analysiert, wir haben uns gefragt: Wo stehen wir? Was läuft gut bei ver.di? Wo können wir uns noch verbessern? Dann haben wir uns an erfolgreichen Beispielen innerhalb von ver.di und uns auch bei anderen Gewerkschaften orientiert, zum Beispiel bei der Unia aus der Schweiz und der Unionen aus Schweden. Daraus haben wir Kernaufgaben und Verbesserungspotenziale für eine gute Mitgliederorientierung und Mitgliedergewinnung abgeleitet.

Da sind wir dann in die Phase 2 gekommen, in die Konzepterarbeitung. Hier haben wir Ideen gesammelt und zusammengepackt. In dieser Konzeptphase 2 haben insgesamt 184 ehren- und hauptamtliche Kolleginnen und Kollegen in Arbeitsgruppen die Vorschläge erarbeitet, die notwendig sind, um die Kernthemen zu treffen. Und das, Kolleginnen und Kollegen, ist richtig gut gelaufen. Wir haben da mit viel Herzblut, sage ich immer, die Vorschläge der Kerngruppen erarbeitet und haben dann in den Praxisgruppen diese Vorschläge noch einmal geprüft.

Drei Monate wurden anschließend die vorgeschlagenen Ansätze in der Gesamtorganisation in diversen Veranstaltungen analysiert und diskutiert, damit wir immer wieder alle mit einbeziehen konnten, damit alle beteiligt waren.

Diese Ergebnisse waren dann das Fundament für Phase 3, für die Umsetzung. Auf Basis dieser Vorschläge haben wir dann aus ver.di heraus, hat der Gewerkschaftsrat dann am 10. April 2014 konkrete Arbeitsaufträge für die Umsetzung festgelegt. Und damit war der Weg frei.



Was wollen wir damit erreichen? - Wir haben drei thematische Schwerpunkte gesetzt: Erstens. Wir wollen eine erfolgreiche kollektive Betriebs- und Tarifarbeit, denn das ist der Schlüssel für uns, um verstärkt die Mitgliedergewinnung voranzutreiben. In den Betrieben, in den Ämtern, überall da, wo unsere Kolleginnen und Kollegen, wo wir arbeiten, da können wir die Mitglieder gewinnen. Deshalb haben wir das ganz massiv in den Mittelpunkt gestellt.

Zweitens eine gut organisierte hauptamtliche Betreuung, Beratung und vor allen Dingen gute rechtliche Vertretung für unsere Mitglieder. Denn das ergänzt natürlich das, was wir im Betrieb tun, wenn es da Schwierigkeiten gibt, dass man das dann gut verarbeiten kann in der Betreuung.

Drittens. Wir wollten unbedingt eine Bündelung der sogenannten internen Verwaltungsarbeiten, dass wir Tätigkeiten, die immer wiederkommen, gemeinsam erledigen können, dass wir da Fachleute haben und dass die Arbeiten dann an einem Punkt erledigt werden.

Wir sind der Meinung, dass wir mit diesem Dreiklang das verbindlich machen werden, und das ist auch das Ziel von „Perspektive 2015“. Um es auf den Punkt zu bringen: Ich finde, die Musik spielt im Betrieb, in der Verwaltung, in der Dienststelle. Und um noch mehr gewerkschaftliche Kraft entwickeln zu können und damit wir auch präsent sind in den Betrieben, dazu dient die individuelle Mitgliederbetreuung; dazu gehört, dass wir die Arbeit bündeln, um mehr Zeit für unsere Kolleginnen und Kollegen zu haben in den Betrieben, für die Betriebe.

Herzstück - darüber haben wir lange diskutiert - ist dabei die Einrichtung regionaler Zentren. Noch einmal: Ganz wichtig für uns ist, dass auch die Bezirke weiter die Anlaufstellen bleiben für den persönlichen Erstkontakt, praktisch so von Mensch zu Mensch.

Stufe 2 und Stufe 3 in den ver.di-Zentren, da ist dann die Beratung und ist die Prozessvertretung, wenn es um arbeitsrechtliche oder sozialrechtliche Fragen geht. Dazu werden wir Teams „Recht“ und „Beratung“ bilden, um da die Kolleginnen und Kollegen, wenn sie Probleme haben, fachfrauisch und fachmännisch unterstützen zu können.

Ich bin ganz sicher, Kolleginnen und Kollegen: Die Einführung eines dreistufigen Modells, Beratungsmodells, das wird uns mit Sicherheit nach vorn bringen, weil man die Beratung so ein Stück standardisieren kann, weil man immer ansprechbar ist für die Kolleginnen und Kollegen. Und jetzt wollen die Kolleginnen und Kollegen aus Niedersachsen/Bremen und aus Bayern einmal in diesem Projekt „probewohnen“. Der Gewerkschaftsrat, der Bundes-

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

vorstand, die Projektgremien und die Gesamtorganisationen - immer noch - werden auch zukünftig, wie in den letzten vier Jahren, ihre Unterstützung bereithalten. Alle unsere Umsetzungsschritte werden von externer Seite geprüft und ausgewertet. Wir wollen das ja prüfen und auswerten, um es dann in die anderen Landesbezirke weiterzugeben. Auf Neudeutsch heißt es heute: Es wird evaluiert.

Ganz wichtig ist: Wenn es Fehlentwicklungen in den Pilotlandesbezirken gibt, können wir jederzeit korrigieren. Ich finde, das ist ganz wichtig, denn manchmal ist man hundertprozentig überzeugt, dass das, was wir auf dem Papier haben, ganz genau funktioniert. Aber dann stellt man fest: Da müssten wir noch einmal nachschärfen. Genau das können wir tun: Wir können in den Pilotphasen korrigieren, um es den anderen Kolleginnen und Kollegen ein Stück leichter zu machen.

Ich denke, die Vorarbeiten sind jetzt wirklich abgeschlossen. Das Türschild ist schon angebracht, jetzt geht es in den Pilotbezirken los, Kolleginnen und Kollegen. Ich freue mich riesig, dass wir das hier verkünden können. (Beifall)

Ich komme zum nächsten Punkt, und zwar zum Heinrich-Hansen-Haus in Lage-Hörste. Wir haben uns mit dem Heinrich-Hansen-Haus in zwei Gewerkschaftsratssitzungen ganz ausführlich befasst. Wir mussten uns mit der Situation auseinandersetzen, dass durch die Überprüfung nach einer Feuerwehrübung im Bildungszentrum ein unzureichender Brandschutz festgestellt wurde. Kolleginnen und Kollegen, das muss man sehr ernst nehmen. Wenn da etwas passieren würde - nicht vorstellbar.

Ursprünglich sah es so aus, als könnten wir mit einer vertretbaren Summe die notwendigen baulichen Maßnahmen realisieren. So war es vorgesehen und so war es auch beschlossen. Im März mussten wir uns im Gewerkschaftsrat allerdings mit einer sehr veränderten Situation auseinandersetzen: Im Rahmen der Bauplanung wurde klar, dass noch sehr viel mehr Sanierungen durchgeführt werden müssen, nämlich Verbesserung bei der Brandüberwachung, bei der Alarmierung, bei der Fluchtwegesituation und bei der Löschwasserversorgung.

Darüber hinaus hat man festgestellt, dass es asbesthaltige Lüftungs- und Abwasserrohre gibt, die ersetzt werden müssen, dass die Leitungen ausgetauscht werden müssen. Wenn man durch ein Bad hindurchgeht, müssen alle Leitungen ausgetauscht werden, die ganzen Bäder müssen saniert werden.



Um diesen Umbau realisieren zu können, hätte das Haus für ein Jahr den Bildungsbetrieb einstellen müssen. Insgesamt waren wir dann bei Kosten von mindestens 3 Millionen Euro. Um das Haus ein Stück zukunftsfähig zu machen, hätten eigentlich 4,5 Millionen Euro investiert werden müssen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sage ich ganz ehrlich, war aus keinem Haushaltstitel zu stemmen.

Wir haben uns daher in der März-Sitzung des Gewerkschaftsrats ganz klar gegen eine Entnahme aus dem Bildungsstätten-Etat ausgesprochen, denn eine solche Entnahme hätte bedeutet, dass man in keinem anderen Bildungszentrum noch etwas hätte machen können. Es hätte auch den Stopp aller geplanten Investitionen bedeutet, die dazu gedient hätten, die Häuser energietechnisch besser auszurüsten.

Wir haben uns auch - das sage ich ganz klar - gegen eine Entnahme aus der Streikkasse entschieden. Die Streikkasse ist unser höchstes Gut. Aus der Streikkasse hätten wir es nicht nehmen können.

Wir haben also im März die Schließung von Lage-Hörste zum 31. Dezember 2015 beschlossen. Wir haben dann auf Bitten der Förderinnen und Förderer, die Spendensammlungen durchführen wollten, gesagt: Wir geben für die Sammlung Zeit bis zu unserer Mai-Sitzung. In diesem Zeitraum haben die Kolleginnen und Kollegen 230.000 Euro zusammenbekommen. Ich finde, das ist eine beachtliche Spendenleistung. (Beifall)

Diese beachtliche Spendenleistung ist dennoch sehr, sehr weit von den notwendigen Sanierungskosten von 4,3 bis 4,5 Millionen Euro entfernt.

Im Mai hat sich der Gewerkschaftsrat noch einmal mit diesem Thema beschäftigt und den Schließungsbeschluss zum 31. Dezember aufrechterhalten. Wir hatten eine mehrstündige Diskussion mit einer geheimen Abstimmung. Wir haben die Kolleginnen und Kollegen aus Lage-Hörste bei uns gehabt. Ich denke, es war ganz, ganz wichtig, dass wir uns die Zeit genommen haben. Die Kolleginnen und Kollegen aus Lage-Hörste konnten ihre Argumente noch einmal vortragen. Ich finde, es ist in einer Gewerkschaft selbstverständlich, dass man miteinander redet.

Nichtsdestotrotz haben wir gesagt: Wir halten den Schließungsbeschluss aufrecht, weil wir dieses Geld nicht investieren können. Es ist sichergestellt, dass alle von ver.di bisher in Lage-Hörste durchgeführten Seminare in anderen ver.di-Bildungszentren weitergeführt werden können. Auch das Institut für Medien und Kunst konnte mittlerweile im 15 Kilometer entfernten ver.di-Bildungszentrum in Bielefeld untergebracht werden.

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Ich finde, wir haben in Abwägung aller Fakten die richtige Entscheidung getroffen, so schmerzlich es auch ist, ein solches Haus aufgeben zu müssen. Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, kaum eine andere Entscheidung ist uns so schwergefallen wie diese. Wir haben wirklich ausreichend dazu diskutiert. Ich finde - das sage ich euch ganz ehrlich - die Entscheidung auch richtig. Aber leicht gemacht haben wir es uns wirklich nicht.

Ich komme zu meinem nächsten Thema. Wir haben uns auch mit dem Thema Digitalisierung beschäftigt. Alle Welt spricht von Digitalisierung. In der Digitalisierung stecken wir mittlerweile alle drin. Die Digitalisierung kommt nicht erst, sondern sie ist schon da. Nach einer Umfrage sind 63 Prozent aller Beschäftigten mit dem PC unterwegs. 63 Prozent aller Beschäftigten arbeiten regelmäßig am Computer. In der Finanzbranche sind es sogar 98 Prozent. Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten nutzen das Internet, den Laptop oder das Smartphone.

Bei vielen Dienstleistungen spielt es schon heute keine Rolle mehr, von woher ich sie durchführe. Der Ort spielt keine Rolle mehr. Natürlich braucht der Kundenberater den direkten Kontakt zum Kunden. Aber wo die Buchhaltung gemacht wird, wo der Auftrag ins System eingegeben wird, spielt überhaupt keine Rolle mehr.

Wichtig ist, dass die Dokumente und Informationen auf direktem Weg ausgetauscht werden können, dass unmittelbar kommuniziert werden kann und dass es schnell geht, wenn es Klärungsbedarf gibt.

Digitale Dienstleistungen, Kolleginnen und Kollegen, nutzen wir schon länger. Wer hat beispielsweise noch kein Fotobuch in Auftrag gegeben oder den Druck eines Buches? Das geht hin bis zum 3D-Drucker. Der 3D-Drucker kann heute von der Praline bis zur Stahl turbine alles ausdrucken. Der IT-Architekt gibt es ein und der 3D-Drucker kann es drucken.

Autonome Systeme ohne Menschen kennen wir schon aus Hochlagern in der Logistik. Ein prominentes Beispiel kommt aus dem Hamburger Hafen, wo dieses vollautomatische Terminal vorhanden ist, in dem niemand mehr in diesem Bereich zu sehen ist.

Wer hat nicht schon im Internet über einen sogenannten Software-Agenten eine Reise bei McFlight oder Thomas Cook gebucht? RFID-Chips sind mittlerweile in allen Themenbereichen vertreten, ob im Lebensmittelladen, im Laptop oder in der Logistik.



Über Bluetooth telefonieren wir heute im Auto, wahrscheinlich die meisten. Auch das gehört zur Digitalisierung. Mittlerweile gibt es die sogenannten Wearables, diese Gesundheitsbänder, die man am Handgelenk trägt, die mit Sensorchips ausgestattet sind, die den Blutdruck, den Puls, den Schlaf, einfach alles messen, was es gibt. Sie kosten 100 Euro.

Das Internet der Dinge hat sich verändert. Das Internet der Dinge hat sich durch die IPv6-Protokoll-Version sehr verändert. Das heißt, dass die Protokolle um Zahlen erweitert worden sind und dass man jetzt jedem Grashalm eine eigene Internetadresse geben könnte. So viele Adressen stehen jetzt zur Verfügung.

Stichwort: allgegenwärtiger Computer. Das Schlagwort „Big Data“ kennen wir mittlerweile. Das ist ein Konzept, mit dem viele Daten ausgelesen, Algorithmen programmiert und Zusammenhänge hergestellt werden. Die Datenmengen sind so groß und komplex, dass sie mit der herkömmlichen Methode gar nicht mehr betrachtet werden können.

Vielleicht habt ihr euch die Auto-Ausstellung angeschaut. Es gibt mittlerweile Autos, die selber fahren. Bei einer Fahrt produziert ein solches Auto ein Terabyte an Daten. Es ist unvorstellbar, wie groß die Datenmenge ist, die bei einer Fahrt produziert werden.

Zu Cloud-Computing, der Wolke. Wir werden zukünftig PCs haben, auf denen keine Programme mehr sind und die über keine Festplatte verfügen. Bald wird alles nur noch irgendwo in Rechenzentren gespeichert. Auch die künstliche Intelligenz - ihr erinnert euch an Watson, der den Schachweltmeister geschlagen hat - ist schon in Betrieb beziehungsweise auf der Welt.

Die Echtzeitökonomie erleben wir bei Amazon. Heute bestelle ich ein Buch, morgen ist es bei mir. Ich kann es auch noch tracken. Das heißt, ich kann nachverfolgen, wo das Buch ist. Ist es schon verpackt? Ist es schon bei der Post? Wann kommt es zu mir? Um wie viel Uhr hat es das Lager verlassen?

All das ist schon Realität. Daher stecken wir schon mittendrin in der Digitalisierung, und insofern ist es wichtig, dass wir darauf achten, was das für uns bedeutet. Das haben wir uns im Gewerkschaftsrat gefragt. Denn es ist klar, dass sich die Arbeitswelt dadurch total verändern wird. Es wird alles mobiler. Gelten dann noch die wesentlichen Bestimmungsfaktoren, die wir bisher für unsere Arbeitswelt und für die Arbeitszeit haben?

Ort, Zeit und Kommunikation ändern sich, und zwar massiv. Wir erleben eine sogenannte ortsungebundene Wissensarbeit; man kann praktisch überall arbeiten. In dem Zusammen-

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

hang nenne ich Microsoft. Ergebnisorientierung geht vor Zeitorientierung. Es ist egal, wo und wann gearbeitet wird. Hauptsache, das Ergebnis stimmt. Das heißt, nicht mehr die Arbeitszeit ist die Norm, sondern das Projekt. Und ob ich es schaffe oder hinkriege, ist dann mir überlassen. Die sogenannte Freiheit ist dann keine Freiheit mehr, sondern Ausbeutung, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Auch die Zusammenarbeit ändert sich aufgrund dieser ortsungebundenen Arbeit. Es gibt Firmen, die schon heute nicht mehr jedem ihrer Arbeitnehmer einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen. Dort gibt es einen Arbeitsplatz für drei oder vier Menschen; denn sie dürfen überall arbeiten, und daher braucht man nicht jedem einen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Das heißt, dass wir uns unter Umständen nicht mehr jeden Tag in den Betrieben treffen. Daher müssen wir uns als Gewerkschaften und Betriebsräte überlegen, wie wir dann mit unseren Kolleginnen und Kollegen kommunizieren, wenn wir sie nicht mehr jeden Tag sehen. In dieser Hinsicht müssen wir uns umstellen. Darüber haben wir diskutiert.

Es wird immer weniger Normalarbeitsverhältnisse geben. Es wird die Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse ansteigen, zum Beispiel Solo-Selbstständige und Crowdworker. Daher müssen wir schon heute auf diese Herausforderungen Antworten geben können, und wir müssen uns damit beschäftigen, damit wir als Gewerkschaften gestalten können. Deswegen ist es richtig und wichtig, dass wir uns mit Leitlinien für gute digitale Arbeit beschäftigt haben und dass wir es auf der To-do-Liste haben.

Wir haben in den Anforderungen beispielsweise ein Recht auf Nichterreichbarkeit verankert. Ich muss nicht sieben Tage die Woche 24 Stunden erreichbar sein. Das muss ein Recht sein. Wir haben eine Bildungsteilzeit gefordert, also ein Recht auf bezahlte Bildungszeit, analog zur Altersteilzeit. Was heißt das, wenn ich heute in einem Betrieb bin? Dann muss ich mich auf die neue Arbeitsweise umstellen. Das heißt, ich muss mich weiterbilden, und das kann nicht nur in der Firma passieren. Vielmehr brauche ich Freistellungen, damit ich mich entsprechend weiterbilden kann.

Wir haben den Schutz von Daten- und Persönlichkeitsrechten gefordert. Denn es ist wichtig, dass wir nicht zum gläsernen Menschen werden. Wir haben darüber hinaus eine soziale Absicherung für Freelancer gefordert. Das heißt, dass Sozialkassen da sind, damit die Kolleginnen und Kollegen nicht ins Bodenlose fallen. Da müssen wir hin. Das müssen wir gestalten.

Beispiele durch Zusammenschlüsse habe ich schon genannt. Das sind Herausforderungen - ich habe nur ein paar herausgepickt -, die es schon gibt und denen wir in der Zukunft be-



gegenen werden. Darauf müssen wir als Gewerkschaft Antworten geben können. Denn unser Leitbild ist, dass gute Arbeit auch gute digitale Arbeit heißt. Das war unser Ansinnen für die Anträge an den Kongress.

ver.di ist bunt, international und organisiert Mitglieder aus über 100 Ländern auf der Welt. Wir sind damit ein Spiegel der Vielfältigkeit der Beschäftigten in den Dienstleistungsunternehmen, in den Dienstleistungsbranchen. Daher sage ich noch einmal: Wir stehen für eine offene, vielfältige und diskriminierungsfreie Arbeitswelt. Das wollen wir erreichen. Dafür wollen wir uns starkmachen, und das machen wir auch schon. Um das zu unterstreichen, hat der Gewerkschaftsrat zusammen mit der Personengruppe Migration eine, wie ich finde, sehr gute Aktion in unserer Bildungsstätte Gladenbach durchgeführt. Könntet ihr bitte den kurzen Film einspielen? (Einspielung eines Films) (Beifall)

In diesem Zusammenhang möchte ich mich bei dir, Eva, ganz herzlich dafür bedanken, dass du diese Aktion mit uns gemacht hast. Ich danke Eva Welskop-Deffaa und ihrem Team. Gib den Dank bitte weiter. (Beifall)

Das Engagement der Personengruppe Migration und des Bundesarbeitskreises Schwerbehinderung für eine Kultur der Vielfalt und Toleranz ist beeindruckend. Wir laden die Kolleginnen und Kollegen immer in den Gewerkschaftsrat ein, um mit ihnen im Austausch zu sein und damit sie ihre Projekte vorstellen können.

Gerade wegen unserer eigenen Geschichte, Kolleginnen und Kollegen, sind wir besonders verpflichtet, Hilfe suchenden Menschen Schutz vor Krieg, Verfolgung, Hunger und Armut zu bieten. Im Mittelmeer und an den Landesgrenzen spielen sich zum Teil unbeschreibliche Situationen ab, Flüchtlingstragödien, und kaum ein Tag vergeht, an dem nicht auch hierzulande Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte oder tätliche Angriffe auf Flüchtlinge erfolgen.

Ich finde, mit Abschottung, mit der Verschärfung der Asylgesetzgebung und Entrechtung von Flüchtlingen werden Menschenrechte verletzt. Nicht Flüchtlinge, sondern die Fluchtursachen müssen wir bekämpfen, und unsere Kolleginnen und Kollegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen die Flüchtlinge willkommen heißen.

Als Gewerkschaftsmitglieder setzen wir uns alle für eine demokratische und offene Gesellschaft ein. Wir sagen ganz entschieden: Nein zu Rassismus! Nein zu Diskriminierung! Nein zu Ausgrenzung und Hass! Nein zu Anfeindungen und Hetze gegen Ausländerinnen und Ausländer!

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Wir sagen: Ja für gleiche Rechte und Chancen im Arbeitsleben! Wir sagen Ja für mehr Beratung und Aufklärung über Arbeitnehmerrechte für Zugewanderte und Menschen ohne Papiere. Wir engagieren uns für das friedliche Zusammenleben in der Gesellschaft, Kolleginnen und Kollegen, und für die gegenseitige Anerkennung von Kulturen und Religionen auf Basis der universellen Menschenrechte.

So, wie ich es jetzt gesagt habe, steht es in unserer Grundsatzerklärung, und das leben wir auch so und das wollen wir genauso, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Als wir im März 2012 entschieden haben, der Europäischen Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“ beizutreten, war nicht absehbar, wie erfolgreich wir damit sind. Zwei Millionen Unterschriften, davon 1,8 Millionen allein in Deutschland! In 28 EU-Ländern wurde klargemacht: Wasser ist keine Handelsware! Bundesvorstand und Gewerkschaftsrat haben sich von Anfang an dafür stark gemacht, dass Wasser auf EU-Ebene gesetzlich als öffentliches Gut geschützt werden muss. Bundesvorstand und Gewerkschaftsrat arbeiten da Hand in Hand. Ich finde, Wasser darf nicht in die Hände von Konzernen fallen, um möglichst viel Profit daraus zu schlagen. Das geht nicht! (Beifall)

Viele von euch haben Unterschriften gesammelt und Flagge gezeigt. Unser erster Erfolg war, dass 2013 die Wasserversorgung aus der umstrittenen EU-Konzessions-Richtlinie herausgenommen wurde. Auch die Europäische Kommission hat sich 2014 dieser Meinung angeschlossen.

Aber was jetzt noch ganz dringend fehlt, ist eine rechtliche Verankerung. Wir brauchen einen gesetzlichen Schutz, um eine Liberalisierung der Wasser- und Abwasserversorgung dauerhaft zu verhindern. Da bleiben wir zusammen mit unseren europäischen Dachorganisationen ganz klar am Ball. Denn das müssen wir erreichen.

Mit der Bürgerinitiative, die in 13 EU-Ländern die Mindestzahl überschritten hat, haben wir ein Zeichen gesetzt: Für eine öffentliche Wasserversorgung! Für die Umsetzung des Menschenrechts auf Zugang zu sauberem Trinkwasser! Und insgesamt: Für ein bürgernahes Europa! Auf den Erfolg können wir wirklich gemeinsam richtig stolz sein, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir sagen Fairhandel und Internationales. Da bin ich ganz sicher: Das kann auch bei diesen demokratiefeindlichen Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA - wir hatten gestern Abend schon das Vergnügen - gelingen. Wir lehnen ganz klar diese demokratiefeindlichen Vereinbarungen ab, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)



Wir als Gewerkschaftsrat haben beschlossen, dass ver.di dem Aktionsbündnis „Stop TTIP“ beitrifft. Jetzt hat das Bündnis circa 2,4 Millionen Unterschriften gesammelt. 290 Organisationen aus 23 EU-Mitgliedstaaten haben damit unterstrichen: Wir wollen fairen Handel und Gerechtigkeit. Europa und die Welt brauchen nicht einen weiteren Ausverkauf, keine Liberalisierung und Kommerzialisierung. Es geht um die Verbesserung der Arbeits- und Produktionsbedingungen für die Kollegen, die im Ausland arbeiten. Es kann nicht sein, dass Menschen in Textilfabriken in Indien, in Bangladesch, in China oder sonstwo unter unhaltbaren Zuständen, in 14-, 16-, 18-Stundenschichten arbeiten müssen, abgespeist mit absoluten Hungerlöhnen, und zu Tode kommen, weil die Häuser nicht mal sicher sind. Das wollen wir nicht, Kolleginnen und Kollegen! (Beifall)

Deshalb werden wir auch weiterhin für die Einhaltung von verbindlichen Mindeststandards kämpfen - gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften in den Herkunftsländern. Dazu braucht es in der EU verbindliche Einfuhrregelungen mit Strafzöllen. Und es braucht überprüfbare Sorgfaltspflichten der Unternehmen, vor allem in der gesamten Wertschöpfungskette im Textilhandel. Darauf muss man einfach schauen.

Wir brauchen eine Handelspolitik, die die Einhaltung der Menschenrechte sichert, eine Handelspolitik, die sich weltweit einsetzt für existenzsichernde Löhne, für Arbeits- und Gesundheitsschutz, für Arbeitnehmerrechte und Versammlungsfreiheit, für die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und für soziale Standards, für mehr internationale Solidarität. Dafür setzen wir uns ein, Kolleginnen und Kollegen, denn wir können es nur gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen in den Ländern und vor Ort erreichen. Hier wird es am kommenden Donnerstag in der Mittagspause eine Podiumsdiskussion in der Glashalle zu diesem Thema geben, für die ich hier schon werben möchte.

Die Themen, die ich jetzt gewählt habe, sind natürlich nur ein Ausschnitt unserer Arbeit. Ihr findet vieles davon auch in den Antragstexten zu diesem Bundeskongress wieder. Wir werden die Anträge in dieser Woche natürlich diskutieren und werden Leitlinien für die nächsten Jahre festlegen. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, dass wir noch stärker werden durch mehr Mitglieder. Mehr Macht, mehr Möglichkeiten!

In dem Zusammenhang möchte ich mich ganz herzlich bedanken bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Gewerkschaftsrat und möchte mich ganz ausdrücklich bei euch im Bundesvorstand bedanken. Wir haben sehr, sehr gut zusammengearbeitet. Wir haben gemeinsam einen guten Job gemacht. Ich finde es wichtig, dass Hauptamt und Ehrenamt gemeinsam nach vorne gehen - wohin sonst, Kolleginnen und Kollegen -, und dass wir die Organi-

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

sation weiterhin nach vorne bringen und dass wir mehr werden. Daher, liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Dank an alle und auch an unsere Mitglieder im Haushaltsausschuss, im Personalausschuss, in allen Arbeitsgruppen, die der Gewerkschaftsrat gemacht hat. Wir hätten das alles nicht machen können, wenn wir nicht alle so fest zusammengehalten hätten, über die Themen gestritten und uns dann verständigt haben. Ich danke euch. (Starker Beifall) - Jetzt kommt der Bernd!

Bernd Rose, Gewerkschaftsrat

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unmittelbar nach dem letzten Bundeskongress haben wir uns auf den Weg gemacht, die Budgetierungsrichtlinie zu ändern, ganz im Sinne unseres Kongressmottos „Stärke. Vielfalt. Zukunft.“, um eine noch schlagkräftigere, noch zukunftsweisendere Organisation zu werden. Um dies zu erreichen, haben wir uns im Wesentlichen drei Ziele gesetzt, nämlich erstens die Stärkung unserer Gewerkschaft durch eine deutliche Erhöhung des Streikfonds, zweitens durch Erhöhung der Flexibilität zwischen den einzelnen Budgetierungseinheiten mit trotzdem weiterhin hohen Quoren, um uns alle nicht zu überfordern, und drittens eine Anpassung vorzunehmen, um unsere Ziele bei „Perspektive 2015“, gerade bezogen auf unsere Pilotlandesbezirke Niedersachsen/Bremen und Bayern zu ermöglichen.

Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben bewiesen, dass wir eine starke Organisation sind, die auch große Herausforderungen hervorragend stemmen kann. (Beifall)

Noch für die Haushaltsabschlüsse nach dem letzten Kongress, also für 2011 und 2012, haben wir 3 Prozent unserer Beitragseinnahmen und 1,1 Prozent, die für den Innovationsfonds vorgesehen waren, unserem Streikfonds zugeführt. Seit 2013 führen wir 8 Prozent zu. Was das konkret heißt, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird Frank Werneke nachher in seinem Finanzbericht erörtern. Kolleginnen und Kollegen, wir können stolz darauf sein, die Verdoppelung der Zuführung zum Streikfonds geschafft zu haben. Von 2012 auf 2013 haben wir insgesamt zusätzliche 18 Millionen Euro dem Streikfonds zugeführt, und das bei deutlich verbesserter Haushaltslage. Das gilt auch und besonders für das Jahr 2014, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Diese Verbesserung der Haushaltslage war stets unser Ziel, und daran haben wir uns in der Diskussion seit Entstehung von ver.di orientiert. Hierzu gehört die intensive Beratung des Haushaltsplans und des Haushaltsabschlusses, die wir jedes Jahr gründlich in unserem Haushalts- und Finanzausschuss des Gewerkschaftsrats vornehmen, um dann eine Empfehlung an den Gewerkschaftsrat zu geben. Ich kann mich nicht erinnern, liebe Kolleginnen



und Kollegen, dass irgendwann einmal eine Frage unbeantwortet geblieben ist. Aber nicht dafür, sondern für die exzellente Zusammenarbeit und auch für die Ergebnisse, die euch ja im Geschäftsbericht schwarz auf weiß vorliegen, möchte ich mich ganz besonders bei Frank Werneke und bei den Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich Finanzen und Finanzorganisation bedanken. (Beifall) Lieber Frank, vielen Dank für die erfolgreichen vier Jahre.

Nicht nur wir als Haushalts- und Finanzausschuss haben den Finger kritisch in die Wunde gelegt, sondern auch die Revisionskommission unter Leitung von Hermann Dilg mit seinem Team. Auch für eure Unterstützung, lieber Hermann, von dieser Stelle herzlichen Dank. (Beifall)

Damit die Arbeit nicht nur nach „Friede, Freude, Eierkuchen“ aussieht, möchte ich auch erwähnen, dass wir ab und zu verbindliche Einladungen aussprechen mussten, und zwar immer dann, wenn wir festgestellt haben, dass die Entwicklung in einem Ressort in die falsche Richtung geht. Wir waren natürlich immer kollegial, aber auch bestimmt, und am Ende möchte ich als Fazit sagen, dass diese Gespräche immer dazu geführt haben, einen verbesserten Umgang mit unseren Ressourcen zu erreichen.

Flankierend zur „Perspektive 2015“ wurde ebenfalls die Budgetierungsrichtlinie geändert. Auch zu diesem Thema hat sich auf Vorschlag des Gewerkschaftsrats eine Arbeitsgruppe aus haupt- und ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen Gedanken gemacht. Im Kontext der Bildung von ver.di-Zentren und des Teams Recht und Beratung haben wir entsprechende budgetwirksame Beschlüsse gefasst. Die Änderungen gelten zunächst auf Zeit und nur für die Pilotlandesbezirke. Schon schnell - Monika ist vorhin mit großem Engagement auf die Umsetzung von „Perspektive 2015“ eingegangen - werden wir wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ob wir alles richtig gemacht haben.

Ich möchte allerdings noch auf einen weiteren Punkt hinweisen, mit dem wir uns seit ver.di-Gründung beschäftigt haben und den wir gemeinsam mit allen Beteiligten mit gleichem Ziel, aber unterschiedlichen Lösungen auf den Weg gebracht haben. Mit Ablauf der Übergangsregelung in der Satzung zu den Start-Ziel-Modellen haben wir seit 2007 ein jährliches Controlling für die Landesbezirke Rheinland-Pfalz, Saarland, Nord und Hamburg durchgeführt, indem wir den Stand der Kooperationsvereinbarung und wichtige Kennzahlen wie zum Beispiel Beitragsentwicklung, Vermögenssituation, Mitgliederentwicklung überprüft haben. Hierzu haben wir im Jahr 2013 mit den Kolleginnen und Kollegen Landesleitern die Situation und das weitere Vorgehen sehr zielgerichtet in Bezug auf Vermögenssituation, Beitrags- und Mitgliederentwicklung beraten. Am Ende stand die Fusion der

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Landesbezirke Rheinland-Pfalz und Saarland, und in einer ganz anderen Richtung stand die Nicht-mehr-Durchführung des jährlichen Controllingverfahrens für die Landesbezirke Nord und Hamburg, sprich: eine Rückführung ins normale Verfahren.

Wir haben weiter die verwiesenen Anträge des letzten Kongresses zur Änderung der Beitragsrichtlinie beraten, finanzielle Möglichkeiten für eine professionelle Mitgliederrückgewinnung diskutiert und ermöglicht. Wir haben uns mit anspruchsvollen Herausforderungen der Finanzverwaltung in Berlin beschäftigen müssen und natürlich auch eine Erhöhung der Teamer- und Teamerinnenhonorare vorgenommen.

Ich bin sicher, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir mit „Perspektive 2015“ unsere ver.di weiter auf die Anforderungen unserer Mitglieder ausrichten können, dass wir unsere Stärken weiter ausbauen können und am Ende mit mehr Mitgliedern mehr Macht ausüben können. Wir schaffen das. Mit uns sollte jeder, auch wirklich jeder in Zukunft rechnen. - Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Dieter Schäfer, Gewerkschaftsrat

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde mir wünschen, Anita Liebholz würde jetzt hier stehen. Anita Liebholz ist Vorsitzende des Personalausschusses seit 2001 und hat die Arbeit maßgeblich geprägt. Sie hat mich am Freitag angerufen und mir gesagt, dass sie erkrankt ist und deshalb nicht zum Kongress anreisen kann. Ich werde mit Eurem Einverständnis ihr die Grüße des Kongresses und Genesungswünsche übermitteln und ihr für ihre Arbeit danken; denn sie scheidet aus Altersgründen aus dem Personalausschuss und dem Gewerkschaftsrat aus. (Beifall)

Ich bin Dieter Schäfer. Ich habe seit ver.di-Gründung zunächst bis 2007 im Finanzausschuss gearbeitet, bin 2007 in den Personalausschuss gewechselt als stellvertretender Vorsitzender und dort seitdem tätig. Der Personalausschuss ist wie der Finanzausschuss kein eigenständiges Beschlussgremium, sondern er bereitet die Beschlüsse für den Gewerkschaftsrat vor. Aber das ist natürlich eine große Arbeitserleichterung für unser großes Gremium Gewerkschaftsrat. Zu den Aufgaben des Personalausschusses gehören die Vorberatungen zur Festlegung der Gehälter der Wahlangestellten, die Beratung von Gesamtbetriebsvereinbarungen, die zwischen Bundesvorstand und Gesamtbetriebsrat von ver.di abgeschlossen werden, die Beratung personalspezifischer Fragen im Rahmen der Haushaltsplanung und der Haushaltsabschlüsse und die Beratung von für die Organisation wichtigen personalpolitischen Themen.



Bei den Gehältern der Wahlangestellten befassen wir uns auf der einen Seite mit der Gehaltsstruktur und auf der anderen Seite mit der Gehaltsentwicklung. Bei der Struktur bauen wir auf einem Gehaltssystem auf, das der Gesamtbetriebsrat für die ver.di-Beschäftigten abgeschlossen hat. Vor diesem Hintergrund haben wir in der letzten Amtsperiode eine strukturelle Veränderung vorgenommen. Außerdem prüfen wir, ob nach jeder Gehaltsrunde für die ver.di-Beschäftigten die Gehälter der Wahlangestellten anzupassen sind. Es gibt keine Automatik einer Übernahme des Ergebnisses, aber in den letzten vier Jahren haben wir die Abschlüsse übernommen.

Beim Thema Gesamtbetriebsvereinbarungen hat der Gewerkschaftsrat in bestimmten Fällen ein Vetorecht, und zwar dann, wenn es sich um sogenannte tarifersetzende Maßnahmen handelt. Das sind Dinge, die üblicherweise halt in Tarifverträgen geregelt sind. Wir prüfen vor im Personalausschuss, ob ein solches Vetorecht bestehen kann, etwa weil die Organisation dadurch finanziell beeinträchtigt ist, und geben dem Gewerkschaftsrat dann gegebenenfalls eine Empfehlung. Das war allerdings in der Amtszeit so nicht erforderlich.

Eine wichtige Gesamtbetriebsvereinbarung, die Gegenstand unserer Arbeit war, ist die mit dem Titel „Nebentätigkeiten“. Da ging es um die Frage, was mit Zusatzvergütungen geschieht, die Hauptamtliche erhalten. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage der Abführungspflicht von Aufsichtsratsvergütungen und in dem Zusammenhang auch Sitzungsgeldern im Personalausschuss und im Gewerkschaftsrat diskutiert, und wir haben letztendlich als Gewerkschaftsrat ver.di eine Initiative in den DGB getragen, um diese Sachen bei allen DGB-Gewerkschaften einvernehmlich zu regeln. Das ist auch gelungen.

Weiteres Thema war die Beratung des Personalhaushalts sowohl in der Planung als auch in der Bewertung der Ist-Ergebnisse.

Diese Diskussionen haben wir teilweise mit dem Haushalts- und Finanzausschuss gemeinsam geführt, wobei dann der Fokus des Personalausschusses die personalpolitischen Aspekte waren. Da gibt es dann teilweise widersprüchliche Anforderungen. Auf der einen Seite - Berndt hat das ausgeführt - geht es natürlich immer um einen sparsamen Umgang mit den Beitragseinnahmen. Auf der anderen Seite ist es aber im Rahmen von Budgets auch sinnvoll und notwendig, ausreichende Mittel bereit zu stellen, um unsere Aufgaben auf den unterschiedlichen Ebenen zu erfüllen. Da geht es unmittelbar um die Betreuung unserer Mitglieder.

In diesem Zusammenhang haben wir uns beispielsweise mit dieser Frage beschäftigt: Wenn ver.di erfolgreich ist - und wir sind ja erfolgreich, was die Mitgliederentwicklung angeht -,

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

dann muss der Erfolg auch planerisch für möglich gehalten werden. Und nur, wenn die Personalbudgets entsprechend ausgestattet werden, profitieren wir auch durch mehr Einsatz von hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen vor Ort an dieser Stelle. Beispielsweise geht es auch um die Besetzung freier Stellen. Wir schnell können die besetzt werden? Viele von euch werden wahrscheinlich ein Lied davon singen können, dass es sehr, sehr schwierig ist, wenn es Ausfälle durch Wechsel oder Krankheit gibt und deshalb zu lange eine Vakanz besteht.

Zu unseren regelmäßigen Aufgaben gehört die Beschlussfassung über die Sollstellenpläne. Da beschäftigen wir uns intensiv mit der Bundesverwaltung, mit den Landesbezirken nur, wenn es Einsprüche gegen die Sollstellenpläne gibt. Diese Befassung passiert nicht sehr oft, aber wenn doch, dann ist sie sehr zeitaufwändig. Solche Einsprüche gab es auch in der letzten Amtsperiode. Die Methodik ist die, dass wir versuchen, die Beteiligten an einen Tisch zu holen und auszutarieren, ob es für den Gewerkschaftsrat entweder ein klares Votum für eine Lösung gibt oder aber ob es Kompromisse gibt, die letztendlich alle Beteiligten mittragen konnten.

Auch das Thema „Perspektive 2015“ - von Monika und Bernd erwähnt - hat den Personalausschuss beschäftigt. Wir haben uns naturgemäß mit den spezifischen personalpolitischen Fragen auseinandergesetzt; diese waren aber noch nicht sehr ausgeprägt. Wir haben die Bildungspläne für die Pilotbezirke beraten und gehen davon aus, dass damit eine gute Grundlage gelegt ist.

Wir haben uns in unseren Sitzungen regelmäßig über den Verhandlungsstand der Gesamtbetriebsvereinbarungen informieren lassen, die auch im Zusammenhang mit „Perspektive 2015“ abgeschlossen worden sind. Wir glauben, dass eine gute und solide Basis für die nächsten Schritte geschaffen worden ist.

Insgesamt werden bei diesem Thema noch wichtige strategische Fragen auch aus personalpolitischer Sicht anstehen. Und dazu gehören auch die Qualifikationsanforderungen. Dabei wünscht unsere bisherige Vorsitzende Anita Liebholz dem neuen Gremium Personalausschuss viel Erfolg.

Abschließend möchte ich mich noch bedanken bei Isolde Kunkel-Weber, die neben ihrem Fachbereich das Ressort Personal im Bundesvorstand mit großem Engagement geleitet hat. Isolde hatte die notwendige Gelassenheit auch dann, wenn Mitglieder im Personalausschuss trotz umfangreicher Sitzungsunterlagen berechtigt weitere Unterlagen eingefordert



haben, damit wir als Ausschussmitglieder auch den letzten Schritt nachvollziehen konnten. Diese Gelassenheit hat der Arbeit des Gremiums durchaus gut getan.

Ich bedanke mich für eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Monika Brandl, Vorsitzende des Gewerkschaftsrats

Ich komme jetzt zum letzten Punkt unseres Geschäftsberichts. Das habe ich bewusst an den Schluss gestellt, weil wir etwas Neues gemacht haben. Der Bundesfrauenrat hat vor einiger Zeit die Idee gehabt, einen Fotokalender von Frauen im Beruf zu machen, die bei ver.di organisiert sind. Wir wollten zeigen: In welchen Berufen arbeiten die Frauen? Wir haben uns gefragt, warum wir diese Idee nicht schon längst gehabt haben. Deshalb sind wir als Gewerkschaftsrat darangegangen und haben dieses Projekt unterstützt, zum einen finanziell, zum anderen aber auch beim Aussuchen der Fotos und so weiter.

Wir haben gesagt: Es ist doch toll, wenn wir auch einmal zeigen, in welchen Berufen die Frauen in unserer Organisation arbeiten. Schließlich, Kolleginnen und Kollegen, sind wir die größte Frauenorganisation in Deutschland. Es ist so. (Beifall) Es sind Ingenieurinnen, Erzieherinnen, Bibliothekarinnen, Busfahrerinnen, Postzustellerinnen, Journalistinnen, Verkäuferinnen, Friseurinnen, Künstlerinnen, Krankenschwestern, Beschäftigte in Rathäusern, in der Abfallwirtschaft, in der Telekommunikationsbranche, in Banken, in Versicherungen und noch viel mehr in insgesamt tausend Berufen.

13 dieser klugen, qualifizierten und interessanten Frauen zeigt der Kalender. Sie kommen aus den unterschiedlichsten Branchen und Berufen. Der erste Frauenkalender erscheint für das Jahr 2016. Ihr habt die Möglichkeit - Weihnachten steht ja auch vor uns -, Kalender auf diesem Kongress zu erwerben und zu verschenken.

Die 13 Bilder sind die besten aus dem Kalenderfoto-Wettbewerb, den wir vom Bundesfrauenrat und vom Gewerkschaftsrat gestaltet haben und an dem sich alle ehrenamtlichen Mitglieder haben beteiligen können. Es sind wahnsinnig viele Fotos gekommen. Aus diesen 13 Bildern, die wir für den Kalender genommen haben, wollen wir jetzt die drei besten Bilder vorstellen, die aus Sicht der Jury ausgewählt worden sind. Ich möchte die drei Kolleginnen Marion Dittmer, Birte Mahlau und Sarah Odry nach vorne zu mir auf die Bühne bitten; denn ich möchte diese Kolleginnen und deren Bilder gerne selber vorstellen. - Dort also seht ihr die Bilder und die Frauen. Herzlich willkommen. (Beifall)

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Marion Dittmer steht hier für den 1. Preis mit dem Motiv Anlagenmechanikerin Versorgungstechnik. Von daher herzlichen Glückwunsch. (Beifall)

Den 2. Preis erhält Birte Mahlau für das Monatsbild April. (Beifall)

Und den 3. Preis bekommt die Kollegin Sarah Odry für Meisterin für Bäderbetriebe im Monat August. (Beifall)

Ich finde, es war eine gute Idee, diesen Kalender zu machen. Und ich hoffe, dass er in Zukunft jedes Jahr erscheint.

Ich danke euch und auch denen, die den Kalender gemacht haben. Ich finde ihn richtig klasse, und ich hoffe, dass ganz viele davon weggehen. Ich danke euch. (Beifall)

Katrin Tremel, Kongressleitung

Vielen Dank, Monika, Dieter und auch Bernd.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 3.2, zum ergänzenden mündlichen Bericht des Bundesvorstands durch den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske.

Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Stärke, Vielfalt, Zukunft - das ist das Motto unseres Kongresses. Stärke, Vielfalt Zukunft - das sind zugleich die Bezugspunkte meines mündlichen Geschäftsberichts.

Wir sind seit 2011 auf vielen Ebenen aktiv gewesen, haben unterschiedlichste Themen bearbeitet. ver.di - das zeigt der Blick auf die zurückliegenden Jahre - war und ist gelebte Vielfalt. Wie stark, wie handlungsfähig, wie erfolgreich waren wir in den letzten vier Jahren? Was haben wir durchgesetzt? Wo haben wir einen Einstieg geschafft, wo Teilerfolge errungen, und wo sind wir an Grenzen gestoßen?

Und: Zukunft! Welche Weichen haben wir gestellt - mit neuen Formen des Arbeitskampfes, der Mitgliederwerbung, im Umbau unserer Organisation? Was war erfolgreich, und wo können wir noch besser werden? - Diesen Fragen möchte ich mich im Folgenden zuwenden und dabei im laufenden Jahr beginnen.



Noch nie, Kolleginnen und Kollegen, ist unsere Gewerkschaft in einem solchen Ausmaß gefordert gewesen wie 2015. Zwischen Januar und Juni gab es 1,5 Millionen Streiktage. 1,5 Millionen Streiktage allein bei ver.di! Bedingt zum einen durch Warnstreiks im Rahmen normaler Lohnrunden, wie zum Beispiel im Groß- und Einzelhandel, oder im Länderbereich mit Abschlüssen, die am Ende einen deutlichen Reallohnzuwachs sicherstellten.

Und bedingt zum anderen durch große mehrwöchige Erzwingungsstreiks wie zum Beispiel im ÖPNV Brandenburg, wo wir eine 15prozentige Lohnerhöhung durchsetzen konnten, nachdem es bereits im letzten Jahr eine Wochenarbeitszeitverkürzung von einer Stunde bei vollem Lohnausgleich neben ordentlichen Lohnerhöhungen gegeben hat. In zwei Jahren 15 Prozent Steigerung der Lohnkosten im Volumen, ich denke, das kann sich sehen lassen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Bei der Postbank haben wir den tariflichen Verzicht auf betriebsbedingte Beendigungskündigungen auch über den Zeitpunkt des geplanten Börsengangs hinaus mit einem Erzwingungsstreik erreicht. Das war das Ergebnis der Entschlossenheit und der Handlungsbereitschaft unserer Mitglieder in der Postbank. Der Organisationsgrad von ver.di liegt mittlerweile bei 75 Prozent. 75 Prozent Organisationsgrad in einer Bank, das ist großartig, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Neuland, jedenfalls für den Krankenhausbereich, haben wir in Berlin betreten - mit einem Erzwingungsstreik zur Durchsetzung besserer Personalschlüssel auf den Stationen der Berliner Universitätsklinik Charité. (Leichter Beifall) Der Fachbereich hat das zunächst ganz unabhängig vom Charité-Streik mit einem bundesweiten Nachtdienst-Check letztlich vom Timing her perfekt vorbereitet. Dabei haben 700 Haupt- und Ehrenamtliche in einer Nacht - in einer Nacht - 237 Krankenhäuser besucht und Kolleginnen und Kollegen auf rund 3.800 Stationen befragt. (Leichter Beifall) Circa 27 Prozent aller Patientinnen und Patienten in Deutschland waren darüber abgedeckt, vom kleinen Kreiskrankenhaus bis zur Universitätsklinik. Und die Ergebnisse? - Die Ergebnisse, Kolleginnen und Kollegen, belegen eindrucksvoll, wie berechtigt die ver.di-Forderung nach gesetzlicher - beziehungsweise wie in der Charité tariflicher - Personalbemessung ist - nicht zuletzt auch im Interesse der Patientinnen und Patienten. (Lebhafter Beifall)

56 Prozent der befragten Pflegekräfte sind nämlich auf den Stationen nachts ganz allein für durchschnittlich 25 Patientinnen und Patienten zuständig.

Die Ergebnisse dieses Nachtdienst-Checks sind auf ein großes mediales Echo gestoßen und haben dazu beigetragen, dass sich der Streik des Krankenpflegepersonals an der Charité

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

nicht nur auf eine breite Unterstützung aus der Belegschaft stützen konnte, sondern auch in der Berliner Öffentlichkeit sehr positiv und verständnisvoll begleitet worden ist. Die Arbeitgeberseite versuchte zunächst, den Streik für rechtswidrig erklären zu lassen, weil Personalbemessung nicht tarifierbar sein dürfe. Vergeblich. Nach elf Tagen Streik konnte dann eine Eckpunktevereinbarung abgeschlossen werden, die neben der Personalaufstockung auch verbindliche Regeln für den Umgang mit Überlastungssituationen vorsieht. Diese Regeln sollen es den Beschäftigten ermöglichen, einer Unterbesetzung, zum Beispiel auch mit der Einschränkung von Leistungen, begegnen zu können.

Zurzeit arbeiten beide Seiten daran, die Eckpunktevereinbarung zu konkretisieren - für uns ein strategischer Erfolg, der wichtige Impulse gibt sowohl für die Auseinandersetzung um gesetzliche Personalbemessungsvorgaben als auch für Initiativen auf betrieblicher Ebene. Gratulation dazu den Kolleginnen und Kollegen aus Berlin! (Beifall)

Im Frühjahr und Sommer dann der Poststreik - die schwerste Auseinandersetzung in der Geschichte der Deutschen Post AG. Erst immer neue Warnstreiks und dann - als der Postvorstand, als Appel & Co weiter an ihrem Konfrontationskurs festhielten - vier Streikwochen mit mehreren Zehntausend Streikenden, die nicht zulassen wollten, dass es bei der Post AG heißt: Gewinne hoch, Löhne runter. Genau das hatten Appel und der Briefvorstand aber vor: Jedes Jahr eine Gewinnsteigerung von acht Prozent, statt 2,8 Milliarden Euro Jahresgewinn in 2013 mehr als 5 Milliarden Gewinn in 2020. Das hatte Appel dem Kapitalmarkt versprochen, und den Preis, den Preis dafür, den sollten die Beschäftigten zahlen, und zwar zuerst die im Paketdienst mit der Überleitung in ausgegründete Gesellschaften bei Lohnverlusten von bis zu 20 Prozent.

Kolleginnen und Kollegen, da ist ein Kulturbruch auf die Tagesordnung gesetzt worden, ein Kulturbruch und nichts anderes - darauf angelegt, die Verhältnisse im Unternehmen grundlegend zu ändern; darauf angelegt, die Stellung der Gewerkschaft im Unternehmen zu schleifen, die Belegschaft einzuschüchtern und das Lohnniveau nachhaltig abzusenken. Und es war völlig klar, dass der Ausgründung im Paketbereich die im Briefbereich folgen sollte und danach niemand mehr in der Brief- und Verbundzustellung bei der Post AG, sondern künftig alle nur noch in den ausgegründeten Gesellschaften eingestellt würden.

Dagegen haben sich unsere Postlerinnen und Postler erfolgreich zur Wehr gesetzt. (Beifall)

Was unsere Kolleginnen und Kollegen dort durchgefochten haben, war ein mit harten Bandagen ausgetragener Arbeitskampf. Sonntagsarbeit, der Einsatz von Streikbrechern, die aus Rumänien und Bulgarien geholt worden sind, von Zeitarbeitnehmern und der Miss-



brauch von Werkverträgen - all das gehörte zum Arsenal des Arbeitgebers, in einem Arbeitskampf, auf den sich die Arbeitgeberseite systematisch vorbereitet hatte, und an dessen Ende heute ein Ergebnis steht, bei dem der Erfolg der Streikenden eindeutig überwiegt.

Zwar konnte die Ausgründung nicht mehr rückgängig gemacht werden, aber durch den Streik wurde erreicht, die bei der Post AG beschäftigten Paketzusteller abzusichern. Bis Ende 2018 ist darüber hinaus in der Brief- und Verbundzustellung jede Fremdvergabe ausgeschlossen. (Leichter Beifall) Freiwerdende Stellen müssen zu den bei der Post AG geltenden Bedingungen nachbesetzt werden. Die 1.000 Auszubildenden des Jahrgangs 2015 werden nach erfolgreichem Ausbildungsabschluss alle unbefristet bei der Post eingestellt. Und alle länger als 24 Monate befristet Beschäftigten werden entfristet. (Beifall) Bis Anfang August konnten von diesen Vorgaben bereits 4.500 Kolleginnen und Kollegen profitieren.

Kolleginnen und Kollegen, was bei dieser Konfrontation zwischen Vorstand und Belegschaft, zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaft in einem der größten Konzerne dieses Landes herauskommen würde und was das auch für andere DAX-30-Konzerne bedeuten könnte, darauf haben in den letzten Monaten viele aufmerksam geblickt - die Führungen der DGB-Gewerkschaften ebenso wie viele Unternehmensvorstände. Umso wichtiger für uns alle, dass sich die ver.di-Mitglieder bei der Deutschen Post AG/DHL behauptet haben. Gratulation dazu, Kolleginnen und Kollegen, Gratulation dir, Andrea, und allen ehren- und hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen, die mit ihrem Einsatz zu diesem Erfolg beigetragen haben. Das habt ihr richtig, richtig gut gemacht, Kolleginnen und Kollegen. (Lebhafter Beifall)

Ich habe das so ausführlich angesprochen, weil von interessierter Seite in der veröffentlichten Meinung ein völlig anderes Bild von dem Ergebnis dieses Streiks besteht, Kolleginnen und Kollegen. Wer das noch einmal Revue passieren lässt, was dabei heraus gekommen ist, der weiß: Das ist ein Kompromiss gewesen, am Ende ja, aber wie bei jedem Kompromiss muss auch hier geguckt werden, was überwiegt - Erfolg oder Misserfolg. Und hier überwiegt eindeutig der Erfolg der Streikenden. Deswegen habt ihr das richtig, richtig gut gemacht, Kolleginnen und Kollegen!

Der vierte Großkonflikt der letzten Monate war und ist der im Sozial- und Erziehungsdienst. Auch hier ist das Anliegen der Beschäftigten zutiefst berechtigt. Die Aufwertung dieses Berufsfelds, die Aufwertung frauentypischer Tätigkeiten in unserer Gesellschaft ist lange überfällig! Das haben wir zum Thema gemacht und das hat die Unterstützung der gesamten Organisation, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Daraus hat sich in den letzten Monaten eine beeindruckende Bewegung entwickelt, die freilich auf kommunale Arbeitgeber getroffen ist, die bis heute jeden generellen Handlungsbedarf zu einer Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes leugnen.

Das ist nicht hingenommen worden. 27.000 neue Mitglieder, drei Warnstreikwellen, ein vierwöchiger Erzwingungsstreik und die Ablehnung der Schlichtungsempfehlung durch 70 Prozent der Abstimmenden waren die Folge. Die Bundestarifkommission hat daraufhin das Scheitern der Schlichtung erklärt. Und wir bereiten uns derzeit auf die Fortsetzung des Streiks ab Mitte Oktober vor.

Das wird - machen wir uns nichts vor, liebe Kolleginnen und Kollegen - eine massive Eskalation des Konflikts werden mit hohen Belastungen für alle Beteiligten, für Eltern, Arbeitgeber und die Streikenden - eine Eskalation, die sich nur vermeiden lässt, wenn es in der Verhandlung mit der Arbeitgeberseite nächste Woche gelingt, sich auf Verbesserungen gegenüber der Schlichtung zu verständigen.

Dabei ist allen klar: Eine jahrzehntelang gewachsene Lohndiskriminierung lässt sich nicht im Handstreich beseitigen. Ohne einen Schritt aber, der für die Beschäftigten Verbesserung bringt, ist dieser Tarifkonflikt nicht beizulegen.

Das ist unsere klare Botschaft, die Botschaft dieses Kongresses an die kommunalen Arbeitgeber, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und, Kolleginnen und Kollegen, lasst mich an dieser Stelle noch eines festhalten, gewissermaßen schon im Ausblick auf die vor uns liegenden Aufgaben: Wenn die Aufwertung der sozialen Berufe und damit die Aufwertung frauentypischer Tätigkeiten eines unserer gewerkschaftlichen Kernanliegen ist und dieses nur schrittweise vorangebracht werden kann, dann muss es auf der Tagesordnung bleiben, dann müssen wir weiter dafür werben. Und zwar nicht nur in Beziehung auf den Sozial- und Erziehungsdienst, sondern genauso bezogen auf den Krankenpflege- und Altenpflegebereich und die personennahen Dienstleistungen insgesamt. So haben wir das im Bundesvorstand diskutiert. (Beifall)

So viel zu den herausragenden Tarifkonflikten der letzten Monate.

Kolleginnen und Kollegen, auch wenn das laufende Jahr schon jetzt das streikintensivste Jahr der ver.di-Geschichte ist, so waren doch auch die Jahre zuvor von zum Teil heftigen Tarifaufeinandersetzungen geprägt. In wichtigen Branchen unseres Organisationsbereichs



sind wir in den letzten vier Jahren mit tiefgreifenden Umbrüchen und Krisen bisheriger Geschäftsmodelle konfrontiert gewesen: im Energiebereich genauso wie bei Banken, bei Krankenkassen oder der Lufthansa.

Die Sicherung der Beschäftigten vor betriebsbedingten Kündigungen hatte daher für uns in den letzten Jahren tarifpolitisch einen hohen Stellenwert - mit beachtlichen Erfolgen zum Beispiel im Energiebereich und nach Arbeitsniederlegungen auch im Krankenkassen- und Bankensektor.

Insbesondere im Einzelhandel und in der Druckindustrie hatten wir uns immer wieder auch mit Insolvenzen und Betriebsschließungen auseinandersetzen: im Einzelhandel bei Schlecker, Praktiker, Max Bahr, Weltbild, Quelle, Neckermann und Strauss Innovation, in der Druckindustrie zum Beispiel bei Prinovis in Itzehoe oder bei der „Frankfurter Rundschau“ und mit Betriebsschließungen oft ausgerechnet dort, wo wir gewerkschaftlich stark gewesen sind, während gleichzeitig anderenorts tariflose Druckzentren auf der grünen Wiese entstanden.

Vor dem Hintergrund eines außerordentlich harten Preiswettbewerbs mit regelrechten Rabattschlachten im Lebensmitteleinzelhandel wie im Pharmagroßhandel und einer tiefgreifenden Strukturkrise in der Druck- und Verlagsbranche bildeten die Fachbereiche Medien und Handel geradezu einen Brennpunkt der Tarifaueinandersetzungen.

Die Kündigung aller Lohn- und Manteltarifverträge in allen Bundesländern mit Ausnahme Hamburgs durch den Arbeitgeberverband hat im Jahr 2013 zu dem größten Arbeitskampf im Einzelhandel seit vielen Jahren geführt. Was unsere Kolleginnen und Kollegen hier geleistet haben, über viele Monate mit immer neuen Arbeitsniederlegungen, war beeindruckend. Dieser Kampf ist am Ende belohnt worden mit einem Lohnabschluss auf dem Niveau auch anderer Branchen, der unveränderten Wiederinkraftsetzung der Manteltarifverträge sowie Regelungen zur Reintegration ausgegründeter Warenverräumung in den Einzelhandelstarifvertrag. Ich sage es aus vollem Herzen: Das war eine ganz starke Leistung des Fachbereichs. Gratulation dazu, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

In der ersten Reihe der Tarifaueinandersetzungen stand auch der Fachbereich Medien. Die Schärfe der Angriffe von Arbeitgeberseite auf Tarifverträge dort hat weiter zugenommen. In der Druckindustrie, bei Zeitungsredaktionen, beim öffentlichen Rundfunk haben die Arbeitgeber versucht, die Arbeitsbedingungen massiv zu verschlechtern. Aber auch anderenorts, etwa bei der Lufthansa oder bei den Versicherungen, gab es Versuche der Arbeitge-

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

ber, Lohnerhöhungen von Verschlechterungen der Manteltarifverträge abhängig zu machen. Durchsetzen konnten sie sich damit nicht.

Und immer wieder ging es in Arbeitskämpfen um die Tarifbindung von Unternehmen. Der Tarifbindungsgrad in unserem Land ist über viele Jahre zurückgegangen. 2014 waren nur noch 60 Prozent der Beschäftigten im Westen und 47 Prozent im Osten tarifgebunden. Auseinandersetzungen zur Abwehr von Tariffucht und Arbeitskämpfe zur Wiederherstellung der Tarifbindung gehören vor diesem Hintergrund seit Langem zum Tarifalltag. Oft werden sie mit besonders großer Härte ausgetragen.

Das gilt zum Beispiel für die Streiks bei Amazon oder auch für den Streik beim zentralen Callcenter der Sparkassen, S-Direkt in Halle. Dort hatte es 15 Jahre lang keine Lohnerhöhung gegeben. Der Lohn lag 2012 überwiegend deutlich unter 8,50 Euro und die Arbeitsbedingungen waren extrem hart. 115 Tage Streik waren nötig, um einen Tarifvertrag durchzusetzen mit Lohnerhöhungen von 1,12 Euro pro Stunde, Zwölftageweche, mehr Urlaub, Entfristung befristet Beschäftigter und einer Einmalzahlung für Streikteilnehmer - einer tariflichen Mitgliedervorteilsregelung also, wie wir sie auch in anderen Bereichen durchsetzen konnten: bei großen Krankenkassen, im öffentlichen Personennahverkehr Baden-Württembergs, bei EnBW, im Bereich der Seehäfen und eben auch bei S-Direkt.

S-Direkt, das war eine bärenstarke Leistung der Kolleginnen und Kollegen unseres Finanzfachbereichs und des Landesbezirks SAT. Sie sind dafür auf dem Deutschen Betriebsrätetag zu Recht ausgezeichnet worden. Gratulation, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

An Härte haben aber auch andere Arbeitskämpfe um Tarifbindung dem in Halle nicht nachgestanden. Beim „Schwarzwälder Boten“ etwa kam ein Teilerfolg erst nach 90 Tagen Streik zustande und beim Psychatriekonzern Ameos waren an den Standorten Osnabrück und Hildesheim sieben Wochen Erzwingungsstreik nötig, um einen Tarifvertrag durchzusetzen. Überhaupt war das Gesundheitswesen ein Schwerpunkt in diesen Auseinandersetzungen um Tarifbindung. Insbesondere in den neuen Bundesländern sind viele Krankenhäuser und Altenheime nicht tarifgebunden. Mit bedingungsgebundener Tarifarbeit konnte ver.di hier eine ganze Reihe erfolgreicher Arbeitskämpfe organisieren und unter anderem die größte Hamburger Altenpflegeeinrichtung „Pflegen und Wohnen“ sowie viele Krankenhäuser in die Tarifbindung zurückholen.

Im Krankenhausbereich fand auch eine der schärfsten Konfrontationen der letzten vier Jahre statt. 2012 hat der Helios-Konzern, mittlerweile der größte Krankenhauskonzern in Europa, nach der Übernahme des Klinikbetriebs Damp mitten im Tarifkonflikt 1.000 streiken-



den Servicebeschäftigten gekündigt, bei einer zu 80 Prozent gewerkschaftlich organisierten Belegschaft.

Massenkündigungen als Mittel des Arbeitskampfes - das hatte es in Deutschland seit 1947 nicht mehr gegeben. Mit einer beeindruckenden Welle der Solidarität, mit großer Unterstützung auch aus der Politik und von den Landesregierungen in Schleswig Holstein und Mecklenburg Vorpommern hat ver.di die Rücknahme dieser offenkundig rechtswidrigen Kündigungen sowie eine 18-monatige Lohn- und Beschäftigungssicherung erreicht. (Beifall) Gegen die anschließenden Maßnahmen des Unternehmens half das Streikrecht allerdings nicht mehr. Helios teilte die Damp-Servicegesellschaft in unzählige kleine Serviceunternehmen auf. Das zerlegte die Belegschaft und hat die weitere Tarifarbeit ungemein erschwert. Da sind die Grenzen tariflicher Auseinandersetzungen deutlich geworden.

Und in der Tat hat es nicht überall nur Erfolge gegeben. So endete beispielsweise der Konflikt um die Tarifbindung des zentralen Callcenters der Madsack-Verlagsgruppe in Hannover nach mehr als 100 Tagen Streik mit der Schließung des Unternehmens.

„Gewerkschaft“, hat unlängst ein Betriebsrat zu mir gesagt, „ist für sich genommen noch keine Gewähr, in Auseinandersetzungen nicht doch zu unterliegen. Aber ohne Gewerkschaft dazustehen, das ist die sichere Gewähr zu unterliegen.“ Recht hat er, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Mit ver.di haben wir deshalb die wichtigste Erfolgsvoraussetzung geschaffen, uns in Auseinandersetzungen gewerkschaftlich zu behaupten. Tatsächlich haben wir in den letzten vier Jahren eine ganze Reihe bemerkenswerter Erfolge erzielen können. Im Einzelhandel konnten die Handelsketten Zara, Esprit sowie H&M in den Branchentarifvertrag einbezogen werden.

Bei der Berliner PIN AG konnten wir in einem mehrwöchigen Arbeitskampf einen ersten Tarifvertrag mit einem der neuen Briefdienstleister durchsetzen. Bei der Post AG gelang es, den Tarifvertrag zur Kombination von Arbeitszeitkonten und Altersteilzeit auf den Beamtenbereich zu übertragen. Und beim Bund konnten wir wiederholt die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten sichern.

Mit der Sparda-Bank wurde wieder ein erster Tarifvertrag im Bereich der Genossenschaftsbanken abgeschlossen. Und auch im Kino-Bereich, wo in nicht tarifgebundenen Firmen weit untertarifliche, nicht selten sittenwidrige Löhne gelten, haben wir Tarifverträge erkämpfen können, so bei CineStar nach 13 Monaten und mehr als 200 Streiktagen für

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

bundesweit alle 52 Lichtspielhäuser mit Lohnsteigerungen in der Laufzeit des Tarifvertrages zwischen 35 und 43 Prozent. (Beifall) Zum ersten Mal haben die Beschäftigten damit tariflich abgesicherte Arbeits- und Einkommensbedingungen durchgesetzt. Das ist spitze, Kolleginnen und Kollegen! (Beifall)

Und das ist noch lange nicht alles. Auf unserem letzten Bundeskongress - die Delegierten, die vor vier Jahren dabei waren, werden sich erinnern - haben wir uns mit einem Bereich ganz besonders beschäftigt, und zwar mit den kirchlichen Wirtschaftsunternehmen. Das geschah aus gutem Grund. 1,3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesem Land darf nicht länger das Recht abgesprochen werden, Tarifverträge abzuschließen und dafür, wenn nötig, auch streiken zu können. (Beifall)

Genau das tun die Kirchen aber. Sie tun so, als könnten sie souverän darüber entscheiden, ob und in welchem Maße Gesetze und verfassungsrechtlich verbürgte Grundrechte für die bei ihnen Beschäftigten gelten oder nicht. Viele Beschäftigte haben das nicht länger hinnehmen wollen und gestreikt.

Diese Auseinandersetzung zum Erfolg zu führen und Rechtsgleichheit durchzusetzen - auch bei Diakonie und Caritas -, das - so habe ich vor vier Jahren von dieser Stelle aus erklärt - ist eine der herausragenden Aufgaben von ver.di in den kommenden vier Jahren. Und diese Aufgabe wollten wir entschlossen in Angriff nehmen.

Nun, Kolleginnen und Kollegen, genau das haben wir getan. Wir haben gegen das im Jahr 2013 ergangene Urteil des Bundesarbeitsgerichtes Verfassungsbeschwerde eingelegt. Zwar hat uns das Bundesarbeitsgericht formal Recht gegeben und die Klagen der diakonischen Arbeitgeber abgewiesen, sodass Streiks unter den heutigen Bedingungen nichts mehr im Wege steht. Setzen die Kirchen die BAG-Auflagen allerdings um, können sie das Streikrecht faktisch außer Kraft setzen. Mit dem Grundgesetz und der dort vorbehaltlos gewährten Koalitionsfreiheit inklusive Streikrecht ist das nicht zu vereinbaren. Deshalb erfolgte die Verfassungsbeschwerde.

Vor drei Wochen nun hat Karlsruhe unsere Verfassungsbeschwerde abgelehnt mit der Begründung, dass wir vor dem BAG ja obsiegt hätten und weder gegenwärtig noch unmittelbar in einem Grundrecht verletzt seien. Nun gut. Einschränkungen für Arbeitskämpfe sind mit der Karlsruher Entscheidung nicht verbunden. Wir prüfen zurzeit dennoch, ob wir uns nun direkt an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg wenden werden.



Doch unabhängig von der juristischen Seite, Kolleginnen und Kollegen, haben wir die Dinge gut voranbringen können. Mittlerweile sind in Hamburg alle diakonischen Krankenhäuser tarifgebunden. (Beifall) Und in Niedersachsen gibt es im Gefolge von Streiks bei den beiden größten diakonischen Trägern mittlerweile Tarifverträge für 37.000 Beschäftigte.

„Kirche wird normaler Arbeitgeber“, titelte die Presse und schrieb: „Mit dem Tarifvertrag verlässt der kirchliche Sozialverband seinen Sonderweg und stößt das Tor auf für einen Branchentarifvertrag.“ Das ist ein großer Erfolg unserer Kolleginnen und Kollegen in Niedersachsen und Bremen. Jetzt ist der Weg frei für einen Sozialtarifvertrag auf Branchenebene und seine Allgemeinverbindlichkeitserklärung. Das kann wegweisend sein für die kirchlichen und übrigen Wohlfahrtsverbände auch in anderen Regionen, Kolleginnen und Kollegen.

Und in Baden-Württemberg bei der Heidelberger Stadt-Diakonie haben wir nach Streiks bereits einen weiteren Tarifvertrag abschließen können. Vier Jahre nach unserem letzten Bundeskongress sind wir also ein gutes Stück vorangekommen - dank des Einsatzes unserer Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg, in Hamburg, in Bremen und in Niedersachsen. Das habt ihr gut gemacht - richtig gut. Was da erreicht wurde, stärkt das Tarifsystem insgesamt, Kolleginnen und Kollegen. Prima! (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, Tarifverträge regeln Arbeits- und Entlohnungsbedingungen kollektiv. Tarifverträge schützen.

Seit Mitte der Neunzigerjahre ist der Grad der Tarifbindung jedoch kontinuierlich zurückgegangen. Insbesondere in Dienstleistungsbereichen sind systematisch tariffreie Zonen geschaffen worden - eine Entwicklung, die durch den Rückgang der allgemeinverbindlichen Tarifverträge noch zusätzlich befördert wurde. Ende des letzten Jahrzehnts waren bundesweit gerade mal noch 33 Lohn- und Gehaltstarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt. Das war eine Folge der systematischen Verweigerungshaltung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Anstatt Schmutzkonzurrenz einzudämmen, wurden mit OT-Mitgliedschaften Anreize gesetzt, aus dem Tarifsystem auszusteigen und Lohndumping zu betreiben.

Wollen wir der Erosion des Tarifsystems nachhaltig begegnen, müssen wir es von unten und von oben stabilisieren. So lautete die Orientierung auf unserem letzten Bundeskongress vor vier Jahren. Stabilisierung von unten erfordert, unsere gewerkschaftliche Organisationsmacht zu stärken, um Unternehmen tarifvertraglich zu binden. Das ist uns, wie gezeigt, in vielen Fällen gelungen.

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Das Tarifsysteem von oben zu stabilisieren, zielte auf eine politische Stärkung des Tarifsystems durch erleichterte Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und durch Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes.

Zum 1. Januar 2015 nun ist der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland in Kraft getreten. Das ist ein historischer Erfolg für die deutsche Gewerkschaftsbewegung, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Knapp vier Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten dadurch höhere Löhne. Und in einer Reihe von Niedriglohnbranchen sind die Löhne schon im Vorfeld entsprechend angehoben worden, auch in unserem Organisationsbereich. Die Horrorstories, mit denen die Mindestlohngegner unterwegs waren, haben sich nicht bewahrheitet. Im Gegenteil: Nach gut acht Monaten fällt die Bilanz eindeutig aus. Wie gestern gesagt: mehr Lohn, mehr Beschäftigung, mehr Gerechtigkeit. Der gesetzliche Mindestlohn ist ein Erfolg für uns alle, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Dieser Erfolg - ich sage das mit aller gebotenen Bescheidenheit - verdankt sich in hohem Maße dem Engagement von ver.di. Ich bin mir sicher, Kolleginnen und Kollegen: Ohne den Zusammenschluss zu ver.di wäre es viel schwieriger gewesen, auch nur den DGB hinter diese Forderung zu bringen, ganz zu schweigen von ihrer Durchsetzung in Gesellschaft und Politik. Mit vereinten Kräften aber sind wir erfolgreich gewesen. Erfolgreich, weil wir es verstanden haben, die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes zu einer Frage der gesellschaftlichen Moral zu machen, zu einem Lackmustest für soziale Gerechtigkeit und zu einem Maßstab für die Frage, in was für einer Gesellschaft wir eigentlich leben wollen. (Beifall)

Inzwischen ist klar, von der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes besonders profitiert haben gering Qualifizierte und Beschäftigte der niedrig vergütenden Wirtschaftszweige in den neuen Bundesländern sowie die geringfügig Beschäftigten in ganz Deutschland, zum Beispiel bei den Wach- und Sicherheitsdiensten.

Dass wir dazu mit unserer ver.di ganz maßgeblich beigetragen haben, darauf dürfen und darauf können wir mit Recht stolz sein! Wir alle gemeinsam, Kolleginnen und Kollegen! (Beifall)

Was allerdings nicht vorbei ist, das ist die Auseinandersetzung um die Ausgestaltung des Mindestlohnes. Auf unsere entschiedene Kritik ist dabei gestoßen, dass Ausnahmen zugelassen worden sind bei Langzeitarbeitslosen im ersten halben Jahr einer Beschäftigung, bei



unter 18-Jährigen sowie bei Zeitungszustellern. Trotz eines breiten Bündnisses und vielfältigen Aktionen haben wir das nicht verhindern können.

Umstritten bleibt auch das Tempo künftiger Anhebungen des gesetzlichen Mindestlohnes, und umkämpft bleibt die Kontrolle seiner Einhaltung. Haben die Arbeitgeberverbände zunächst versucht, wirksame Kontrollen zu erschweren, indem sie den gesetzlichen Mindestlohn als „Bürokratiemonster“ zu diffamieren versuchten, deutet sich jetzt an, dass Finanzminister Schäuble die versprochenen 2.000 zusätzlichen Stellen für die Flüchtlingsbetreuung durch Umschichtungen erwirtschaften will: aus Bundespolizei und Zoll und damit zu Lasten der Kontrolle des Mindestlohns. Das ist kontraproduktiv und kommt einer Einladung an die schwarzen Schafe unter den Arbeitgebern gleich, den gesetzlichen Mindestlohn zu umgehen. (Beifall)

Stabilisierung des Tarifsystems von oben: Dabei hilft allerdings, dass die Große Koalition die Ausweitung des Arbeitnehmerentsendegesetzes auf alle Branchen beschlossen und so die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtert hat. Nun müssen nicht länger über 50 Prozent der in einer Branche Beschäftigten von einem Tarifvertrag erfasst sein, damit dieser für allgemeinverbindlich erklärt werden kann. Es reicht, dass ein öffentliches Interesse gegeben ist – etwa um wirtschaftlichen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Und die Erosion des Tarifvertragssystems – da sind wir uns mit der Bundesregierung einig – ist eine wirtschaftliche Fehlentwicklung.

Damit ist uns ein Hebel in die Hand gegeben, den es zu nutzen gilt – beispielsweise für die Auseinandersetzung um die Tarifbindung von Arbeitgebern im Online-Handel. Hier stehen wir insbesondere mit Amazon seit mehreren Jahren im Konflikt. Zwar können wir mittlerweile nahezu alle Amazon-Standorte in Deutschland bestreiken - das konnten wir vor vier Jahren noch lange nicht -, einen Tarifvertrag durchzusetzen ist bisher aber noch nicht gelungen.

Wir haben es hier mit einer ganz grundsätzlichen Auseinandersetzung zu tun, die wegen des Kontrahenten auch öffentlich besondere Beachtung findet. Amazon ist ja nicht irgendwer. Amazon ist dabei, zu einem globalen Monopol aufzusteigen, und Amazon ist bei weitem mehr als ein Online-Händler. Amazon beherrscht bereits heute Teile der Medienlandschaft. Das Unternehmen macht dem Buchhandel Konkurrenz, und es ist längst auch ein Gigant im Mediengeschäft geworden. Es ist erfolgreich mit eigenen produzierten Serien, ist ins Zeitungsgeschäft eingestiegen, in die Online-Nachrichtenproduktion mit eigenen Journalisten und nutzt hier ganz aktuell seine zunehmend marktbeherrschende Stellung aus.

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Ihr wisst, die Unternehmensführung sitzt in Seattle, in den USA. Sie ist aus Prinzip gegen jeden Tarifvertrag. Amazon will das Lohnniveau einseitig und allein festlegen, nach eigenem Gusto. Amazon will die Amerikanisierung der Arbeitsbeziehungen – weltweit. Dafür setzt der Konzern seine Marktmacht ein.

Und wir? Wir stellen dieser Marktmacht, dieser Gewalt des Eigentums, die kollektive Kraft der organisierten Arbeit entgegen. Das ist Gewerkschaft: Die kollektive Kraft der organisierten Arbeit zu mobilisieren in einem Konflikt, für den es erkennbar einen langen Atem braucht und bei dem es letztlich um die Zukunft der Arbeitsbeziehungen in unserem Lande geht. (Beifall) Die kollegiale Macht der Arbeit zu organisieren, Kolleginnen und Kollegen, in einem Konflikt darüber, welche Kultur die Arbeitsbeziehungen künftig prägen soll: die kollektiver Regelungen oder eine der Vereinzelung und des Ausgeliefertseins. Darum, und um nichts weniger, geht es.

Das führt mich zum nächsten Punkt: der Digitalisierung und ihren Folgen. Wir erkennen ja bereits heute, wie im Zuge der Digitalisierung neue Unsicherheiten und Risiken entstehen können. Amazon zum Beispiel betreibt mit seinem Tochterunternehmen Mechanical Turk eine Internetplattform, auf der weltweit Mikroaufgaben ausgeschrieben werden, für die Solo-Selbständige, Freelancer, Lösungen erarbeiten und einreichen sollen, ohne Gewähr, dafür entlohnt zu werden. Wichtige Punkte, wie das Recht auf geistiges Eigentum und das Recht auf Bezahlung, sind dort einseitig zum Nachteil der Menschen geregelt, die ihre Arbeitsleistung anbieten. Crowdsourcing nennt sich das.

Die Macht in diesen Arbeitsbeziehungen ist sehr ungleich zulasten der so genannten Click-Worker verteilt. Und ein Mann wie Lukas Biewald - ich kenne ihn nicht -, Vorstandsvorsitzender der Plattform CrowdFlower, sagt das auch ganz offen: „Vor dem Internet wäre es richtig schwierig gewesen, jemanden zu finden, der sich für zehn Minuten hinsetzt, damit der für dich arbeitet, und ihn dann nach zehn Minuten zu feuern. Aber mit dieser Technologie kannst du tatsächlich jemanden finden, bezahlst ihm einen winzigen Geldbetrag und wirst ihn dann los, wenn du ihn nicht mehr brauchst.“

Das ist nur ein Aspekt eines insgesamt gewaltigen Umbruchs. Alles deutet nämlich darauf hin, dass wir erst am Beginn einer weiteren Beschleunigung der rechnergestützten Automatisierung und Roboterisierung stehen, einer Entwicklung, die sich bis in den Kernbereich menschlicher Fähigkeiten ausdehnt, nämlich das Denken.



Was macht das mit der Arbeit und den Arbeitsplätzen? Wie verändert sich die Arbeitswelt? Diese Fragestellungen standen 2014 und erneut im Juni dieses Jahres im Mittelpunkt zweier weithin beachteter Digitalisierungskonferenzen von ver.di.

Kein Zweifel, Kolleginnen und Kollegen: Die Digitalisierung der Arbeitswelt stellt uns vor gravierende Herausforderungen. Sie eröffnet aber auch echte Chancen: Die Arbeit kann zeit- und ortsunabhängiger werden, Hierarchien können an Bedeutung verlieren.

Solche möglichen Fortschritte werden sich jedoch keineswegs im Selbstlauf einstellen. Sie müssen gestaltet werden. Es gilt der alte Satz von Rainer Barzel: Wer nicht gestaltet, wird gestaltet. Und wer nicht handelt, wird behandelt, hat er gesagt. Die Auseinandersetzung mit der Digitalisierung hat deshalb schon im Berichtszeitraum breiten Raum eingenommen. So ist es uns zum Beispiel gelungen, auf die Forschungsförderung durch das Bundesbildungsministerium zugunsten verstärkter Dienstleistungs- und Arbeitsforschung Einfluss zu nehmen. In den kommenden Jahren muss die Gestaltung der digitalen Umwälzungen zu den strategischen Schwerpunkten unserer Arbeit gehören. Sie ist ein Brennpunkt unseres Einsatzes für gute Arbeit.

Kolleginnen und Kollegen, der Bundeskongress 2011 hat die Auseinandersetzung um gute Arbeit mit all ihren Facetten als strategisches Projekt für ver.di angesehen. Leistungsbedingungen und Gesundheit sollten zu einem zentralen Bestandteil gewerkschaftlicher Arbeit im Betrieb gemacht werden.

Der weiteren Verdichtung der Arbeit und weiterer Verstärkung des Leistungsdrucks sollte entgegengetreten und dabei ganz bewusst darauf gesetzt werden, Betroffene zu Beteiligten zu machen. Nicht für, sondern mit den Kolleginnen und Kollegen zu handeln, und das sehr eng bezogen auf ihre alltäglichen Konflikte und Erfahrungen in der Arbeit - daran, an einer Arbeitspolitik von unten, haben wir unsere Arbeit ausrichten wollen.

Der DGB-Index „Gute Arbeit“ hat sich als ein ausgezeichnetes Mittel erwiesen. Wir konnten damit die Bewertung der Arbeitsqualität durch die Beschäftigten selbst in den Mittelpunkt rücken und dabei diese, ihre Bewertung zum Ausgangspunkt gemeinsamen Handelns machen, zum Beispiel in einer Reihe von Nahverkehrsbetrieben und in großen Verwaltungsbereichen. Um bessere Arbeitsbedingungen ging es auch in der Kampagne „Der Druck muss raus“ in Krankenhäusern ebenso wie bei unserem Einsatz für verbesserte Personalschlüssel im Kita-Bereich und beim Bündnis „Gute Pflege“ im Altenpflegebereich.

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Dem gleichen Zweck gelten die Toolbox „Gute Ausbildung“ unserer ver.di-Jugend sowie das ver.di-Fahrer-Handbuch des Fachbereichs 10 für Spediteure, ebenso unsere Online-Handlungshilfe zu Gefährdungsbeurteilungen, die allein im Jahr 2013 circa 58.000 Besucher zählte. Beispielgebende Initiativen dazu gab es bei der Postbank und der Commerzbank. Auch tarifpolitisch ist das Thema „Gute Arbeit“ vielfach aufgegriffen worden, sei es mit dem Tarifvertrag zum Gesundheitsmanagement bei IBM, mit dem Tarifvertrag Belastungsschutz bei der Telekom oder dem Demografie-Tarifvertrag im ÖPNV.

Im Frühjahr dieses Jahres hat Eva Maria Welskop-Deffaa eine sehr gute Kooperationsvereinbarung mit der Deutschen Arbeitsschutzstrategie abgeschlossen, die darauf zielt, arbeitsbedingte Erkrankungen im Muskel-Skelett-Bereich zu reduzieren. Und mit der Initiative „Gekommen um zu bleiben!“ ist im Bezirk Düsseldorf und dann auch im Landesbezirk Hamburg die ausufernde Befristungspraxis von Arbeitgebern sehr erfolgreich angegriffen worden. Insgesamt können wir heute feststellen: Das Thema „Gute Arbeit“ wird von vielen in ver.di sehr konkret bearbeitet, mit gutem Erfolg. Es bleibt auch in den kommenden Jahren ein strategischer Arbeitsschwerpunkt, der zugleich für unsere Verankerung in den Betrieben von zentraler Bedeutung ist.

Gute Arbeit, Kolleginnen und Kollegen, bedeutet auch sichere Arbeit, planbare Arbeitsverhältnisse. Tatsächlich aber ist die Unsicherheit in das Arbeitsleben von Millionen zurückgekehrt. Nicht zu wissen, ob die Befristung verlängert wird, nicht zu wissen, ob bei Niedriglohnbezug am Monatsende noch genügend Geld da ist - das ist für viele Menschen wieder zur Lebenswirklichkeit geworden - in Form von befristeten Arbeitsverhältnissen, von Leiharbeit, von Minijobs, von Scheinwerkverträgen und Scheinselbstständigkeit, in Form von Armutslöhnen.

Prekär Beschäftigte haben deutlich weniger Rechte. Sie sind faktisch von ihrem Arbeitgeber in einem höheren Maße abhängig als unbefristet Beschäftigte im Normalarbeitsverhältnis. In den letzten Jahren hat sich die Ausweitung von prekären Beschäftigungsverhältnissen, also die Spaltung von Belegschaften, zu einem gezielten Strategieelement der Unternehmenssteuerung entwickelt. Es war Ziel der Agenda-Politik, diesen Prozess durch die Deregulierung des Arbeitsmarkts systematisch zu befördern. Wir haben da mit ver.di von Anfang mit Forderungen zur Regulierung des Arbeitsmarkts gegengehalten.

„Zeit für Gerechtigkeit“ - unter diesem Motto standen in den letzten Jahren vielfältige Aktionen für die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, für eine wirksame Bekämpfung von Werkverträgen, gegen Scheinselbstständigkeit sowie für das Verbot des Streikbrechereinsatzes von Leiharbeitskräften, mit Teilerfolgen. Das in der Koalitionsverein-



barung angekündigte Verbot des Streikbrechereinsatzes von Leiharbeitern soll noch in diesem Jahr Gesetzeskraft bekommen, und die Informationsrechte der Betriebsräte bei Werkverträgen sollen gestärkt werden. (Beifall) Das ist ein Ergebnis unseres Drucks. Das kommt nicht von allein. Das ist völlig klar.

Freilich haben wir uns nicht auf Forderungen an die Politik beschränkt, sondern haben die Bekämpfung prekärer Beschäftigungsformen auch zum Gegenstand betrieblicher und tarifpolitischer Initiativen gemacht, mit Teilerfolgen auch hier. So hat zum Beispiel das Land Bremen auf sachgrundlose Befristungen verzichtet, und in Hamburg konnte ver.di erreichen, dass beim Senat Leih- und Stamarbeit gleich bezahlt wird. Für die papierverarbeitende Industrie wurde ein Branchenzuschlag für Leiharbeiter vereinbart, der deutlich früher einsetzt als in allen anderen Branchen, in denen bisher solche Branchenzuschläge tarifiert wurden. Bei Netto und in einer Reihe von Unternehmen der privaten Abfallwirtschaft haben wir die Übernahme vieler Zeitarbeitskräfte in feste Beschäftigungsverhältnisse erreichen können. Im Energiebereich, aber zum Beispiel auch bei Telekom und Post, wurde die Übernahme von Auszubildenden in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse tarifvertraglich vereinbart. Und im öffentlichen Dienst sind wir mit dem Bundesinnenminister in der Diskussion, sachgrundlose Befristungen tarifvertraglich auszuschließen. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, die Tarifpolitik ist gewerkschaftliches und gewerkschaftspolitisches Kerngeschäft. Hier können wir für die zurückliegenden vier Jahre eine positive Bilanz ziehen. Vor dem Hintergrund einer in Deutschland vergleichsweise günstigen Konjunktur- und Arbeitsmarktentwicklung haben wir in vielen Bereichen deutliche Reallohnsteigerungen durchsetzen können und auch schwierige Konflikte gemeistert. Zum Teil sind uns markante Verbesserungen, ja regelrechte Tarifsprünge nach oben gelungen, so bei Fluggastkontrolleuren, im Geld- und Werttransport, bei den Seehäfen und beim zentralen DHL-Hub in Leipzig. Gute Ergebnisse erzielten wir auch im öffentlichen Dienst, an dessen Abschlüssen sich nach wie vor viele andere Arbeitgeber orientieren.

Häufig allerdings musste den Forderungen erst mit Arbeitsniederlegungen Nachdruck verliehen werden, bevor eine Einigung am Verhandlungstisch gelang. ver.di ist nach wie vor die Gewerkschaft mit den meisten Streiks. Es ist in den letzten vier Jahren nicht eine Bundesvorstandssitzung vergangen, auf der wir uns nicht mit einer Reihe von Streikbeschlüssen zu befassen hatten. 10 bis 20, ja 30 Streikbeschlüsse in einer Sitzung sind keine Seltenheit, sondern eher die Regel. Wenn man die Presse aufschlägt, Kolleginnen und Kollegen, und da liest, wir seien Krawallmacher, dann müssen die, die das schreiben, sich einmal fragen, warum es überhaupt zu einer solchen Zuspitzung kommen muss. Würden Arbeitgeber

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

nicht aus der Tarifbindung fliehen, gäbe es diese Anzahl von Streiks überhaupt nicht. So wird ein Schuh draus, Kolleginnen und Kollegen, und nicht anders. (Starker Beifall)

Tatsächlich haben sich die tarifpolitischen Konfliktherde in den letzten Jahren deutlich verschoben. Fanden kurz nach der Jahrtausendwende die meisten Arbeitskämpfe im industriellen Sektor statt, fallen heute rund 80 Prozent aller Arbeitstage durch Streiks in der Dienstleistungsbranche aus. Und das kommt nicht von ungefähr, Kolleginnen und Kollegen. Das Lohnniveau liegt im Dienstleistungsbereich in der Regel deutlich niedriger, und nachholende Lohnsteigerungen müssen oft erst hart erkämpft werden.

Von der Rückkehr der Streiklust war vor diesem Hintergrund 2015 die Rede, von einem Land im Ausstand und von einer Verhandlungskultur, die deutlich mehr auf Konflikt ausgerichtet wird. Der Grund für die sich häufenden Eskalationen sei, so die Klage von Arbeitgeberpräsident Kramer, dass die Gewerkschaften öfter dazu übergeben, unternehmerische Entscheidungen mit Hilfe von Arbeitskämpfen kippen zu wollen. Das beste Beispiel dafür sei die Deutsche Post. Vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund der Streiks von Spartengewerkschaften bei Lufthansa und Bahn sind wir derzeit mit verschiedenen Initiativen zur Einschränkung des Streikrechts konfrontiert.

Da ist zum einen das Tarifeinheitgesetz. Es regelt, was bei einer Kollision von Tarifverträgen passiert. Wenn für die gleiche Personengruppe eines Betriebs zwei unterschiedliche Tarifverträge bestehen, kommt der Tarifvertrag der Mehrheitsgewerkschaft zur Anwendung und verdrängt den der Minderheitsgewerkschaft, mit der Folge, dass ein Streik für einen Minderheitstarifvertrag unverhältnismäßig und rechtswidrig ist. Wir sehen darin einen indirekten Eingriff in das Streikrecht und haben das Gesetz, anders als andere DGB-Gewerkschaften, zusammen mit NGG und GEW abgelehnt. Das steht übrigens voll im Einklang mit der ausdrücklichen Beschlusslage des DGB-Bundeskongresses vom Mai 2014. (Beifall)

Wir werden es auch nicht bei der Unterschriftensammlung belassen, die wir Anfang des Jahres initiiert haben, sondern bereiten derzeit eine Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz vor. (Bravo-Rufe - Starker Beifall) Darüber hinaus haben wir keinen Zweifel daran gelassen, dass wir nicht zur Verfügung werden, um Tarifverträge anderer Gewerkschaften zu tunneln.

Interessierten Kreisen im Arbeitgeberlager und vom Wirtschaftsflügel der Union geht das Gesetz freilich nicht weit genug. Deren Feindbild sind auch nicht die Spartengewerkschaften, sondern wir. Und daraus machen sie auch gar kein Hehl. Exemplarisch dafür ist ein



Leitartikel im Handelsblatt vom 7. November 2014: „Die Bilder vom größten Streik der Bahngeschichte“, heißt es da, „lassen den Eindruck entstehen, kleine Gewerkschaften seien schädlicher für die Wirtschaft als IG Metall, ver.di & Co. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall.“ Klarer geht es nicht.

Genau diese Stoßrichtung haben sich seit Beginn des Jahres zunächst der CSU-Parteivorstand und im Anschluss daran die Bayerische Staatsregierung zu Eigen gemacht. Bayern hat im Juni einen Antrag in den Bundesrat eingebracht, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird - ich zitiere - „das Streikrecht in Bereichen der Daseinsvorsorge so zu regeln, dass die Versorgung der Bevölkerung durch Streiks nicht gefährdet wird“.

Gefordert wird erstens, vor jedem Streik in Bereichen der Daseinsvorsorge ein Schlichtungsverfahren durchzuführen, zweitens, dass jeder Streik in diesen Bereichen vier Werkta-ge vor seinem Beginn angekündigt werden muss, drittens, dass die Tarifparteien vor einem Tarifkonflikt einen konkreten Streikfahrplan vorlegen müssen. Wohlgemerkt: die Tarifparteien. Darin sollen Art und Umfang der im Rahmen eines Arbeitskampfes erforderlichen Notdienstarbeiten schriftlich festgelegt werden.

Was passiert, wenn sich die Tarifparteien nicht einigen können, bleibt offen. Entscheiden dann die Arbeitsgerichte? Soll gegen deren Entscheidung Revision zugelassen sein? Und was heißt das eigentlich für die zeitlichen Abläufe eines Streiks? Alles offene Fragen.

Der zuständige Ministerialrat im Bayerischen Innenministerium hat jetzt vorgeschlagen, beide Tarifparteien für den Fall einer Nichteinigung zu Zahlungen zu verpflichten, die - ich zitiere - ihrer Höhe nach „eine Schwelle überschreiten, die für keine der Tarifparteien auf Dauer vertretbar erscheint“. Wer da als Erster in die Knie gehen dürfte, liegt auf der Hand.

Kolleginnen und Kollegen, das Ganze ist ein Angriff auf das Streikrecht, der in seinen praktischen Folgen sehr viel weiter reichen dürfte als alles, was mit dem Tarifeinheitsgesetz jetzt bewegt wird. Er betrifft die Bereiche Verkehr, Gesundheitswesen, Energie- und Wasserversorgung, Bildung, Abfall, den öffentlichen Dienst, Telekommunikation, Post und was sonst noch alles zu versorgungskritischen Infrastrukturbereichen gerechnet werden könnte. Das dürfte in der nächsten Zeit zur Hauptauseinandersetzungslinie in der Öffentlichkeit werden.

Und ein Blick nach Großbritannien zeigt, dass konservative Regierungen auch anderswo massive Streikrechtsbeschränkungen planen. So sollen die Gewerkschaften in Großbritannien die Arbeitgeber künftig mindestens zwei Wochen vor Beginn von Streiks informieren müssen. Und das Verbot des Streikbrechereinsatzes von Leiharbeitern soll fallen.

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Kolleginnen und Kollegen, auch wenn der Vorstoß aus der CSU vor 2017 keine Aussicht auf Umsetzung durch die Bundesregierung und zurzeit auch keine Aussicht auf mehrheitliche Unterstützung im Bundesrat haben dürfte, müssen wir hier doch von Anfang an gegenhalten. Klar und entschieden! Denn machen wir uns nichts vor: Dieser Vorstoß liegt auf Wiedervorlage und wird von interessierter Seite propagandistisch unterstützt werden. Ich begrüße daher ausdrücklich, dass Reiner Hoffmann dazu gestern die richtigen Worte gefunden hat: Entschiedene Gegnerschaft und die Bereitschaft, diese Auseinandersetzung konsequent und hart auszutragen. Eine andere Antwort kann es darauf für uns nicht geben, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich sage das gerade auch vor dem Hintergrund dessen, was wir auf der europäischen Ebene in den letzten vier Jahren erlebt haben. Wettbewerbsfähigkeit, Strukturreformen, Entbürokratisierung - unter diesen Schlagworten betreibt die EU-Kommission den Abbau sozialer Standards zum Beispiel beim Arbeitsschutz, etwa im Bereich der Friseurinnen, betreibt sie die weitere Deregulierung der Produktmärkte und des Arbeitsmarktes sowie den Angriff auf die Systeme der sozialen Sicherung.

Tatsächlich sind wir in der letzten Zeit Zeuge eines umfassenden Angriffs auf das Lohnniveau, auf die Lohnfindungssysteme und auf den Sozialstaat in weiten Teilen Europas geworden. Damit einher ging eine dramatische Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen. In der Folge sind in 13 der 28 EU-Staaten die Reallöhne abgesenkt worden und ist der Tarifdeckungsgrad zum Teil dramatisch zurückgegangen mit negativen Folgen auch für die wirtschaftliche Entwicklung. Auch im siebten Jahr nach der großen Krise hat die Wirtschaft der Eurozone immer noch nicht wieder das Produktionsniveau von 2008 erreicht. Stattdessen befindet sie sich nach Jahren der Rezession seit 2014 in einer Stagnationsphase mit dürftigen Wachstumsraten.

Dagegen erleben die USA seit 2010 eine deutliche Erholung bei Produktion und Beschäftigung. Während die Arbeitslosenrate in der Eurozone von 2010 bis 2014 angestiegen ist, sank sie in den USA im selben Zeitraum deutlich.

Der Vergleich zwischen der Eurozone und den USA, Kolleginnen und Kollegen, ist deshalb so interessant, weil er den unterschiedlichen Erfolg zweier gegensätzlicher Strategien zur Überwindung einer Krise verdeutlicht. Die Eurozone hat, getrieben aus Berlin, den Weg der Sparpolitik, der Austerität, und der Strukturreform gewählt. Dieser Weg dämpft die Nachfrage, erhöht die Arbeitslosigkeit, schwächt die Gewerkschaften und lässt die Lohnkosten



sinken. Es dauert bei diesem Weg lange, bis sich erneut eine Erholung abzeichnet, und er ist mit sehr hohen sozialen Kosten verbunden, vor allem in Form einer hohen Arbeitslosigkeit.

Der andere Weg, der Weg, den die USA gewählt haben, bekämpft die Krise durch eine expansive Wirtschaftspolitik. Durch die Stützung der Nachfrage wird die Arbeitslosigkeit rasch abgebaut. Zwar steigen zunächst noch die Staatsschulden. Diese können dann in der Phase guter Wachstumsraten aber nach und nach reduziert werden.

ver.di hat diese Erfahrung aufgenommen und maßgeblich dazu beigetragen, dass zunächst vom DGB und dann auch vom Europäischen Gewerkschaftsbund EGB ein europaweites Investitionsprogramm, ein Marshallplan auf europäischer Ebene gefordert wurde. Für dieses alternative Konzept zur Überwindung der Krise konnten bislang allerdings noch keine politischen Mehrheiten gewonnen werden.

Die Gewerkschaften haben sich in Europa bisher faktisch ausschließlich auf der nationalen Ebene zu wehren versucht. Die spanischen, portugiesischen und griechischen Gewerkschaften mobilisierten phasenweise stark gegen die Austeritätspolitik. Auf der europäischen Ebene jedoch gab es zwischen 2011 und 2015 keine starke soziale Kampagne gegen die Austerität und die Massenarbeitslosigkeit.

Wir haben in ver.di in dieser Phase unter dem Motto „Geld ist genug da - woher kommen die Schulden?“ gemeinsame Aktionswochen mit den größten Gewerkschaften Österreichs und der Schweiz, GPA und Unia, durchgeführt und versucht, Alternativen zur Austeritätspolitik aufzuzeigen. Zwar sind die Eurokrise und unsere Alternativen dazu permanent Gegenstand der Berichterstattung in unserer Mitgliederzeitung „PUBLIK“ und im Internet gewesen, doch vor Ort sind viele Aktive vor der Komplexität des Themas zurückgeschreckt. Das muss man ganz nüchtern festhalten.

Wegen der Ungleichzeitigkeit der Krisenwirkungen hat sich auch die Betroffenheit in den verschiedenen Eurostaaten sehr unterschiedlich ausgeprägt. Das hat dazu beigetragen, dass die Eurokrise in Deutschland vor allem als ein Problem der anderen wahrgenommen wurde und wird. Wir haben uns in ver.di dann auch keineswegs auf die Auseinandersetzung über die Eurokrise beschränkt, sondern haben darüber hinaus kontinuierlich europäische Themen aufgegriffen. Im Vorfeld der Wahlen zum EU-Parlament haben wir branchenspezifische „PUBLIK“-Ausgaben erstellt und in den Betrieben verteilt, um die Bedeutung des EU-Parlaments für unseren Organisationsbereich herauszuarbeiten und für die Beteiligung an der Wahl zu werben. Aus gutem Grund: Das EU-Parlament war in den vergange-

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

nen Jahren unser wichtigster Verbündeter, wenn es darum ging, problematische Vorstöße der EU-Kommission abzuwehren.

Es ist uns gelungen - Monika hat darauf aufmerksam gemacht -, mit der europäischen Bürgerinitiative „Wasser ist Menschenrecht“ die Wasserwirtschaft vom Geltungsbereich der vom EU-Parlament verabschiedeten Richtlinie zur Konzessionsvergabe auszunehmen. Allein in Deutschland wurden dafür 1,4 Millionen Unterschriften gesammelt - ein wirklich großer Erfolg für die Arbeit unseres Fachbereichs und unsere gesamte Organisation. (Beifall)

Vor wenigen Tagen hat das EU-Parlament die EU-Kommission aufgefordert, das Menschenrecht auf Wasser verbindlich in der europäischen Gesetzgebung zu verankern. Das zeigt deutlich: Gewerkschaftliche Einmischung in Europa zahlt sich aus, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ausgezahlt haben sich unsere europäischen Aktivitäten auch an vielen anderen Stellen. So konnte unter anderem ein zweiter Anlauf der Kommission zur Verschlechterung der Arbeitszeitrichtlinie verhindert werden. Die Zeit im Bereitschaftsdienst bleibt Arbeitszeit. - Gut so! (Leichter Beifall) Die Berufsanerkennungsrichtlinie sieht inzwischen eine mindestens zehnjährige allgemeine Schulausbildung und den Besuch einer Krankenpflegeschule als gleichberechtigten Weg zur Ausbildung in der allgemeinen Krankenpflege vor - ein für uns im Gesundheitswesen ganz zentraler Punkt, der lange umstritten war.

Auch bei der Durchführungsbestimmungen zur Entsenderichtlinie konnte Schlimmeres verhindert werden, unter anderem bei der Begrenzung nationaler Kontrollmöglichkeiten in Sachen Arbeitgeberhaftung. Und nachdem mehrere Tausend Kolleginnen und Kollegen mit starker Beteiligung aus Deutschland im Jahr 2012 am Flughafen Brüssel demonstriert hatten, konnte auch ein Vorstoß der EU-Kommission zur weiteren Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste abgewehrt werden. Der Kommission blieb nichts anderes übrig, als den Vorschlag zurückzuziehen.

Wir sehen: Das, was in Brüssel passiert, hat jede Menge Auswirkungen auf uns. Das, was in Brüssel passiert, ist wichtig. Wir müssen es weiter beeinflussen. Das gilt für konkrete Gesetzesvorhaben genauso wie für die Auseinandersetzung mit der Austeritätspolitik. Zu fatal, zu desaströs sind ihre Folgen.

Ich sage das ganz deutlich: Jeder weiß, Kolleginnen und Kollegen, dass das beschlossene Programm für Griechenland nicht funktionieren kann. (Beifall) Worin besteht schon der



Sinn einer Arbeitsmarktreform - Hand aufs Herz, worin besteht schon der Sinn einer Arbeitsmarktreform, die Massenentlassungen in einem Land der Massenarbeitslosigkeit erleichtern soll -: bei 50 Prozent, 60 Prozent Jugendarbeitslosigkeit? Was ist das für eine Politik? Was ist das für eine Logik, Kolleginnen und Kollegen? (Beifall)

Die 50 Milliarden Euro, die das Privatisierungsprogramm in die Kassen spülen soll, sind ein reines Phantasieprodukt, und dass nur eine Umschuldung verbunden mit Investitionshilfen gewirkt hätte, dürfte allen Beteiligten klar sein. Doch sie war politisch unerwünscht.

Die Austeritätsauflagen für das dritte Hilfsprogramm sind hart. In einem Land, das die stärkste Absenkung des Lebensstandards durchmacht, die jemals in Friedenszeiten in einer entwickelten Wirtschaft gemessen wurde, droht bei Fortsetzung des Sparkurses eine ökonomische, soziale und politische Katastrophe. Und die Solidarität mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Griechenland, die muss auf der Tagesordnung bleiben, Kolleginnen und Kollegen. Da gibt es kein Vertun, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und obwohl das alles so sichtbar ist, setzen die Verantwortlichen in Brüssel weiter auf Deregulierung und neoliberale Politik. Und das keineswegs nur gegenüber Griechenland. So hat die EU-Kommission unlängst sieben Ländern, darunter Deutschland, empfohlen, den Einzelhandel zu deregulieren - unter anderem, indem die Genehmigung großer Shopping Malls und Factory Outlets erleichtert werden soll. Man erhofft sich dadurch Preissenkungen. Die strukturpolitischen Folgen werden ignoriert.

Mehreren Ländern, darunter Belgien, wurde empfohlen, ihr Lohnfindungssystem zu dezentralisieren, sprich zu verbetrieblichen, um Lohnsenkungen zu erleichtern. Und wiederum acht Ländern, darunter Österreich, wurde empfohlen, das Rentenalter anzuheben und es automatisch - automatisch! - an den Anstieg der Lebenserwartung zu koppeln, um sich auf diese Weise immer neue Auseinandersetzungen bei weiteren Anhebungen des Rentenalters zu ersparen.

In einem kürzlich vorgelegten Bericht der Präsidenten aller EU-Institutionen fordern diese jetzt sogar die Errichtung unabhängiger nationaler Stellen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Diese sollen beurteilen, ob sich die Löhne entsprechend der Produktivität entwickeln und Vergleiche mit der Lohnentwicklung in anderen Ländern in und außerhalb Europas erstellen. Anschließend sollen diese Stellungnahmen bei den Tarifverhandlungen von den Tarifparteien als Richtschnur - als Richtschnur! - zugrundegelegt werden - ein offener Angriff auf die Tarifautonomie.

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Und ich sage euch, Kolleginnen und Kollegen, es ist diese sozialpolitische Stoßrichtung der EU-Politik, gegen die wir uns schon in den letzten Jahren fortgesetzt gestemmt haben. Und das bleibt auch in Zukunft unerlässlich für uns, Kolleginnen und Kollegen. - Unerlässlich. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, eingemischt haben wir uns auch im Hinblick auf die Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen mit den USA - TTIP - und Kanada - CETA - sowie die Verhandlungen zwischen 28 Staaten zur umfassenden Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte - TISA.

Dabei haben wir uns zunächst auf das bereits ausgehandelte Abkommen mit Kanada konzentriert. Es enthält Bestimmungen zu sogenannten Investor-Staat-Schiedsverfahren. Damit würde eine in den Händen großer Rechtsanwaltskanzleien liegende Sondergerichtsbarkeit im Interesse großer ausländischer Konzerne auf den Weg gebracht. Im Rahmen solcher Schiedsverfahren klagt zum Beispiel der französische Konzern Veolia vor einem Schiedsgericht in Washington D.C. gegen den ägyptischen Staat wegen entgangener Gewinne aufgrund der Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns dort; und es klagt der Tabakkonzern Phillip Morris gegen Australien und Uruguay wegen entgangener Gewinne aufgrund von Auflagen bei der Zigarettenwerbung, derweil Neuseeland eine geplante Gesetzgebung zur Zigarettenwerbung erst einmal auf Eis gelegt hat, bis das private Schiedsgericht in Washington D.C. über die Klage von Phillip Morris entschieden hat.

Was da stattfindet, Kolleginnen und Kollegen, und nun auch für die EU-Staaten bindend werden soll, ist nichts anderes als ein Angriff auf die Souveränität der vom Volk gewählten Parlamente, ein Angriff auf Demokratie und Rechtsstaat. (Lebhafter Beifall) Und das trifft auf unseren entschiedenen Widerstand. So ein Abkommen darf nicht ratifiziert werden - nicht vom Bundestag und nicht vom EU-Parlament, Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall - Bravorufe)

Dass die EU-Kommission jetzt erste Konsequenzen zieht und für supranationale öffentliche Gerichte mit ordentlichen Richtern plädiert, ist gut, ist ein Versuch, TTIP zu entgiften. Wie aussichtsreich er ist, bleibt offen. Bei CETA soll ohnehin alles beim Alten bleiben. Es gilt deshalb weiter: Was wir brauchen, Kolleginnen und Kollegen, ist fairer Handel, kein neoliberal ausgestalteter Freihandel, der demokratische Gestaltungsmöglichkeiten einschränkt. Unser Leitbild ist nämlich der aktive demokratische Sozialstaat und nicht die „marktkonforme Demokratie“, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)



Da ist es gut, dass wir bei CETA, TTIP und TISA eine sehr breite Koalition von Verbänden an unserer Seite wissen. Zusammen rufen wir für den 10.10.2015 zu einer bundesweiten Demonstration gegen diese Abkommen in ihrer bisherigen Form in Berlin auf. Lasst uns diesen Tag gemeinsam zu einem Erfolg der Protestbewegung machen, einer Protestbewegung, der sich mittlerweile auch die Parlamente der Niederlande, Frankreichs und Österreichs angeschlossen haben. Sie alle haben erklärt, CETA abzulehnen, wenn die Bestimmungen zum Investor-Staat-Schiedsverfahren Teil des Abkommens bleiben sollten. Richtig so, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Das zeigt: Einmischung lohnt sich. Wir sind in der Lage, Themen zu setzen und Erfolge zu erzielen. Das beweist nicht nur der Erfolg unserer Mindestlohnkampagne. Das zeigt auch das Beispiel der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. Dank des enormen Engagements unserer Kolleginnen und Kollegen ist es uns hier gelungen, ursprünglich geplante Stelleneinsparungen in Höhe von 25 Prozent zu verhindern. Nach den Streiks des Jahres 2013 wird mittlerweile ein steigender Personalbedarf anerkannt. Befristete Arbeitsverträge sollen in unbefristete umgewandelt, die regionalen Kompetenzen erhalten werden. Es gibt ein vom Bundestag getragenes Bekenntnis zur Wasser- und Schifffahrtsverwaltung als Durchführungsverwaltung, und es werden Aufgaben in die Eigenerledigung zurückgeholt - ein hart erkämpfter, wirklich großer Erfolg für unsere ver.di-Kolleginnen und -Kollegen in diesem am besten organisierten Bundesbereich. (Beifall)

Nicht immer gelingen solche Erfolge. Manchmal aber können auch Teilerfolge schon viel bewirken. Ich will daran erinnern: Gemeinsam mit dem DGB haben wir im Bundestagswahlkampf 2013 die Arbeitswelt zum Thema gemacht und für die Reregulierung des Arbeitsmarkts geworben. Wir sind für eine Stärkung der sozialen Sicherungssysteme eingetreten, für die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren und für mehr Verteilungsgerechtigkeit.

Mehr Gerechtigkeit bei der Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften, das ist ein Muss angesichts des unübersehbaren Investitionsstaus bei Straßen, Tunneln, öffentlichen Gebäuden und der strukturellen Unterfinanzierung des Bildungssystems. (Beifall)

Rentenpolitisch konnten wir nach der Bildung der Großen Koalition punkten: bei der Rente ab 63 und bei der verbesserten Anrechenbarkeit von Kinderziehungszeiten auf die Rente, auch wenn wir die Tatsache, dass die sogenannte Mütterrente vor allem über die Beitragszahler finanziert wird, als sachfremd und systemwidrig kritisiert haben und eine Steuerfinanzierung befürworten. (Beifall)

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Überhaupt nicht vorangekommen sind wir hingegen steuer- und haushaltspolitisch. Im Gegenteil: Schäuble und Merkel - wir haben das ja gestern gehört - haben die schwarze Null zum strategischen Erfolgsbeweis ihrer Politik in dieser Legislaturperiode erhoben und schöpfen trotz eklatanter öffentlicher Investitionsbedarfe noch nicht einmal den rechtlich möglichen Verschuldungsspielraum aus. Und das, obwohl sie in der aktuellen Niedrigzinsphase langfristige Kredite praktisch für umsonst aufnehmen könnten. Stattdessen setzt die Große Koalition auf - wie heißt es so schön? - PPP-Projekte, wohlwissend, dass damit Haushaltsdefizite nur in die Zukunft verschoben werden und diese PPP, einer Untersuchung des Bundesrechnungshofs zufolge, im Durchschnitt 30 Prozent - 30 Prozent! - teurer sind als herkömmlich finanzierte öffentliche Investitionen. Obendrein bringt man eine Erbschaftsteuerreform auf den Weg, die reiche Erben erneut massiv begünstigt - ein Hammer, wo das bisherige Erbschaftsteuerrecht vom Bundesverfassungsgericht doch eben noch wegen übermäßiger Privilegierung von Unternehmenserben für verfassungswidrig erklärt worden ist.

Wir haben diesen Vorgang massiv kritisiert und lancieren gerade einen öffentlichen Appell prominenter Persönlichkeiten gegen die Pläne aus dem Bundesfinanzministerium und gegen Forderungen der Unternehmerverbände nach immer noch mehr Vergünstigungen.

Da sind - Hand aufs Herz, Kolleginnen und Kollegen, das muss man so sagen - Leute am Werk, die wollen überhaupt keine Steuern zahlen, und die Große Koalition scheint ihnen dabei weitgehend entgegenzukommen. Weggucken geht da gar nicht. Hingucken muss man, Kolleginnen und Kollegen, hingucken und sich einmischen. (Beifall)

Einmischen, das tun wir. Beim Thema Steuergerechtigkeit zum Beispiel mit unserem Engagement im Bündnis Umfairteilen in den Jahren 2012 und 2013 beim Thema der Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Und ebenso beim Thema Renten, hier unter besonders intensiver Beteiligung unserer Seniorinnen und Senioren, die eine wirklich wertvolle Arbeit in unserer und für unsere Organisation leisten und ein unverzichtbarer Bestandteil von ver.di sind, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Rentenpolitisch haben wir in den letzten Jahren zusammen mit einem breiten Bündnis von Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften die längst versprochene, aber immer noch unerfüllte Angleichung der Ostrenten eingefordert. Und in Sachen Rente stehen wir vor der großen Aufgabe, die künftig massenhaft drohende Altersarmut zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung zu machen. Das ist ein Thema, das - davon bin ich fest überzeugt und wir werden Weichen dazu auf diesem Kongress stellen - eine ähnlich nachhaltige



Kampagne verdient wie die zum gesetzlichen Mindestlohn, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ja, Kolleginnen und Kollegen, Einmischung ist notwendig und wir haben uns eingemischt, häufig mit zählbaren Ergebnissen:

- in die Energiepolitik mit Aktionstagen, Veranstaltungen und der Teilnahme an Regierungskommissionen für die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung und für eine gelingende sozialverträgliche Energiewende;
- in die Verkehrspolitik zugunsten des Erhalts der maritimen Wirtschaft, zugunsten einer wirksamen ÖPNV-Finanzierung und für Tariftreuegesetze in den Bundesländern;
- in die Gesundheitspolitik wie zum Urhebervertragsrecht und zur Ausstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks;
- wir haben uns eingesetzt für einen beschleunigten Ausbaus des Breitbandnetzes und dafür, auch im Hochschulbereich Tarifverträge zum Thema Befristungen abschließen zu können;
- für eine kommunalfreundliche Ausgestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und für einen tragfähigen Bund-Länder-Finanzausgleich;
- für eine Abfallwirtschaftsgesetzgebung, die Privatisierungsinteressen nicht in die Hände spielt, ebenso wie für einen wirksamen Arbeitnehmerdatenschutz;
- und intensiv auch für ein Krankenkassenrecht, das den Qualitätswettbewerb begünstigt, und gegen den Versuch, die Krankenkassen dem Kartellrecht zu unterwerfen.

Damit sind nur einige der Felder benannt, auf denen wir uns als Gewerkschaft in den letzten vier Jahren engagiert haben. Das macht die enorme Breite, in der ver.di als Multibranchengewerkschaft gefordert ist und handelt, beispielhaft deutlich. Diese Aufzählung ist - ich weiß nicht, wie es euch geht - schon eindrucksvoll genug und deckt doch das ganze Spektrum, die Vielfalt unserer Aktivitäten noch lange nicht ab.

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Was wir auch anpacken, Kolleginnen und Kollegen, immer bleibt klar: Der Einfluss, den wir als Gewerkschaft ausüben können, betrieblich, tarifpolitisch, gesellschaftspolitisch, steht stets in einer unauflöslichen Beziehung zu unserer Verankerung in den Betrieben und zu unserer Mitgliederstärke. Die Zukunft der Gewerkschaft entscheidet sich im Betrieb, entscheidet sich in der Arbeitswelt in all ihren Ausprägungen.

Wer tritt dort als Gewerkschafterin und Gewerkschafter auf? Wer wirbt Mitglieder? Wie entwickeln sich die Mitgliederzahlen und wie die Zusammensetzung unserer Mitgliedschaft? Schließlich: Mit welchen Konzepten wollen wir die Entwicklung beeinflussen?

Dazu einige Fakten im Lichte der aktuellen Entwicklung:

Bis Ende letzter Woche haben wir in diesem Jahr etwas mehr als 107.000 Eintritte verzeichnen können - ein sehr gutes Ergebnis. (Beifall)

Lasst mich einflechten: Was die Erwerbstätigen angeht, sind wir nach wie vor die mitgliederstärkste Gewerkschaft im DGB. (Beifall)

Damit stehen wir im DGB mit Abstand ganz oben und es dürfte auch sonst in Deutschland nicht viele Organisationen mit solchen Eintrittszahlen geben. Nach 2013 steuern wir in diesem Jahr erneut auf ein Mitgliederplus zu.

Im ersten Halbjahr standen 82.000 Eintritte 66.000 Austritten gegenüber. Was die Austritte betrifft, stagniert die Zahl seit Jahren auf einem Niveau zwischen 60.000 und 68.000 pro Halbjahr. Das ist deutlich weniger als in früheren Jahren, aber nach wie vor verlieren wir pro Jahr 120.000 bis 135.000 Menschen.

Wird nur die Entwicklung bei den Erwerbstätigen betrachtet, ergibt sich für das erste Halbjahr 2015 ein positiver Saldo von über 36.000 Mitgliedern. Und selbst wenn diejenigen berücksichtigt werden, die aus dem Status der Erwerbstätigkeit in den Status der Arbeitslosigkeit oder Rente wechseln, bleibt immer noch ein Plus von 19.000 Mitgliedern.

Der Anteil der Erwerbstätigen hat seit 2002, seit unserer Gründung, stetig zugenommen: von 72,3 Prozent auf mittlerweile 76,5 Prozent.

Demgegenüber liegt der Anteil der Arbeitslosen und der Senioren auf dem niedrigsten Stand seit Gründung, der Anteil der Jugendlichen hingegen über dem Wert in der Gründungszeit. (Beifall)



Das ist gut, sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir bei der Gewinnung von Auszubildenden und jungen Beschäftigten noch viel Luft nach oben haben und betriebsbezogen viel systematischer und planvoller agieren müssen.

Der Altersdurchschnitt der Organisation ist gestiegen, und das ist nicht etwa auf einen höheren Anteil der Senioren zurückzuführen. Viel wichtiger ist, dass auch viele jung eingetretene Mitglieder nach wenigen Jahren wieder austreten, überproportional häufig übrigens Mitglieder mit relativ geringem Beitrag. Tatsächlich ist die Austrittswahrscheinlichkeit mit Abstand am höchsten bei Mitgliedern, die noch keine fünf Jahre Mitglied sind, und sie steigt noch, je jünger ein Mitglied ist. Zusätzlich verlassen uns sehr viele Mitglieder zum Renteneintritt. Wir haben daraus in intensiven Diskussionen Konsequenzen gezogen und im Rahmen von „Perspektive 2015“ einen stark beteiligungsorientierten Organisationsentwicklungsprozess in ver.di begonnen, der mittlerweile in einer Reihe wichtiger Politprojekte gemündet ist.

An dieser Stelle möchte ich mich auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundesvorstand, bei allen, die dazu beigetragen haben, sehr herzlich bedanken: (vereinzelt Beifall) bei den Mitgliedern des Beirats „Perspektive 2015“, den Mitgliedern der Steuerungs- und Beteiligungsgruppen, bei allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitstreiterinnen und Mitstreitern, bei den Kolleginnen und Kollegen unseres Gewerkschaftsrats, die viele Stunden dazu engagiert diskutiert haben, um dann Weichenstellungen vorzunehmen, und natürlich insbesondere auch bei den Kolleginnen und Kollegen des Präsidiums des Gewerkschaftsrats, ohne die wir im Leben nicht so weit gekommen wären. Ich nenne Herbert Beck, Werner Filipowski, Karola Güth, Timo Heider, Simona König, Anita Liebholz, Andrea Pohl, Bernd Rose, Dieter Schäfer. Und ganz besonders bedanke ich mich bei der Vorsitzenden des Gewerkschaftsrats, unserer Kollegin Monika Brandl. Vielen, vielen Dank! (Beifall)

Lasst mich in den Dank hier ganz ausdrücklich auch einmal die ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen unseres Lohnsteuerservices einschließen. Sie leisten Großartiges. (Beifall) 74.000 Mitglieder haben den Lohnsteuerservice im letzten Jahr genutzt; das sind 2.000 mehr als 2013. Im Ergebnis wurden den Mitgliedern über 41 Millionen Euro von den Finanzämtern erstattet. Eine tolle Leistung unserer Lohnsteuerberaterinnen und -berater, die sich durch kontinuierliche Qualifizierung ihre hohe Beratungskompetenz erhalten. Ihnen allen und euch allen, soweit ihr hier seid, Dank und Anerkennung für die Ergebnisse eurer Arbeit und die vielen Stunden, die ihr investiert habt, um unsere ver.di-Mitglieder zu unterstützen. (Beifall)

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Und wenn ich schon dabei bin, dann möchte ich auch die Arbeit unserer Erwerbslosenausschüsse besonders herausstellen. Was von unseren Kolleginnen und Kollegen da zum Beispiel bei der Beratung von Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern geleistet wird, ist beeindruckend und verdient unser aller Anerkennung, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Zurück zu „Perspektive 2015“. Gegenwärtig sind wir dabei, in allen Bezirken Rückholarbeit verbindlich auszurollen. Wir wollen das Anfang 2016 abgeschlossen haben und liegen hier im Plan. Dort, wo die Rückholarbeit jetzt läuft, verzeichnen die mit uns zusammenarbeitenden externen Dienstleister durchschnittliche Rückholquoten zwischen 10 und 15 Prozent, in Ausnahmefällen auch bis zu 20 Prozent. Und zum Teil noch bessere Ergebnisse erzielen wir dort, wo es eine erfolgreiche Rückholarbeit durch Ehrenamtliche gibt. Das zeigt: Rückholarbeit lohnt sich.

Eine bundesweite Sonderwerbeaktion im zweiten Quartal 2015 hat mit zu dem sehr guten Halbjahresergebnis beigetragen. Und ich freue mich, dass wir die zehn besten Werberinnen und Werber heute Nachmittag hier auf unserem Kongress begrüßen und auszeichnen können. (Vereinzelt Beifall)

Mit Onlinemarketing und mit Straßenwerbung erschließen wir zusätzliche Werbekanäle. Mit Erfolg. Wir erfahren jetzt: In Deutschland kann eine Gewerkschaft Mitglieder im öffentlichen Raum werben. Unsere vier Pilotteams haben in den ersten elf Wochen seit dem Start im Landesbezirk Baden-Württemberg 733 Beitritte erzielt. Das entspricht rund 70 Eintritten pro Woche. Die Erfahrungen am Infostand zeigen durchgängig: ver.di wird positiv wahrgenommen.

Das ist richtig gut und wichtig angesichts der Tatsache, dass viele Menschen mittlerweile in kleinen Betriebseinheiten ohne Betriebsräte, ohne ver.di-Strukturen oder als Solo-Selbstständige arbeiten, und wir sie über ihren Betrieb schlecht erreichen. Straßenwerbung kann da Chancen eröffnen, jedenfalls für eine Multibranchengewerkschaft, die so breit aufgestellt ist wie ver.di. Bei anhaltendem Erfolg - wir befinden uns schließlich noch in der Experimentierphase - werden wir Straßenwerbung auch auf weitere Landesbezirke übertragen.

Und weiter: Mit den Pilotprojekten zum ausgehenden Mitgliederkontakt erproben wir Konzepte verbesserter proaktiver Kommunikation. Die Zielgruppen sind dabei nicht zufällig: neu eingetretene Mitglieder, Auszubildende im Übergang ins Berufsleben und ältere Mitglieder im Vorfeld der Rente.



Wir arbeiten an der systematischen Verbesserung unserer kollektiven Betriebs- und Tarifarbeit.

In den Landesbezirken Bayern und Niedersachsen/Bremen beginnen in Kürze Pilotprojekte, in denen wir erproben wollen, ob und wie eine verbesserte individuelle Mitgliederbetreuung durch ver.di-Zentren und ver.di-Teams Recht und Beratung zu mehr Mitgliederzufriedenheit und Mitgliederbindung beitragen kann. Damit wollen wir zugleich mehr Spielraum für die betriebliche Arbeit schaffen und unsere kollektive Betriebs- und Tarifarbeit systematisch zu verbessern. Unser Ziel dabei: mehr Mitglieder, mehr Macht, mehr Möglichkeiten.

Auch mit den Aktionswochen, die wir in den letzten beiden Jahren begonnen haben, sind wir in den Betrieben auf ein positives Echo gestoßen. Gleich, ob es um das Thema „Pausen“ oder um Sonderzahlungen - ihr erinnert euch: „Am Ende ist mehr drin“ - ging: Das Medienecho war gut. Eine Woche Präsenz mit gewerkschaftlichen Aktionsthemen hat unsere Wahrnehmbarkeit vor Ort erhöht, unserem Image gut getan und ein Gemeinschaftserlebnis in und mit der Organisation geschaffen.

Die Mitgliederentwicklung - ihr wisst das - ist bekanntermaßen in allen Gewerkschaften ein sensibler Punkt. Des Öfteren bot er Anlass zu Organisationskonflikten im DGB. Umso erfreulicher ist es, dass es uns gelungen ist, Konflikte beizulegen und zu belastbaren Verständigungen zu kommen, so mit EVG, IG BAU und NGG. Eine Einigung für die ostdeutsche Wasserwirtschaft liegt von beiden Seiten ausgearbeitet vor, und mit der IG Metall sind wir dabei, Einvernehmen für den Automotive-Bereich der Kontraktlogistik zu erzielen. Insgesamt können wir für den Berichtszeitraum auch hier ein positives Resümee ziehen.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben seit 2011 wichtige Fortschritte gemacht. In ver.di hat sich eine eigene Organisationskultur herausgebildet, die diskursiver, toleranter, weiblicher, pluralistischer und zugleich politischer ist als in vielen anderen Organisationen. Das ist ein echtes Pfund. ver.di hat sich als starke, handlungsfähige Organisation erwiesen, auch unter schwierigen Bedingungen. Und wir sind fest entschlossen, diesen Weg fortzusetzen. Dabei sind wir unseren zentralen gewerkschaftlichen Werten verpflichtet: Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Solidarität.

Praktische Solidarität haben wir auch international geübt: bei DHL in der Türkei, wo unsere Kolleginnen und Kollegen mit unserer Unterstützung das Recht auf gewerkschaftliche Organisation durchsetzen konnten, (vereinzelt Beifall) in den USA, wo Beschäftigte, die sich für eine gewerkschaftliche Organisation einsetzen, bei der US-Tochter der Deutschen Te-

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

lekom massiv bedroht werden und mit Abmahnungen, Kündigungen und anderen Sanktionen rechnen müssen, und in Kolumbien und Guatemala, wo das Leben von Gewerkschaftern nach wie vor durch Todesschwadronen rechter Paramilitärs bedroht ist.

„Solidarität“, so heißt es in unserer Grundsatzerklärung, „wächst aus der Fähigkeit des Menschen zur Anteilnahme am Schicksal des anderen und aus Mitgefühl. Sie gründet auf der Bereitschaft, für sich und für andere Verantwortung zu übernehmen.“

Ich habe diese Sätze sehr bewusst zum Schluss meines Beitrags hier zitiert - jetzt, wo sich mit zunehmenden Flüchtlingszahlen, der wachsenden Zahl von Asylsuchenden, dem Zuzug aus anderen EU-Staaten, von Menschen, die nach Europa und nach Deutschland wollen, um hier Arbeit und ein Auskommen zu finden, eine breite Spur der Verunsicherung durch Politik und Gesellschaft zieht. Experten rechnen damit, dass der Strom der Flüchtlinge in den nächsten Jahren anhält. Bis zum Ende dieses Jahres könnte es eine Million Menschen sein.

Da gibt es überwältigende Hilfsbereitschaft, ein beeindruckendes, großartiges zivilgesellschaftliches Engagement, aber auch Sorgen, wie all den Ankommenden mit Wohnungen, Schulbildung, Arbeitsplätzen und Gesundheitsversorgung geholfen werden soll, zumal bei denen, die schon hier leben, doch auch längst nicht alles zum Besten steht.

Und es gibt den rechten Mob. Immer wieder zünden rechte Gewalttäter Flüchtlingsheime an, attackieren Flüchtlingshelfer und drohen ihnen mit Mord. Was wir da zu sehen bekommen, ist ungehemmte Fremdenfeindlichkeit, ja sogar Hass. Das ist bössartig, erbärmlich, gemein.

Ich stimme Heribert Prantl uneingeschränkt zu, wenn er in der Süddeutschen Zeitung schreibt: „Diese Übergriffe sind keine Übergriffe. Es sind Angriffe. Es sind elende, erbärmliche, gemeine Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und auf schutzbedürftige Menschen.“ (Lebhafter Beifall) Er schreibt weiter: „Wer Flüchtlingsunterkünfte angreift, ist ein Verbrecher. Und wer gegen Menschen hetzt, die Asyl beantragen, muss sich als dessen Gehilfe betrachten lassen.“ (Beifall)

Ja, Kolleginnen und Kollegen, so ist es. Und deswegen bin ich stolz, einer Organisation anzugehören, in der sich so viele gegen Fremdenhass engagieren und für eine offene Gesellschaft. Einer Organisation, die aufruft zu „Dresden nazifrei“. Und dazu, in Köln braunem Mob keinen Raum mehr zu geben. Stolz darauf, einer Organisation anzugehören, die den Menschen in den Vordergrund rückt und nicht nur mit dem wirtschaftlichen Nutzen



von Zuwanderern argumentiert. Die sagt, Flüchtlinge aus Bürgerkriegsländern müssen aufgenommen werden, weil sie schutzbedürftig sind. Und die keinen Zweifel lässt: Auch die Menschen, deren Asylverfahren negativ ausgehen, brauchen jeden Schutz in der Zeit, in der sie in Deutschland leben! (Beifall)

„Wir sind ein Land mit sehr viel Potenzial, auch ungewöhnliche Situationen zu meistern“, hat unlängst der Deutsche Städtetag erklärt. Das teile ich.

Wir werden über den Umgang mit Zuwanderung und Asylsuchenden auf diesem Kongress sicherlich noch intensiver diskutieren. Nur so viel sei schon von dieser Stelle aus klargestellt: Wer als Asylsuchender in unserem Organisationsbereich arbeitet oder Arbeit sucht und sich in unserer Gewerkschaft organisieren will, wer Schutz sucht beim Verkauf seiner Arbeitskraft, der ist uns willkommen. (Beifall) Wir sind eine Gewerkschaft. Und für eine Gewerkschaft zählt nicht ein Aufenthaltsstatus, sondern der Schutz des Arbeitenden und Arbeitssuchenden.

Das ist die Position des Bundesvorstands und des Gewerkschaftsrates. Und ich denke, auch die dieses Kongresses, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Abschließend: ver.di – das ist unsere Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft. Sie hat seit 2011 weiter an Profil und an Kraft gewonnen. Wir können heute eine positive Bilanz ziehen. Nicht, dass es nicht weiter jede Menge zu tun gäbe, nicht, dass wir nicht vor großen Herausforderungen stünden. Aber ver.di hat in den letzten vier Jahren bewiesen: Mit dieser Organisation, mit unserer Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ist zu rechnen. Wir gestalten mit und halten gegen, wo nötig. Und wir sind fest entschlossen, noch stärker zu werden.

Soweit, Kolleginnen und Kollegen, mein Bericht. Und jetzt freue ich mich auf die Diskussion mit euch. (Starker, anhaltender Beifall)

Katrin Tremel, Kongressleitung

Vielen Dank, Frank, für die klaren Worte. Wir freuen uns auch auf die Aussprache, aber erst nach der Mittagspause, wie schon gesagt. (Beifall)

Bevor wir jetzt in die Mittagspause eintreten, noch einige Hinweise: Die Delegiertenversammlung des Landesbezirks Niedersachsen/Bremen findet 40 Minuten nach Beginn der Mittagspause, also um 14.20 Uhr, im Saal 5 in der Ebene 1 im CCL statt. Ganz grob diese

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Richtung. Der Landesbezirk Nord trifft sich zu Beginn der Mittagspause in Raum 11 im CCL, ebenfalls diese Richtung. Die Nominierten zum Gewerkschaftsrat treffen sich in der Mittagspause für die Infoveranstaltung in der Halle 5; das ist diese Richtung. Dann haben wir noch die Information des Arbeitskreises Migration, der heute zu Beginn und in der Mittagspause und morgen noch einmal eine Aktion präsentiert zum Thema Besonderheit von Sprache und Sprachlosigkeit im Übergang zur Glashalle. Ihr seid herzlich eingeladen, euch dort auch umzuschauen.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein, eine Stunde und 15 Minuten. Die Mittagspause endet damit um 14.50 Uhr. Wir freuen uns, wenn ihr dann alle pünktlich wieder hier seid. Guten Appetit.

(Unterbrechung des Kongresses: 13.36 Uhr)

•

(Fortsetzung des Kongresses: 14.54 Uhr)

Angela Gantke, Kongressleitung

Kolleginnen und Kollegen, wir möchten jetzt weitermachen. Wir hoffen, ihr hattet eine gute Mittagspause, habt auch ein bisschen Erholung dabei haben können, habt gut gegessen, gute Gespräche geführt und der eine oder andere hat sicher seinen Nikotinspiegel wieder auf den Pegel gebracht, sodass es weitergehen kann.

Wir sind immer noch beim Tagesordnungspunkt 3.2, und zu diesem Tagesordnungspunkt haben wir noch den ergänzenden mündlichen Geschäftsbericht für den Bereich Finanzen, den uns unser Bundesvorstandsmitglied, der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke vorträgt. Frank, Du hast das Wort zum Finanzbericht. (Beifall)

Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Vorsitzender

Jetzt wäre es gut, wenn die erste Folie „Finanzbericht“ aufgelegt würde. Da ist sie. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf euch den Finanzbericht für die Jahre 2011 bis 2014 vorstellen. Ich werde selbstverständlich an einigen Stellen auch zu den Entwicklungen in diesem Jahr zusätzliche Informationen geben.



Ich habe auch in den letzten vier Jahren jeweils im Gewerkschaftsrat den Haushaltsabschluss präsentiert. Gelegentlich habe ich danach den Hinweis bekommen, ich solle das weniger nüchtern oder vielleicht sogar mit mehr Freude machen, weil sonst positive Entwicklungen und die gemeinsamen Anstrengungen, die dahinter stehen, nicht ausreichend gewürdigt werden. Das ist vielleicht eine Frage des Naturells. Ich will sehen, wie mir das heute gelingt.

Ich fange mal an im Sinne einer Gebrauchsanweisung für diejenigen unter euch, die mich nicht regelmäßig zu Finanzen vortragen hören. Wir können als ver.di mit Blick auf die vergangenen vier Jahre auf einige ganz außerordentlich erfreuliche Finanzentwicklungen zurückschauen. Das ist ohne Zweifel das Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen durch Erfolge in der Mitgliederarbeit, in Tarifrunden und durch viele weitere Maßnahmen. Wir haben deutliche Fortschritte gemacht. Wir blicken auf vier Jahre mit beachtlichen Beitragseinnahmesteigerungen zurück, und das setzt sich in diesem Jahr fort.

Aber gleichzeitig gilt: Gerade die Tarifrunden in diesem Jahr belegen, auf welche Herausforderungen wir vorbereitet sein müssen. Klar, wir sind dazu in der Lage, aber wir müssen eben auch immer darauf vorbereitet sein, mehrere Jahre hintereinander Tarifrunden dieser Dimension oder auch noch größerer Dimension stemmen zu können. Deshalb dürfen uns die erfreulich gestiegenen Beitragseinnahmen, so erfreulich sie sind, nicht vom Kurs umsichtiger Finanzentscheidungen abkommen lassen.

Im Spannungsfeld dieser beiden Pole - sehr erfreuliche Entwicklungen in den vergangenen vier Jahren und gleichzeitig die Herausforderungen, auf die wir auch auf lange Sicht vorbereitet sein müssen - bewegt sich diese Organisation. Ihr werdet das vermutlich bei dem, was ich jetzt vortrage, auch mitschwingen hören.

Ich will beginnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den Beitragseinnahmen. Ihr seht auf dem Chart „Beitragsentwicklung der vergangenen 4 Jahre und Vorschau auf 2015“ die Beitragseinnahmen vom Jahr 2011 bis zum Jahr 2014. Wir konnten im Berichtszeitraum unsere Beitragseinnahmen um 29,2 Millionen Euro steigern. Nach unserer vorläufigen Hochrechnung kommen in diesem Jahr noch einmal 9,7 Millionen Euro hinzu. Wir erwarten für dieses Jahr Beitragseinnahmen von knapp über 454 Millionen Euro. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir in der Summe um 11 Prozent höhere Beitragseinnahmen verzeichnen als noch im Jahr 2011. Das ist übrigens eine echte Trendwende, liebe Kolleginnen und Kollegen. In dem Chart „Beitragsentwicklung seit 2002“, das ich gerade aufgelegt habe, seht ihr die Beitragsentwicklung seit der Gründung von ver.di. Ihr seht wirklich schwierige Jahre mit Beitragsrückgängen, dann Stagnation, und seit 2011 zeigt die

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Kurve in die richtige Richtung. So soll es selbstverständlich auch weitergehen. (Beifall) Diese Entwicklung ist umso positiver einzuschätzen, weil sich unsere Mitgliederzahlen zwar deutlich verbessert haben, aber nicht mit der gleichen Dynamik wie unsere Beitragseinnahmen.

Frank hat in seinen Ergänzungen zum Geschäftsbericht bereits zahlreiche Fakten zur Mitgliederentwicklung genannt. Ich will mich deshalb in meinen Ausführungen auf einige wenige Anmerkungen reduzieren. Es ist so: Die Zahl unserer Mitglieder war auch im Berichtszeitraum noch leicht rückläufig. Wir haben uns aber im Vergleich zur Vergangenheit deutlich verbessert. Auf dem Chart „Mitgliederentwicklung seit Gründung bis Prognose für 2015“ ist noch einmal die Mitgliederentwicklung seit unserer Gründung dargestellt mit der vorläufigen Prognose für dieses Jahr. Wir konnten im Jahr 2013 erstmals einen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Man muss lange in die Geschichte fast aller unserer Gründungsgewerkschaften zurückschauen, um ein Jahr zu finden, in dem es einen Mitgliederzuwachs gegeben hat. Die bisherigen Zahlen des Jahres 2015 zeichnen die Chance ab, dass wir auch in diesem Jahr ein positives Ergebnis in der Mitgliederentwicklung haben werden.

In der Öffentlichkeit wird ja oft verkürzt wahrgenommen, Gewerkschaften oder konkret auch ver.di wachsen oder haben Mitgliederverluste. Das ist dann ein bisschen so eine Daumen-rauf- oder Daumen-runter-Bewertung. Haben wir Mitgliederverluste, dann ist die öffentliche Beschreibung: „ver.di laufen die Mitglieder davon.“ Und gibt es wie im Jahr 2013 ein leichtes Mitgliederplus, dann ist die Beschreibung eher: „Wie konnte das passieren? Aber vielleicht überleben sie ja doch.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind in einer ganzen Reihe von Branchen und Betrieben unseres Organisationsbereichs mit Insolvenzen, Betriebsschließungen und einem über Jahre andauernden Beschäftigungsabbau konfrontiert, und das ausgerechnet geballt in den Branchen und Betrieben, in denen wir traditionell hoch organisiert sind. Als Leiter des Fachbereichs Medien, der ja auch für den Druck- und Verlagsbereich zuständig ist, weiß ich, wovon ich rede. Das ist im Kern der Grund für die Austritte aus ver.di, die wir zu verzeichnen haben. Hinzu kommt - und das ist eine wirkliche Aufgabe für uns - die altersmäßige Zusammensetzung unserer Mitgliedschaft. Besonders beitriffsstarke Jahrgänge mit vielen langjährigen Mitgliedern gehen jetzt in den Ruhestand. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren nicht nur fortsetzen, sondern sie wird sich noch verstärken. Das ist keine ganz leichte Ausgangslage für unsere Mitgliederentwicklung.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es aus meiner Sicht wirklich zu würdigen, welche Fortschritte es in der Mitgliederentwicklung von ver.di gegeben hat. Frank hat die Zahlen bereits genannt. Auf dem Chart „Eintrittszahlen absolut jährlich“ sind sie noch einmal



grafisch dargestellt, und zwar die Zahlen der Eintritte, die wir in den Jahren 2011, 2012, 2013 und 2014 und bis zum August 2015 hatten. Frank hat eben auch noch die September-Zahlen genannt.

Seit dem Jahr 2011 sind 560.000 Menschen dieser Organisation neu beigetreten und haben sich für ver.di entschieden. Der Frauenanteil in unserer Mitgliedschaft ist in den letzten Jahren auf 52 Prozent gestiegen. Jedes Jahr werben 30.000 Werberinnen und Werber in den Betrieben neue Mitglieder für uns, die besten Werberinnen und Werber in den Betrieben über 100 Mitglieder in einem einzigen Jahr. (Beifall) In unserer Mitgliederkampagne „Stark mit dir“, die wir in diesem Frühjahr und Sommer organisiert haben, natürlich in Verbindung mit den großen Tarifrunden, hat ein einziger Kollege 250 Mitglieder für diese Organisation gewonnen. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einige der besonders erfolgreichen Werberinnen und Werber sitzen bereits hier vorne, weil wir sie im Anschluss an die Berichte auszeichnen wollen. Ich freue mich darauf. Alle Werberinnen und Werber - stellvertretend für sie zeichnen wir die erfolgreichsten aus - haben unseren Respekt und haben unseren Dank verdient. (Beifall)

Wie ihr wisst, bin ich im Bundesvorstand von ver.di auch für den Bereich Mitgliederentwicklung zuständig. Und ihr könnt mir glauben: Ich kenne alle unsere diesbezüglichen Schwächen, auch die bis in die statistischen Details. Ich gehöre ohnehin nicht zu den Menschen, die sich die Welt schönreden. Uns allen ist klar, welche Aufgaben wir noch gemeinsam miteinander zu bewältigen haben, um dauerhaft eine wachsende Gewerkschaft zu sein. Wir arbeiten daran, dass es gelingt. Und es wird uns so auch gelingen.

Ich sage aber auch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das sollen uns erst einmal andere politische Großorganisationen nachmachen, erst recht Parteien, was diese Organisation in den letzten Jahren in der Mitgliederentwicklung an positiven Erfolgen und Entwicklungen zu verzeichnen hat. Das ist die gemeinsame starke Leistung vieler Kolleginnen und Kollegen in dieser Organisation. Deshalb an dieser Stelle - ich denke, von uns allen gemeinsam - ein herzliches Dankeschön an alle, die in dieser Organisation und in dieser ver.di für diese positive Entwicklung bei der Mitgliedergewinnung ihren Beitrag geleistet haben. (Beifall)

Noch eine letzte Übersicht zu unseren Mitgliederzahlen. Im Chart „Kuchendiagramm Erwerbstätige etc.“ seht ihr die aktuelle Mitgliederzusammensetzung von ver.di. 76,5 Prozent unserer Mitglieder sind erwerbstätig, 16,2 Prozent unserer Mitglieder sind im Ruhestand, und 5,1 Prozent unserer Mitglieder sind erwerbslos. Bekanntlich ist ver.di die zweit-

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

größte Gewerkschaft in Deutschland. Aber - Frank hat schon darauf hingewiesen - wir sind die größte Gewerkschaft berufstätiger Menschen in diesem Land. (Beifall) Das ist einen Applaus wert. Das ist einerseits natürlich eine gute Botschaft; denn die Wurzeln gewerkschaftlicher Handlungsmächtigkeit liegen und stecken in der Arbeitswelt. Gleichzeitig machen die Zahlen - wie ihr seht - andererseits jedoch auch Schwächen deutlich, die wir als ver.di haben, insbesondere in der Mitgliederbindung beim Übergang zwischen Erwerbsleben und Ruhestand. Dort sind wir als ver.di klar unter unseren Möglichkeiten, erst recht, wenn man das mit den Zahlen anderer DGB-Gewerkschaften vergleicht.

Nicht zufällig, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das deshalb einer der Schwerpunkte, die wir im Rahmen von „Perspektive 2015“ gesetzt haben. Unsere Themen sind: Wir verlieren zu viele Mitglieder im Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Und wir verlieren zu viele Mitglieder in der ersten Phase, insbesondere in den ersten zwei Jahren nach dem Eintritt in ver.di. Die besondere Herausforderung, die sich deshalb für uns stellt, ist, dass, wenn man einen ganz normalen Eintrittsmonat nimmt, der nicht durch große Streikaktivitäten geprägt ist, 50 Prozent aller Kolleginnen und Kollegen, die neu in ver.di eintreten, aus Betrieben, Einrichtungen oder Verwaltungen kommen oder solo selbstständig sind, zu denen wir keinen unmittelbaren gewerkschaftlichen Kontakt haben. Das heißt, wir müssen neue Kommunikationswege finden, um die Mitgliederbindung voranzubringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da, wo die Impulse zu unseren Beitragseinnahmen durch die Mitgliederentwicklung noch nicht ganz gereicht haben, haben wir das durch die Entwicklung der Durchschnittsbeiträge kompensieren können. Ihr seht im Chart „Entwicklung der Durchschnittsbeiträge“ die Entwicklung von 2011 bis 2014 und mit Stand August dieses Jahres auch für das Jahr 2015. Wir konnten vom Jahr 2011 bis heute aufgrund der guten Tarifabschlüsse und der entsprechenden Anpassung in den Beitragsmaßnahmen eine Erhöhung unseres Durchschnittsbeitrags um elf Prozent auf nunmehr 18,80 Euro erreichen. Das ist insbesondere der konsequenten Arbeit in den Bezirken zu verdanken, in denen das Thema Beitragsehrlichkeit kontinuierlich bearbeitet wird.

Zusätzlich haben wir in den vergangenen vier Jahren viel Energie darauf verwendet, die wichtigen Tarifverträge unserer Organisation mit den individuellen Mitgliederdaten zu verknüpfen. So ist es uns heute möglich, Tarifgruppensteigerungen, die es ja in vielen Tarifverträgen in bestimmten zeitlichen Schritten gibt, in die Erhebung unserer Mitgliedsbeiträge einzubeziehen und zu berücksichtigen. Das hört sich zugegebenermaßen vielleicht etwas sehr speziell an. Aber ich erwähne es deshalb, weil es für viele in ver.di nicht nur ein Haufen Arbeit war, sondern auch ein ganz wesentliches Element dafür, mehr Beitragsehrlichkeit in dieser Organisation umsetzen zu können. Und es hat auch einen ganz wesentlichen



Beitrag dazu geleistet, unsere Einnahmen zu steigern und den Durchschnittsbeitrag zu erhöhen.

Genauso will ich hinweisen auf die Beitragsrückstandsbearbeitung. Wir haben heute in ver.di eine Beitragskassierquote von 97,6 Prozent. Das ist auch im Vergleich mit anderen Organisationen ein extrem guter Wert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind eine politische Organisation, die auch diskussionsfreudig ist. Auf Außenstehende wirken wir manchmal sicher auch etwas unübersichtlich. Und die Finanzabläufe in ver.di stehen ganz im Gegensatz zu Fragen der Finanzverteilung - über die wir ja gerne miteinander ringen - meist auch nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit. Ich will deshalb hier die Gelegenheit nutzen, um euch zu sagen: Das Räderwerk funktioniert. Die Finanzabläufe in ver.di sind sauber aufgestellt. Und das ist die Voraussetzung dafür, dass die Mitgliedsbeiträge, die wir für unsere politische Arbeit benötigen, auch tatsächlich für uns zur Verfügung stehen.

Deshalb geht mein ausdrücklicher Dank an alle Kolleginnen und Kollegen aus den Bezirken, aus den Fachbereichen und den Landesbezirken, die hier in Verantwortung stehen, an die Landesfinanzerinnen und die Landesfinanzer, die eine wichtige Steuerungsaufgabe haben. Erlaubt mir auch, meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Beitragswesen in der Bundesverwaltung und all den anderen Bereichen der Bundesverwaltung in diesen Dank einzubeziehen. Ohne diese gute Arbeit, ohne eure gute Arbeit hätten wir nicht die Mittel, die wir brauchen, um das, was wir politisch bewegen wollen, auch tatsächlich zu bewegen. Ein herzliches Dankeschön für diese Anstrengungen und für diese Arbeit. (Beifall)

Bernd Rose hat bereits in seiner Einleitung zum Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses darauf hingewiesen und daran erinnert: Wir haben im Jahr 2011 auf dem letzten Bundeskongress an gleicher Stelle eine Überarbeitung der Budgetierungsrichtlinie beschlossen, also des Regelwerks, das unsere Finanzabläufe und die Finanzabteilung in ver.di bestimmt. Im Juni 2012 hat dann der Gewerkschaftsrat nach ausführlicher Diskussion in mehreren Sitzungen eine Neufassung dieser Richtlinie mit großer Mehrheit beschlossen. Vorausgegangen war eine wirklich intensive Diskussion und Vorbereitung in der vom Gewerkschaftsrat eingesetzten sogenannten Steuerungsgruppe zur Änderung der Budgetierungsrichtlinie.

Eine sehr argumentationsstarke, aber auch eine ausgesprochen kollegiale Zusammenarbeit.

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Kern der Änderungen ist die Stärkung unserer Streikkasse. Wir führen jetzt 8 Prozent unserer Beitragseinnahmen jährlich zu. Darüber hinaus hat es viele Anregungen und natürlich auch viele Anträge des letzten Kongresses gegeben, um mehr Flexibilität in der teilweise sehr starren Finanzverteilung von ver.di zu ermöglichen.

Aus meiner Sicht ist dabei ein guter Kompromiss gelungen. Denn Philosophie und Grundlage unsere Budgetierung ist, dass einerseits alle Gliederungen in ver.di eine planbare Finanz- und Personalausstattung haben, aber gleichzeitig brauchen wir auch ein ausreichendes Maß an Flexibilität, zumindest die Möglichkeit dazu, um auf besondere Herausforderungen und unterschiedliche Entwicklungen zwischen den Regionen oder auch zwischen den Fachbereichen antworten zu können. Ebenfalls 2012 neu austariert wurde der Finanzausgleich zwischen den Landesbezirken.

Es gibt viele weitere Punkte - Bernd hat bereits einige genannt im Zusammenhang mit den „Piloten“ für „Perspektive 2015“, aber ich glaube, es würde den Rahmen sprengen, wenn ich hier auf alle Änderungen eingehen würde. Es ist ja auch klar mit Blick auf die Anträge, die auf diesem Kongress vorliegen. Ich gehe davon aus, es wird weitere Veränderungsschritte in der Budgetierung in der bevorstehenden Periode geben. Die Arbeit wird also weitergehen.

Aber für die politische Bewertung - um die geht es hier an dieser Stelle - ist es, glaube ich, wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Stärkung unseres Streikfonds nicht dazu geführt hat - obwohl es natürlich die Befürchtungen gegeben hat -, dass eine Überforderung unserer Haushalte eingetreten ist.

Bei den Personalkosten, also den Budgets, die wir für die Finanzierung von Stellen in ver.di zur Verfügung haben, haben wir ohnehin nur sehr vorsichtige Einschnitte vorgenommen, und diese konnten durch die Beitragseinnahmentwicklung mehr als ausgeglichen werden.

Die gestiegenen Beitragseinnahmen haben sich natürlich auch bei den Sachkosten positiv ausgewirkt. Hinzu kommt - ich will das ausdrücklich betonen - ein auf fast allen Ebenen in ver.di sparsamer Umgang mit den anvertrauten Mitteln.

Die Erhöhung unseres Streikfonds ist ganz überwiegend zu Lasten der Sachkostenbudgets erfolgt, und obwohl das so ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, konnten die Landesbezirke und die Bezirke ihr dezentrales Vermögen im Berichtszeitraum weiter stärken und ausbauen. Ihr seht hier in Summe aller Landesbezirke und Bezirke, einschließlich vierter Ebene und



so weiter, die Steigerung des dezentralen Vermögens und der Rücklagen, die zum Teil aber auch zweckgebunden sind, vom Jahr 2011 bis zum Haushaltsabschluss 2014. Das heißt, für den Zeitraum konnte eine Steigerung der dezentralen Rücklagen und des dezentralen Vermögens um stattliche 13 Prozent durch die Landesbezirke und Bezirke realisiert werden.

Ich will klar sagen: Das ist gut so, weil wir starke und auch finanziell stark ausgestattete Landesbezirke und Bezirke wollen.

Auch auf der Bundesebene hat es signifikante Verbesserungen gegeben, und das, obwohl natürlich auch hier durch die Erhöhung des Streikfonds erst einmal Kürzungen in den verschiedenen Haushalten stattgefunden haben.

Damit hier kein Zweifel besteht: Es war auch dringend notwendig, auf der Bundesebene zu einschneidenden Maßnahmen zu kommen. Denn in der Vergangenheit waren die Abschlüsse der Bundesebene wegen nicht gedeckter Personalkosten chronisch defizitär. Und ganz klar: Das ist kein dauerhaft tragbarer Zustand und außerdem ein permanentes Glaubwürdigkeitsproblem für den Bundesvorstand.

Deshalb haben wir seit 2012 eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. So bewirtschaften wir seit dem Jahr 2012 die Sachkostenbudgets des Bundes auf der Basis der jeweiligen Planzahlen oder, um das etwas umgangssprachlicher auszudrücken: Wir schöpfen alle Beitragsmehreinnahmen ab. Das ist eine Vorgehensweise, die abweichend von dem ist, was in unserer Budgetierungsrichtlinie vorgesehen ist, und auch abweichend von dem, was sonst in ver.di üblich ist.

Wir sind im Jahr 2014 noch einen weiteren Schritt gegangen und bewirtschaften seit dem Jahr 2014 die Haushalte auf der Basis der Planzahlen des Jahres 2013 oder, um das etwas umgangssprachlicher auszudrücken: Wir haben alle Haushalte eingefroren, mit Ausnahme der Haushalte für die Fachbereiche.

Und ihr könnt euch vielleicht vorstellen, dass sich die Begeisterung in der Bundesverwaltung ob dieser Maßnahmen in engen Grenzen hält. Aber die Dinge waren und sind notwendig, weil wir so erhebliche Spielräume gewinnen konnten, um zunächst die noch vorhandenen Personalkostendefizite auszugleichen und später da, wo es punktuell unabdingbar war, auch zusätzliche Bedarfe zu beantworten und flexibel darauf zu reagieren.

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Auch alle Anschubkosten im Rahmen des Projektes „Perspektive 2015“ auf zentraler Ebene konnten wir so aus den laufenden Beitragseinnahmen realisieren, in dem wir eben diese haushalterischen Maßnahmen vorgenommen haben.

Im Ergebnis all dieser Maßnahmen konnte ab dem Haushaltsabschluss des Jahres 2013 endlich auch auf der Bundesebene ein Abschluss mit schwarzen Zahlen vorgelegt werden. Und im Jahr 2014 war es uns erstmals möglich, auch auf der Ebene der Bundesverwaltung Personalkostenüberschüsse zu erzielen, was vor einigen Jahren wenig denkbar zu sein schien.

Alles das, liebe Kolleginnen und Kollegen, lässt sich auch in Einzelheiten in den Haushaltsabschlüssen nachvollziehen, die ihr ja im schriftlichen Geschäftsbericht findet. Dabei will ich vielleicht noch einen Punkt besonders herausheben, weil er sich ja aus den komprimierten Darstellungen der Haushaltsabschlüsse nicht so ohne Weiteres ergibt. In den Haushaltsabschlüssen der Jahre 2013 und 2014, die ein leicht positives Ergebnis haben, haben wir zusätzlich noch einmal insgesamt 10 Millionen Euro erwirtschaftet. Mit diesem Betrag wollen wir weitere Reserven für unsere Altersversorgungsverpflichtungen aufbauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was die nüchternen Zahlen der Abschlüsse - ihr habt sie euch im Geschäftsbericht bestimmt angeschaut - nicht zeigen, sind die Anstrengungen aller Beteiligten - ehren- wie hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen - derer es bedurfte, um diese Ergebnisse zu erzielen - und das in der gesamten Organisation und an allen Stellen.

In den Jahren nach der ver.di-Gründung hatten wir Jahr für Jahr negative Haushaltsergebnisse und haben am Ende damit unsere Streikkasse belasten müssen. Diese negativen Haushaltsergebnisse waren übrigens nicht in erster Linie Ergebnis der ver.di-Gründung, sondern das Erbe der ungelösten Finanzprobleme aus den Gründungsgewerkschaften, wobei vielen hier im Saal klar ist, dass das mit den Finanzproblemen in den fünf Gründungsgewerkschaften natürlich unterschiedlich stark ausgeprägt war.

Wie dem auch sei, Dreh- und Angelpunkt war über viele Jahre auch in ver.di, dass die vorhandenen Personalkosten nicht durch die zur Verfügung stehenden Beitragseinnahmen gedeckt waren. Im Jahr 2004 hatten wir für die Gesamtorganisation ein Personalkostendefizit von 20,6 Millionen Euro und noch im Jahr 2010 ein Personalkostendefizit von 8,4 Millionen Euro. Heute haben unsere Landesbezirke und Bezirke zusammen Rücklagen, also Reserven, für Personalkosten in Höhe von 23,4 Millionen Euro. Was für ein Unterschied, liebe Kolleginnen und Kollegen! (Beifall)



Diese Wende bei den Personalkosten - ich benutze hier ganz bewusst dieses Wort, liebe Kolleginnen und Kollegen -, das ist einerseits das Ergebnis der guten Beitragsentwicklung - ohne diese hätten wir das auch nicht geschafft -, aber hinter diesen Zahlen verbirgt sich auch die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen, die auf den verschiedenen Ebenen dieser Organisation für den Personalbereich in ver.di Verantwortung tragen. Personalarbeit in Gewerkschaften, das ist oftmals ein schwieriges Feld, manchmal auch eine undankbare Aufgabe, und zwar insbesondere dann, wenn über die Jahre immer Stellen abgebaut werden mussten, quälende Diskussionen über viele Jahre in ver.di.

Heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat ver.di 3.730 oder, gerechnet in Vollzeitstellen, 3.061 Beschäftigte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Stellen sind heute auch finanziert. Wir konnten im vergangenen Jahr sogar einen leichten Stellenaufbau ermöglichen, also zusätzliche Kolleginnen und Kollegen einstellen.

Wer den Pressespiegel gelesen hat, wird in der Vorberichterstattung vielleicht auf Artikel gestoßen sein, in denen etwas kopfschüttelnd auf die hohe Beschäftigtenzahl von ver.di reagiert und eine Verbindung hergestellt wird zur Beschäftigtenzahl der IG Metall. Die IG Metall hat ungefähr 1.000 Beschäftigte weniger bei in der Tat deutlich höheren Beitragseinnahmen als wir.

Ich will klar sagen: Für die Branchen, in denen wir unterwegs sind, für die Vielfalt dieser Organisation brauchen wir möglichst viele Kolleginnen und Kollegen - ehrenamtlich, aber auch hauptamtlich -, um diese Aufgaben und Erfordernisse zu erfüllen. (Beifall)

Es mag vielleicht überraschen, wenn ich als Financer sage: Ich bin über jede zusätzliche Stelle, die wir in ver.di schaffen können, froh - natürlich immer unter der Voraussetzung, dass die Stellen auch ausreichend finanziert sind. Das heißt, wir brauchen auch in Zukunft steigende Beitragseinnahmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst mich stellvertretend für alle Personalverantwortlichen in ver.di, besonders Isolde Kunkel-Weber ansprechen. Es gibt ja oft in großen Organisationen und Unternehmen eine gewisse Rivalität zwischen dem Finanz- und dem Personalbereich. Ein bisschen ist das auch systemisch so angelegt.

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Ich will stattdessen, liebe Isolde, unsere Zusammenarbeit lieber so beschreiben: Wir haben immer gegenseitig mit wachem und scharfem Auge aufeinander aufgepasst, das aber immer konstruktiv und kollegial, eben um gemeinsame Ziele zu erreichen.

Daher mein Respekt für die Arbeit aller Personalverantwortlichen in ver.di, für die Leistungen insbesondere in den vergangenen vier Jahren. Isolde, dir und deinem Team ein herzliches Dankeschön für die Zusammenarbeit. (Beifall)

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, komme ich zu den Themen Vermögen und Aufwendungen für Arbeitskämpfe. Unser Treuhandvermögen wird von der Vermögensverwaltung von ver.di gehalten, die ihren Sitz am Schiffbauerdamm in Berlin hat. Unsere Vermögensverwaltung ist für das Management und die Weiterentwicklung sowohl unseres Immobilienvermögens als auch unserer Finanzanlagen zuständig.

Insgesamt arbeiten dort 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie sind mit diesen Aufgaben betraut.

Unser gesamtes Treuhandvermögen bildet gleichzeitig unsere Streikkasse. Ihr findet deshalb im schriftlichen Geschäftsbericht nur einige sehr übersichtliche Zeilen zur Arbeit unserer Vermögensverwaltung, was kein Zufall ist. Wir veröffentlichen aus sehr grundsätzlichen Überlegungen heraus weder die Höhe unserer Streikkasse, noch geben wir in der Öffentlichkeit Auskunft über die genaue Zusammensetzung unseres Treuhandvermögens.

Genauso halten wir es mit genauen Angaben über die Höhe der Ausgaben für einzelne Arbeitskampfmaßnahmen, etwa bei Amazon oder der Post oder für andere Tarifrunden. Insbesondere zu dem letzten Punkt gibt es immer wieder Auskunftsbegehren von ver.di-Gremien, denen wir nicht nachkommen können.

Wir sind deshalb bezogen auf Vermögensfragen so zurückhaltend mit Informationen, weil wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, für unsere Gegner nicht ausrechenbar werden wollen. Es geht sie schlicht und ergreifend nichts an, wie hoch die Kosten für einzelne Arbeitskämpfe waren und wie viel uns unterschiedliche Arbeitskampfstrategien kosten.

Und es geht sie bezogen auf unser Treuhandvermögen nichts an, was da an unmittelbar verfügbarer Liquidität vorhanden ist und was an längerfristigen Anlagen.

Dieser Bundeskongress ist eine Veranstaltung in der Öffentlichkeit und deshalb kann ich selbstverständlich auch hier nur allgemein über Vermögensfragen informieren. Ich werde



Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

aber gleich zur Dimension der Arbeitskampaufwendungen in diesem Jahr klare Hinweise geben und auch eine Bewertung vornehmen.

Mir ist aber wichtig, darauf hinzuweisen, dass alle Weichenstellungen unserer Vermögensverwaltung von Kolleginnen und Kollegen begleitet und entschieden werden, die von euch als den Delegierten dieses Kongresses gewählt werden.

Der Aufsichtsrat unserer Vermögensverwaltung setzt sich jeweils zur Hälfte aus Mitgliedern des Gewerkschaftsrats und des Bundesvorstands zusammen. Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender ist derzeit Bernd Rose, der gleichzeitig Vorsitzender des Finanzausschusses des Gewerkschaftsrats ist. Ich selbst bin derzeit Vorsitzender des Aufsichtsrats. Sowohl der Gewerkschaftsrat als auch der Bundesvorstand werden auf diesem Kongress neu gewählt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats der Vermögensverwaltung für die nächste Amtsperiode werden im Nachgang zu diesem Kongress in den beiden Gremien bestimmt.

Gegenüber dem Gewerkschaftsrat in Gänze findet - in der gebotenen Vertraulichkeit - regelmäßig eine Berichterstattung über unseren Streikaufwand und die sich daraus ergebende Bilanz zum Treuhandvermögen statt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es ist klar geworden, warum ich zu Vermögensfragen nicht in allen Details berichten kann. Deshalb gibt es ab jetzt auch keine weiteren neuen Charts.

Eigentlich ist es ein bisschen schade, dass ich hier nicht in allen Details über die Arbeit unserer Vermögensverwaltung berichten kann. Unsere Kolleginnen und Kollegen dort machen - für uns - einen wirklich ausgezeichneten Job. Und das immer unter der klaren Maßgabe: Jede Entscheidung, die wir im Immobilienbereich oder auch bei den Finanzanlagen treffen, muss sich am Ende daran messen lassen, ob sie im Ergebnis der Stärkung unserer Arbeitskampffähigkeit dient.

Deshalb gehen wir bei den verschiedenen Finanzanlagen, die wir halten, selbstverständlich nur vertretbare Risiken ein. Dennoch konnten wir mit den Anlagen, die wir halten, in den vergangenen Jahren trotz des schwierigen Zinsumfelds regelmäßig Ergebnisse erreichen, die über den bekannten Vergleichswerten - oder, wie es in der Fachsprache heißt, Benchmarks - liegen.

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Davon hat übrigens auch ein Teil unserer Bezirke und Landesbezirke profitiert, denn wir bieten mit dem sogenannten VVG-Fonds all unseren Gliederungen die Möglichkeit an, dort auch ihr dezentrales Vermögen oder zumindest Teile davon anzulegen.

In dem entsprechenden Anlageausschuss sitzen deshalb auch Vertreterinnen und Vertreter der Landesbezirke und Bezirke und entscheiden ganz wesentlich mit.

Und jetzt folgt eine kleine Werbeeinlage: Obwohl dieser Fonds konservativ angelegt ist, hatte er in den letzten vier Jahren eine durchschnittliche jährliche Wertentwicklung von 4,9 Prozent. (Beifall)

Die Zahl ist kein Geheimnis - sonst würde ich sie hier auch nicht nennen -, denn viele Gliederungen von ver.di haben Beteiligungen am VVG-Fonds.

Allerdings: In ver.di herrscht ein hohes Maß an Finanzautonomie. Das soll auch so bleiben. Aber als für die Finanzen der Organisation zuständiges Vorstandsmitglied macht es mich zumindest nicht glücklich, wenn ich sehe, auf wie vielen Konten im ver.di-Kosmos Geld liegt, erhebliche Beträge, und das oft in Anlagen, deren Erträge deutlich schlechter sind als beim VVG-Fonds.

Ich werbe deshalb bei allen dafür, genauer hinzuschauen und die Möglichkeiten, die wir haben und für unsere Mitglieder vorhalten, zu nutzen, auch wenn ich weiß, dass angesichts der Entwicklung auf den Rentenmärkten die Wertentwicklung in den nächsten Jahren niedriger sein wird als das, was ich für die Vergangenheit geschildert habe.

Zurück zu unserer Vermögensverwaltung. Bei den uns gehörenden Gewerbeimmobilien haben wir mittlerweile einen Vermietungsstand von über 95 Prozent erreicht. Ich kann euch sagen: Das war nicht immer so. Es sind auch in der Vergangenheit richtige strategische Entscheidungen getroffen worden. Das geschah natürlich nicht erst in dieser Berichtsperiode, sondern wesentliche Weichenstellungen hat es bereits in den Jahren zuvor gegeben.

Wir haben uns bereits vor einigen Jahren dazu entschieden, mit fast 50 Prozent im Verhältnis zu unseren Finanzanlagen einen relativ großen Immobilienanteil in unserem Treuhandvermögen zu belassen, obwohl damals der Gewerbeimmobilienmarkt sehr schwierig war. Wir konzentrieren uns dabei auf einige interessante Standorte, Hamburg zum Beispiel, und wir haben auch gezielt investiert, durchaus erheblich investiert.



Heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, fahren wir die Früchte dieser Entscheidungen ein und verdienen ausgesprochen gut an den Vermietungen.

Auch an dieser Stelle ist ein Hinweis notwendig, um fruchtlose Diskussionen über Mietkonditionen am Rande dieses Kongresses gar nicht erst entstehen zu lassen, denn auch die ver.di-Bezirke und -Landesbezirke sind manchmal Mieter unserer Gebäude.

Ich will das deshalb in aller Vorsicht so formulieren - denn es gibt ja auch ein Wortprotokoll, und man weiß nicht, wo das dann landet -: Marktübliche, aber ambitionierte Mietpreise rufen wir selbstverständlich nur für Kunden und Mieter außerhalb des gewerkschaftlichen Spektrums auf.

Und noch ein letzter Punkt zum Treuhandvermögen: Wir haben auch unsere Leerstandsimmobilien, die als unverkäuflich galten, bis zum richtigen Zeitpunkt behalten. Einige hier im Saal kennen vielleicht noch die Hauptvorstandsverwaltung der ehemaligen Deutschen Postgewerkschaft in Frankfurt-Niederrad, ein in die Jahre gekommener Betonbau, der lange Zeit als unverkäuflich galt oder von dem es hieß, wir hätten einen negativen Kaufpreis bezahlen müssen, also die Abrisskosten.

Wir haben das trotz mancher Ratschläge nicht gemacht. Nun konnten wir vor wenigen Monaten das Gebäude in Niederrad für einen sehr ordentlichen Preis verkaufen, um nicht zu sagen für einen sehr schönen Preis. Damit konnten wir das letzte Leerstandsobjekt aus der Anfangsphase von ver.di verkaufen, und davon gab es viele. Denn der Immobilienbestand der Gründungsgewerkschaften war in erster Linie durch Investitionsbedarfe gekennzeichnet, aber leider so gut wie gar nicht durch Gebäude, die auch schwarze Zahlen im Jahresabschluss hinterlassen haben.

Ich schildere das alles, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil unsere Vermögensverwaltung durch ihre Arbeit einen wirklich nennenswerten Beitrag zur Stärkung unserer Finanzkraft geleistet hat. Und Finanzkraft, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist für uns immer Kampfkraft. Mein Dank geht daher an alle dort für uns tätigen Kolleginnen und Kollegen. Die beiden Geschäftsführer - ich habe sie eben gesehen - Günter Haardt und Holger Kloft sind heute im Saal. Lieber Holger, lieber Günter, nehmt das bitte für die Kolleginnen und Kollegen am Schiffbauerdamm mit. Danke für die Arbeit! (Beifall)

Ich bedanke mich auch bei den Mitgliedern des Aufsichtsrats und des Anlageausschusses. Einige von euch scheiden nach dieser Periode aus ihren Funktionen aus. Angelika Jähn,

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Dina Bösch, Uli Dettmann für den Anlageausschuss, herzlichen Dank für die geleistete Arbeit. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ohne Zweifel waren die Tarifrunden dieses Jahres von besonderer Dimension, insbesondere bei der Post und im Bereich Sozial- und Erziehungsdienste. Frank hat gleich am Anfang seiner Ergänzungen zum Geschäftsbericht darauf hingewiesen: Wir hatten im ersten Halbjahr als ver.di mehr als 1,5 Millionen Streiktage.

Bei Kenntnis unserer Durchschnittsbeiträge und unserer Streikgeldrichtlinie braucht es keine allzu großen Rechenkünste, um abzuschätzen, was das finanziell für uns bedeutet. Das gibt einen hohen zweistelligen Millionenbetrag an Streikgeldzahlungen.

Wir haben jetzt Mitte September und das Volumen der bis heute getätigten oder bereits beschlossenen Streikaufwendungen - einschließlich der Streiknebenkosten - hat mittlerweile den Betrag von 100 Millionen Euro überschritten.

Die Auseinandersetzung in den Sozial- und Erziehungsdiensten ist nicht zu Ende. Wir stehen im kommenden Jahr vor einer Tarifrunde beim Bund, bei den Kommunen, und auch im kommenden Jahr wird es wieder so sein, dass wir in jeder Bundesvorstandssitzung 10 bis 20 - manchmal auch mehr - Arbeitskampfbeschlüsse zu fassen haben. Denn es gibt überhaupt keinen Grund dafür anzunehmen, dass die Anforderungen an uns geringer werden oder dass sich die Arbeitgeber in Tarifbewegungen weniger hartleibig aufführen, als das jetzt oder in der Vergangenheit der Fall war. So wird es auch in den folgenden Jahren dieses Jahrzehnts weitergehen.

Anfang der Zweitausenderjahre hatten wir als ver.di jährliche Streikkosten von rund fünf Millionen Euro. Diese Zeiten sind längst vorbei, und sie werden absehbar auch nicht wiederkommen. Das Kapital tritt in fast allen Tarifbereichen, in denen wir Verantwortung tragen, zunehmend aggressiv auf, und deshalb müssen wir handlungsfähig sein. Denn diese Gewerkschaft stellt sich den Herausforderungen, und vor allen Dingen ducken wir uns niemals vor unseren Gegnern weg, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Deshalb als klare Aussage von mir an euch als Delegierte: Wir sind als ver.di jederzeit dazu in der Lage, alle notwendigen Auseinandersetzungen zu führen. Wir haben dafür die notwendige Stärke, und wir haben dafür auch die notwendige Finanzkraft. Das ist eine klare Botschaft an euch und auch ein genauso klares Signal an alle, die sich mit uns anlegen wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)



Ich will aber auch sagen: Unsere Fähigkeit, eine offensive Tarifpolitik betreiben zu können und eine kämpferische Gewerkschaft zu sein, ist keine Selbstverständlichkeit. Und die notwendige Finanzkraft dafür zu haben, war und ist ein hartes Stück Arbeit.

Mir ist schon klar, dass das, was ich jetzt sage, mir nicht nur Beifall einbringen wird; schließlich werden wir auf diesem Kongress auch noch die eine oder andere Diskussion zu finanzrelevanten Fragen führen. Ich will es einmal so umschreiben: In der Mathematik, in der Statistik, gibt es bekanntlich das Gesetz der großen Zahlen, und bei ver.di gibt es gelegentlich die Illusion der großen Zahlen.

Klar, wir haben in diesem Jahr vermutlich über 454 Millionen Euro Beitragseinnahmen. Allein in den letzten vier Jahren sind die Beitragseinnahmen um knapp 30 Millionen Euro gestiegen. Dieses Jahr kommt hinzu. Wir verfügen über ein ordentlich ausgestattetes Treuhandvermögen, und auf die erfreuliche Entwicklung der dezentralen Vermögen in den Landesbezirken und Bezirken habe ich eben hingewiesen.

ver.di ist eine tolle Gewerkschaft - kämpferisch und vielfältig. Ausgesprochen vielfältig ist diese Organisation aber immer auch dann, wenn es darum geht, Finanzierungsvorstellungen zu entwickeln: für politische Projekte, die für sich genommen auch berechtigt sind, für zusätzliche Stellen für bestimmte Schwerpunkte, für Investitionen in Bildungsstätten und für deren Erweiterung und seitens des Gesamtbetriebsrats von ver.di mit der Forderung nach der Fortführung von Altersteilzeitregelungen für die Beschäftigten. Wir haben erhöhte Anforderungen an unsere Informationsarbeit, etwa bezüglich unserer Präsenz in den sozialen Medien. Ich nenne aber auch Anforderungen, stärker Mehrsprachigkeit zu kommunizieren, auch bei der telefonischen Erreichbarkeit. Und angesichts der Migrationsbewegungen, die mit in der Mitte der Diskussionen dieses Kongresses stehen, halte es ich es auch in der Tat für notwendig, gerade hier besser zu werden. - Ich könnte weitere Beispiele nennen.

Jede Investitionsanforderung und jede Vorstellung zur Finanzierung von Vorhaben verdient es, sorgfältig bewertet zu werden. Und das machen wir auch - nicht zuletzt in den Ausschüssen des Gewerkschaftsrats und dem Gewerkschaftsrat selbst. Denn dort liegt die Finanzverantwortung für diese Organisation.

Wir haben auch vieles umsetzen können. So haben wir im Berichtszeitraum aus verschiedenen Haushalten über 17 Millionen Euro für Erschließungsprojekte und Organizing investiert. Zehn Millionen Euro nehmen wir für den Erhalt und die Weiterentwicklung unserer Bildungsstätten in die Hand, und wir werden dort selbstverständlich auch in Zukunft weiter

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

investieren. Wir haben aber auch Grenzen, und Monika hat in ihrem Bericht auf die Diskussion über und Schließung von Lage-Hörste hingewiesen.

Wir haben in den vergangenen vier Jahren 15 Millionen Euro für die Weiterbildung unserer Beschäftigten und in die Personalentwicklung insgesamt investiert, und ich könnte weitere Felder und die entsprechenden Beträge nennen.

Wir haben in den letzten Jahren unsere Finanzkraft gestärkt, aber wir können nicht alles, was wünschenswert ist oder je nach Betrachtungsweise notwendig wäre, umsetzen.

Am Ende bleibt es notwendig, jede Finanzierungsvorstellung und jede Investitionsanforderung darauf hin zu überprüfen, ob sie auch tatsächlich vertretbar ist, und zwar auch wirtschaftlich vertretbar ist. Und wie ihr wisst, ist eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung in Gewerkschaften in ver.di meist keine ganz leichtgängige Aufgabe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Entscheidungsprozesse sind manchmal anstrengend, und wir müssen dann miteinander ringen. Aber das ist notwendig. Denn am Ende gilt für uns: Auch bei über 451 Millionen Euro Beitragseinnahmen in diesem Jahr müssen genügend Mittel vorhanden sein, um alle Ausgaben aus den laufenden Beitragseinnahmen zu finanzieren. Es mag in der Vergangenheit unvermeidbar oder notwendig gewesen sein, Personalkostendefizite, Kosten für Altersteilzeit oder andere Ausgaben aus dem Treuhandvermögen zu tragen, aber heute gilt: Unsere Streikkasse ist die Streikkasse, und nur dafür ist sie da, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zusätzlich gilt daher: Von den vorhandenen Beitragseinnahmen muss jährlich ein ausreichend großer Teil dem Streikfonds zugeführt werden, also unserem Treuhandvermögen zugeführt werden. Deshalb haben wir die Budgetierungsrichtlinie geändert. So entnehmen wir in diesem Jahr dem Streikfonds nicht nur Mittel, sondern wir führen ihm gleichzeitig 36 Millionen Euro zu. Diese regelmäßige Zuführung zum Treuhandvermögen ist die Voraussetzung dafür, auch auf lange Sicht die notwendigen Finanzmittel zum Führen von Arbeitskämpfen zu haben.

Völlig klar ist, dass das auch Grenzen für Ausgaben an anderer Stelle setzt. ver.di steht für eine offensive Tarifpolitik, und daraus ergeben sich aus meiner Sicht - ich denke gemeinsam - klare Prioritäten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ver.di ist eine starke politische Kraft. Wir sind heute auch finanziell stärker geworden. Dazu wurde in der Zeit vor dem letzten Bundeskongress im



Jahr 2011 einiges an richtigen Weichenstellungen vorgenommen und richtige Schritte getan. In den vergangenen vier Jahren haben wir in Verbindung mit deutlich gestiegenen Beitragseinnahmen unsere Finanzkraft weiter ausbauen können.

Finanzfragen miteinander zu bewegen ist manchmal quälend. Ich kann sagen: Mir haben die vergangenen vier Jahre Spaß gemacht, zumindest ganz überwiegend. Und das hängt, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Ernsthaftigkeit, aber auch der Kollegialität zusammen, mit der wir in dieser Gewerkschaft miteinander umgehen, auch dann, wenn es gilt, schwierige Themen zu bewegen. Die Debatte über die Änderung der Budgetierungsrichtlinie ist ein Beispiel dafür, wie wir miteinander umgehen und gemeinsame Entscheidungen treffen können. Wenn ich das sage, dann gilt das für alle Finanzverantwortlichen, für den Gewerkschaftsrat, für die Steuerungsgruppe zur Änderung der Budgetierungsrichtlinie und die weiteren Akteurinnen und Akteure.

Erlaubt mir an dieser Stelle, ausdrücklich auch die Zusammenarbeit mit der Revisionskommission anzusprechen, die naturgemäß immer besonders ernsthaft war, aber auch stets kollegial, konstruktiv.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir blicken auf vier erfolgreiche Jahre zurück. Lasst uns unsere Gewerkschaft weiter stark machen, gemeinsam, entschlossen und mutig. Allen ein Dank für die Leistungen der vergangenen vier Jahre und euch ein Dank für die Aufmerksamkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Angela Gantke, Kongressleitung

Vielen Dank, Frank, für den ergänzenden mündlichen Finanzbericht.

Wir kommen dann zu TOP 3.3. Das ist der ergänzende mündliche Bericht des Kontroll- und Beschwerdeausschusses. Den Bericht gibt der Vorsitzende Ernst-Wilhelm Mahrholz. Ernst-Wilhelm, du hast das Wort.

Ernst-Wilhelm Mahrholz, Sprecher des Kontroll- und Beschwerdeausschusses

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gern möchte ich euch neben der bereits vorliegenden überarbeiteten Entscheidungssammlung und den Ausführungen im Geschäftsbericht noch mündlich über die vergangenen vier Jahre Bericht erstatten. Ich erspare mir, euch die einzelnen Punkte aus der Entscheidungssammlung einzeln vorzutragen. Ich denke, das könnt ihr ja in Ruhe nachlesen und nachblättern. Die Entscheidungssammlung wird auch zusätz-

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

lich im Intranet auf der Seite des KuB veröffentlicht. Ich denke, sie gibt einen guten Überblick über die vielfältigen Beschwerden seit der Gründung von ver.di.

Der Kontroll- und Beschwerdeausschuss, KuB, ist ein Organ der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Er besitzt durch seine satzungsrechtlich verankerten Befugnisse eine wichtige vereinsrechtliche Kontrollmöglichkeit gegenüber den anderen Organen und Gremien der ver.di. Der KuB besteht aus je einem ehrenamtlichen Vertreter beziehungsweise Vertreterin der ver.di-Landesbezirke. Die neun Mitglieder des KuB werden durch euch, die Delegierten des 4. Bundeskongresses, gewählt werden.

Leider mussten wir in der vergangenen Wahlperiode Abschied von unserem langjährigen KuB-Mitglied Norbert Franiel nehmen. Er verstarb im Juli 2014 und hatte zuvor mit seinem Charme und Witz, vor allem aber durch seine profunde Sachkenntnis viel zu unseren Entscheidungen beigetragen. Wir werden ihn in unserer Erinnerung und in unserem Herzen bei uns tragen.

Eine wichtige Eigenschaft des KuB besteht darin, dass er nur durch Anrufung von Mitgliedern oder Organen der ver.di-Satzung tätig wird. Aus eigenem Anlass darf er nicht tätig werden. Der KuB ist ebenenübergreifend für Mitglieder und Gremien als Ansprechpartner und Konfliktlöser tätig. Organe und persönlich betroffene Mitglieder können durch den KuB prüfen lassen, ob ihre satzungsmäßigen Rechte verletzt wurden. Der KuB ist darauf angewiesen, dass die zuständigen Organe und Gremien nach § 44 Absatz 4 unserer Satzung seine Entscheidungen umsetzen. Er hat insofern auch keine Durchsetzungsbefugnis. Die Mitglieder erhalten Entscheidungen und Lösungsmöglichkeiten auf ihre Beschwerden schriftlich mitgeteilt. Bei Streitigkeiten über die Umsetzung kann der KuB eine erneute Entscheidung durch den Gewerkschaftsrat - im Streitfall mit dem Gewerkschaftsrat eine Entscheidung durch den Bundeskongress - herbeiführen lassen. Der Gewerkschaftsrat wurde in der laufenden Wahlperiode in zwei Streitfällen angerufen.

Der Zweck der Beschwerdeverfahren ist es, einer berechtigten Beschwerde abzuhelpen, unberechtigte Beschwerden schriftlich zurückzuweisen und bei festgestellten Satzungs- oder Richtlinienverstößen diese aufzugreifen und beim Bundesvorstand deren Abhilfe einzufordern.

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist es notwendig, dass dem KuB eine schriftliche Einverständniserklärung des jeweiligen Beschwerdeführers, Gremiums oder der Beschwerdeführerin vorliegt. Ohne diese aktive Einwilligung ist eine Bearbeitung einer Beschwerde durch den KuB nicht möglich. Im Rahmen der Bearbeitung der Beschwerden werden die



aus dem Sachverhalt der Beschwerde erkennbaren zuständigen Ressortleiter beziehungsweise Ressortleiterinnen der Bundesverwaltung durch den KuB angeschrieben und darum gebeten, innerhalb einer Frist von vier Wochen eine mit dem Bereich Organisationspolitik abgestimmte schriftliche Stellungnahme für den KuB zu erstellen. Leider wird diese Frist aus verschiedenen Gründen gelegentlich nicht eingehalten, was zu unserem Leidwesen zur Folge hat, dass sich die Bearbeitungszeit verlängert. Die schriftliche Stellungnahme des Bundesvorstands bildet eine wesentliche Grundlage für die Entscheidung des KuB. Die abschließende Entscheidung des KuB über die Beschwerde wird dem Beschwerdeführer oder der Beschwerdeführerin auch schriftlich mitgeteilt.

Den Maßstab der Prüfung des KuB bilden Satzung, Richtlinien, Statute und die Geschäftsordnungen von ver.di sowie die Beschlüsse des Bundeskongresses. Das heißt, dass nur geltendes ver.di-Recht zur Prüfung herangezogen wird. Regelmäßig werden auch die einzelnen Mitglieder des Bundesvorstands zu Sitzungen des KuB als politisch Verantwortliche eingeladen, um die jeweiligen Hintergründe von Beschwerden genau zu bewerten.

Die Sitzungen des KuB finden vierteljährlich, bei Bedarf auch in kürzeren Intervallen statt. Im Berichtszeitraum sind insgesamt 201 Beschwerden beim KuB eingegangen. Von diesen Beschwerden waren 31 begründet, 105 unbegründet und acht unzulässig. 18 Beschwerden haben sich durch das Anerkenntnis des Beschwerdegrundes erledigt, und 20 Beschwerden wurden im Rahmen der Bearbeitung aus unterschiedlichen Gründen zurückgezogen. 19 Beschwerden sind derzeit noch in der Bearbeitung. Neben den klassischen Beschwerden wurden durch die Geschäftsstelle bis zum heutigen Tag noch circa 450 weitere Anfragen durch Rücksprachen mit den Bezirksverwaltungen, Landesbezirken oder der Bundesverwaltung abschließend abgearbeitet.

Neben vielen formal begründeten Beschwerden, zum Beispiel wegen der Nichtberücksichtigung von Fristen und inhaltlichen Abläufen bei Tarifverhandlungen und deren Ergebnissen, gibt es regelmäßig Beschwerden über den Ablauf des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes nach Paragraph 19 der ver.di-Satzung. Dies ist häufig auch darin begründet, dass Mitglieder bestimmte prozessuale Abläufe nicht kennen beziehungsweise Entscheidungen der Gerichte nicht akzeptieren wollen. Eine große Zahl weiterer Beschwerden, die offensichtlich nicht den Vorgaben von Paragraph 44 Absatz 2 der Satzung entsprechen, werden unmittelbar von der Geschäftsstelle beantwortet oder an die inhaltlich zuständigen Organisationseinheiten der ver.di zur weiteren Veranlassung weitergeleitet.

Der KuB bearbeitet die Beschwerden in enger Abstimmung mit den Bereichen Organisationspolitik und Rechtspolitik. Dabei hat es sich bewährt, dass in besonders gravierenden

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Beschwerdefällen der jeweils tangierte Bereich auch zeitweilig an den Sitzungen des KuB teilnimmt und die Begründung für einzelne Stellungnahmen noch einmal zusätzlich mündlich darlegt, um dem Gremium seine Position sachverständig und ausführlich zu erläutern. Der KuB ist mit zwei Mitgliedern beratend im Gewerkschaftsrat vertreten.

Aufgrund einer Häufung von Beschwerden in Bezug auf die Ausgestaltung der Tarifarbeit und der Zuordnung von Mitgliedern zur Personengruppe Meister/Meisterinnen, Techniker/Technikerinnen, Ingenieure/Ingenieurinnen, kurz MIT, hat sich der KuB im Berichtszeitraum mit einzeln Fachbereichen und dem Präsidium des Gewerkschaftsrats eingehend auseinandergesetzt. Anregungen zur Auslegung oder Änderung der Satzung sowie der Richtlinien werden regelmäßig mit dem zuständigen Bundesvorstandsmitglied und dem Bereich Orgapolitik lösungsorientiert beraten.

Neben der Bearbeitung der Beschwerden wird der KuB auch in Bezug auf Prüfaufträge von Fachbereichen oder der Ebenen tätig. Damit übt er eine präventive Tätigkeit, die zur satzungsgemäßen Arbeitsweise der Gremien und Fachbereiche in der ver.di beiträgt, als einen weiteren Bestandteil seiner Aufgaben aus. Im Berichtszeitraum hat der KuB zwei Beschwerden von Mitgliedern, die der ver.di-Bundesvorstand aus ver.di ausgeschlossen hat, als unbegründet angesehen und die Entscheidungen des Bundesvorstands bestätigt.

Der KuB trägt an verschiedenen Stellen innerhalb der ver.di aktiv dazu bei, Konflikte unter Beachtung unserer gewerkschaftlichen Grundsätze auf den unterschiedlichsten Ebenen konstruktiv zu bearbeiten und zu beheben. Durch die Entscheidung des KuB in Bezug auf die Zulässigkeit einer Übernahme der Aufgaben einer Bezirksgeschäftsführung durch eine Landesbezirksleitung wurden notwendige satzungsrechtliche Änderungen durch den Bundesvorstand vollzogen. Dieser Satzungsantrag liegt euch unter dem Sachgebiet S zur Abstimmung vor.

An vielen Stellen der ver.di sind aber nach Auffassung des KuB noch weitere Verbesserungen in der nicht immer einfachen Betreuung unserer Mitglieder notwendig. Insbesondere die Beachtung unserer intern festgelegten Regularien in Form der Satzung sowie der vielfältigen Richtlinien und Geschäftsordnungen verlangt von den hauptamtlich Beschäftigten Sensibilität und ausreichende Kenntnisse, damit das Zusammenwirken aller im Organisationsbereich von ver.di weitestgehend konfliktfrei verläuft. Vor diesem Hintergrund sollten die Regelungen der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit regelmäßig überprüft und bei Bedarf auch angepasst werden, um diese noch besser auf die Bedürfnisse der Mitglieder und die praktische Ausgestaltung der Gewerkschaftsarbeit im Licht einer sich rasant verändernden Arbeitswelt auszurichten.



Ein probates Mittel wäre aus unserer Sicht ein funktionierendes Beschwerdemanagement. Bereits im ersten Jahr der ver.di, im Jahr 2001, wurde der damalige Bundesvorstand durch den KuB aufgefordert, ein Beschwerdemanagement einzurichten. In steter Regelmäßigkeit wurde auf jedem Gewerkschaftskongress von meinem Vorgänger sowie auch von mir über die bisher nicht erfolgte Umsetzung berichtet. Eine Implementierung hat bis zum heutigen Tag nicht stattgefunden. Der KuB vertritt die Auffassung, dass es in ver.di notwendig ist, Beschwerden, seien sie gerechtfertigt oder nicht, sensibel und standardisiert zu bearbeiten. Nur so ist auch eine Weiterentwicklung unserer schwieriger werdenden Gewerkschaftsarbeit möglich. Wir sind gespannt, wann die Umsetzung schlussendlich stattfindet. Nebenbei bemerkt gibt es im Landesbezirk Baden-Württemberg schon seit längerem ein Pilotprojekt, von dem wir aber bisher nur wissen, dass es dieses Pilotprojekt gibt. Inwieweit dort Ergebnisse vorliegen, wurde mit uns zumindest bisher noch nicht kommuniziert.

Zum Schluss meines mündlichen Berichts möchte ich mich persönlich, auch im Namen des gesamten Gremiums, bei der Kollegin Andrea Kocsis, beim Kollegen Detlef Raabe, bei der Kollegin Alkmene Maiwald, beim Kollegen Jens Schubert und dem gesamten Team des Bereichs Recht und Rechtspolitik der ver.di-Bundesverwaltung recht herzlich bedanken für die wirklich sachliche und sehr konstruktive Zusammenarbeit. (Beifall)

Der KuB hat in den vergangenen vier Jahren zur Befriedung vieler Konflikte beigetragen. Dies werden wir auch in der nächsten Wahlperiode mit eurer Unterstützung fortsetzen. Ein wichtiger Anteil an der Bearbeitung von Beschwerden wird in der Geschäftsstelle unseres KuB geleistet. Der KuB wird durch unseren Geschäftsführer, den Kollegen Dirk Völpel-Haus, und unsere Kollegin Claudia Anschütz in seiner umfangreichen Arbeit unterstützt. Liebe Claudia und lieber Dirk, ich sage euch vielen, vielen Dank für eure engagierte Unterstützung und euer stets offenes Ohr für die Interessen unserer Mitglieder. Das sage ich im Namen des KuB und, ich denke, auch im Namen des Bundeskongresses. Wir werden auch zukünftig unsere erfolgreiche Zusammenarbeit fortsetzen; denn ich gehe davon aus, dass es auch in Zukunft Beschwerden geben wird. (Beifall)

Ich beende meinen mündlichen Geschäftsbericht mit einem Zitat des Philosophen Khalil Gibran, der Folgendes gesagt hat: „Fortschritt besteht nicht in der Verbesserung dessen, was war, sondern in der Ausrichtung auf das, was sein wird.“ In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen guten Kongressablauf und bedanke mich für eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Angela Gantke, Kongressleitung

Vielen Dank für deinen ergänzenden mündlichen Bericht des Kontroll- und Beschwerdeausschusses.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 3.4: Ergänzender mündlicher Bericht der Revisionskommission für die Bundesebene. Es spricht der Vorsitzende Hermann Dilg. - Hermann, du hast das Wort.

Hermann Dilg, Vorsitzender der Revisionskommission

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe im Moment zwei Probleme. Das erste Problem ist: Aus einer Mail weiß ich, dass ich etwas kürzer als der Vorsitzende dieser Gewerkschaft reden soll. Aber das kriege ich hin. (Heiterkeit - Beifall) Das zweite Problem, das ich habe, ist dieses: Ich habe es auf einem Bundeskongress noch nicht erlebt, dass der ehrenamtlichen Revisionskommission so viel Lob entgegengebracht wurde. Dafür bedanke ich mich. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Ergänzung zum schriftlichen Bericht der ehrenamtlichen Revisionskommission, den ihr im Geschäftsbericht nachlesen könnt, werden ich im Folgenden kurz einige Schwerpunkte aus unserer Prüfungstätigkeit während der hinter uns liegenden Kongressperiode skizzieren.

Frank hat die Budgetierungsrichtlinie schon angesprochen. In ver.di verteilen wir unsere Einnahmen prozentual. Unsere Budgetierungsrichtlinie legt die Prozentwerte fest, die für bestimmte Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Die Kennzahlen der ver.di kann man in fünf Positionen zusammenfassen:

Position 1 sind die Personalkosten mit 52,8 Prozent.

Position 2 sind Beiträge an den DGB und Sonstige mit etwa 12,9 Prozent.

Position 3 ist der Streikfonds mit acht Prozent.

Fassen wir diese drei Positionen zusammen, sind rund 73 Prozent unserer Einnahmen sofort als Ausgabe wirksam und fix.

Position 4 ist Sonstiger Aufwand und entspricht gut 11,05 Prozent,



Position 5 sind die Sachkosten für die Landesbezirke und Bezirke. Das sind rund 15,5 Prozent. Hier sind die Revisionskommissionen der entsprechenden Ebene zuständig.

Die Beschreibung der Personalkosten in Prozentzahlen ist auf den ersten Blick überzeugend. Probleme entstehen aber dann, wenn eine Organisation ihre Wachstumsziele nicht erreicht und diese Personalausgaben den vorhandenen Mitteln angepasst werden sollen. Dass sich Personalkosten anders entwickeln als geplant, können wir bei der Einrichtung des Demografie-Fonds sehen. Diese durchaus sinnvolle Maßnahme ist das Ergebnis der momentanen Zinsentwicklung. Der Rechnungszinsfuß - das ist der Zinssatz, mit dem die zu erwartenden Leistungen beziehungsweise die notwendigen Beiträge versicherungsmathematisch errechnet werden - wurde im Dokumentenband zur Verschmelzung der fünf Einzelgewerkschaften zu ver.di mit sechs Prozent angesetzt. Das könnt ihr, falls ihr diese Bände noch habt, auf der Seite 104 nachlesen. Diese Verzinsung wird zurzeit nicht erzielt. Da ver.di allerdings seinen Verpflichtungen nachkommt, wird schon jetzt Vorsorge getroffen.

ver.di hat seit Gründung für mangelhafte Fahrtenbuchführung im Rahmen von mehreren Lohnsteueraußenprüfungen bis 2010 nicht unerhebliche Steuernachzahlungen leisten müssen. Unverständlich ist es, dass einige Beschäftigte der ver.di nicht in der Lage waren, aus den bereits in 2008 durch die Steuerbehörde festgestellten Mängeln und Fehlern Lehren zu ziehen. Der Bundesvorstandsbeschluss von August 2008, mit dem Maßnahmen eingeleitet wurden, welche eine Wiederholung solcher Zahlungen verhindern sollten, wurde durch das Finanzamt Berlin mit dem Bericht der Lohnsteueraußenprüfung 2009 bis 2010 widerlegt. Eine neue Gesamtbetriebsvereinbarung soll perspektivisch ab 2016 diesen Zustand beenden. Das ist positiv, gilt aber für die Zeit bis 2015 noch nicht.

Wir haben die Ausgaben für das Projekt „Perspektive 2015“ einer kritischen Prüfung unterzogen. Aus den vorhergehenden Aussagen zu den Problemen einer Finanzierung der ver.di wird deutlich, dass „Perspektive 2015“ nicht nur einige neue Vokabeln in die gewerkschaftliche Sprache bringen sollte.

Ob ein „quick win“ - im Lexikon der unnötigen Worte der Managementwelt auf Platz fünf geführt - vorliegt, kann von uns noch nicht beurteilt werden. Die Aufgabe einer Revision liegt darin, die Vergangenheit zu betrachten. Über die Zukunft berichten wir auf dem nächsten Kongress. (Beifall)

Die auf Bundesebene begonnene Bewirtschaftung der Sachkosten nach Plan hat in der Tat ihren Beitrag geleistet, heute Haushaltsabschlüsse zu präsentieren, die sich sehen lassen können. Seine Planzahlen zu verfolgen und einzuhalten und dann zu überlegen, wo die

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Überschüsse sinnvoll einzusetzen sind, hat sich bewährt. Dafür herzlichen Dank an den Bundesvorstand, der bereit war, diese Maßnahme tatsächlich mitzutragen. Das ist eine wunderbare Maßnahme, die wir als ehrenamtliche Revisionskommission nur unterstützen können. (Beifall) - Ja, da könnt ihr klatschen; das ist nötig. Es hat ja lange gedauert. (Heiterkeit - Beifall)

Festzustellen ist, dass die erforderlichen Unterlagen zu den Prüfungen, insbesondere der Jahresabschlüsse, in einer sehr guten Qualität vorgelegt wurden. Änderungswünsche in der Aufbereitung der Prüfungsunterlagen fanden entsprechend den Ansprüchen an das Prüfverfahren der ehrenamtlichen Revisionskommission Berücksichtigung. Die ehrenamtlichen Revisorinnen und Revisoren wurden dadurch in die Lage versetzt, sich in einer angemessenen Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und die finanzielle Situation unserer Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft zu verschaffen.

Dies gilt ebenso für die Personalzahlen, die wir aus dem Ressort 6 erhalten haben. Die Berichte aus den Ressorts 3 und 6, das ist wirklich ganz faszinierend. Wir können jede Zahl sehen und sie bis zur letzten Rechnung auch nachverfolgen. Das ist schon eine wunderbare Arbeit. Und deshalb kann man auch sagen, es ist eine sehr gute Zusammenarbeit.

Jährlich werden wir über das Vermögen der ver.di in Kenntnis gesetzt, auch hier äußerst umfangreich. Die Folien dazu habe ich jetzt vergessen. Sonst könnte ich sie vorlegen. (Heiterkeit - Beifall) Durch zusätzliche Erläuterungen von Bundesvorstandsmitgliedern sowie Kolleginnen und Kollegen aus den entsprechenden Fachabteilungen konnten auftretende Fragen beantwortet werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die ehrenamtliche Revisionskommission hat in den vergangenen Jahren regelmäßig die Jahresabschlüsse der ver.di einer eingehenden Prüfung unterzogen. Das Ergebnis unserer Prüfungen haben wir mit dem Haushalts- und Finanzausschuss ebenso wie mit dem Gewerkschaftsrat schriftlich und mündlich erläutert.

Alle Abschlüsse entsprachen unserem Regelwerk. Deshalb hat die ehrenamtliche Revisionskommission auf Bundesebene beschlossen, nach Paragraph 45 Absatz 4 unserer Satzung dem Bundeskongress die Entlastung von Gewerkschaftsrat und Bundesvorstand zu empfehlen. - Vielen Dank. (Beifall)

Angela Gantke, Kongressleitung

Vielen Dank, Hermann, für den ergänzenden mündlichen Bericht der Revisionskommission.



Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Aussprache einsteigen, zu einem sehr erfreulichen Thema. Wie auch hier haben sich viele aktiv an der Mitgliederwerbeaktion „Stark mit Dir“ beteiligt. Die zehn erfolgreichsten von ihnen sind heute hier bei uns.

Ich darf jetzt die Monika nach vorn ans Mikrofon bitten. - Monika, du darfst bitte kommen.
- Die ignoriert mich glatt. (Heiterkeit)

Monika Brandl, Vorsitzende des Gewerkschaftsrats

Entschuldigung, wir haben gerade noch die Regie besprochen. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute und jetzt eine ganz schöne Aufgabe: Wir wollen nämlich die zehn besten Werberinnen und Werber gemeinsam - deswegen hatten wir uns gerade noch abgesprochen - ehren. „Stark mit Dir“ war die Werbeaktion, und wir haben in der zurückliegenden Amtsperiode viele Akzente für eine bessere Mitgliedergewinnung und Mitgliederückgewinnung gesetzt - ganz im Sinne von „Perspektive 2015“.

Die Mitgliedergewinnung erfolgt auch immer noch beziehungsweise immer mehr über das Internet. Die Online-Eintritte steigen. Waren es 2014 noch 30.500 Eintritte, sind es jetzt, im September 2015, schon 29.700. Da werden wir dieses Jahr also mehr bekommen.

Das finde ich richtig gut - ein neuer Weg, um Mitglied zu werden. Von daher werden wir auch schauen, dass wir da noch den Trend im Internet weiter ausbauen können.

Ich finde, das ist eine gute Investition in die Zukunft, und wir werden mit unserer Werbeaktion, die wir von April bis Ende Juli haben laufen lassen, mit Schwung in die weitere Mitgliederwerbung gehen.

Wir haben ganz gezielt unsere Werberinnen und Werber angesprochen. Es waren über 42.000, die wir persönlich angeschrieben haben - ganz nach dem Motto „Mitglieder werben neue Mitglieder“. Unsere Erfahrungswerte haben nämlich gezeigt, dass gerade neu eintretende Mitglieder wieder Mitglieder werben, dass die Kolleginnen und Kollegen, die noch gar nicht lange dabei sind, wieder auf ihre Kolleginnen und Kollegen zugehen und sagen: Möchtest du nicht Mitglied werden? - Das wollen wir natürlich fördern und haben da auch ein paar Anreize gesetzt. Neben der 15-Euro-Werbepremie hatten wir viele Sachpreise und Sachprämien, die es zu gewinnen gab.

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Und die Zahlen - deshalb seid ihr heute hier - sprechen für sich: 19.000 aktive Werberinnen und Werber haben sich im Aktionszeitraum beteiligt und haben - haltet euch fest! - 60.000 neue Mitglieder geworben. (Beifall)

Ich finde, das ist ein super, super wahnsinniges Ergebnis, und wir haben die besten Werberinnen und Werber gesucht. Und wir haben sie gefunden. Jetzt sage ich: Ehre, wem Ehre gebührt - die zehn besten Werberinnen und Werber haben wir hier zu uns auf den Bundeskongress eingeladen, und wir wollen euch jetzt für eure wahnsinnig guten Werbeerfolge feiern. Deshalb rufe ich jetzt auf die Bühne: (anhaltender Beifall)

Jürgen Kallert, Zabit Cil, René Steinborn, Melanie Hackstette, Björn Borgmann, Thomas Nicolai, Ayfer Arayici, Herbert Scheuerer, Kerstin Löhner mit Siegfried Wartenberg, Hans Naumann und Hans-Jürgen Hofmann. Der Kollege Aaron Williams konnte leider nicht kommen. Sonst würde noch ein Kollege hier stehen, und wir könnten auch ihn feiern. Er kriegt seine Urkunde dann zugeschickt.

Ich kann nur sagen: Super, super, super! Herzlichen Dank, und macht weiter so! Danke sehr. (Den erfolgreichsten Werberinnen und Werbern werden auf dem Podium Blumensträuße überreicht - Beifall)

Frank Werneke

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr seht, es sind noch zwei weitere Kollegen hier auf der Bühne. Denn Mitgliederwerbung ist wichtig, aber Austrittsbedrohte oder Austrittswillige Mitglieder davon abzuhalten, dass sie den Schritt tun, ist mindestens genauso wichtig. Ihr wisst - Frank hat auch darüber berichtet: Da, wo es keine ehrenamtlichen Rückholteams gibt, arbeiten wir mit Dienstleistern zusammen, aber da, wo es Ehrenamtliche gibt, die die Rückholarbeit machen, ist sie besonders erfolgreich.

Deshalb freut es mich, dass hier auf der Bühne stehen - kommt ein bisschen näher -: Hans Naumann und Hans-Jürgen Hofmann. (Leichter Beifall) Die beiden machen seit zehn Jahren Rückwerbearbeit, und die Zahlen sind wirklich beeindruckend. Hans hat in den letzten zehn Jahren 5.900 Kolleginnen und Kollegen angerufen und 2.000 davon überzeugt, ihren Rücktritt zurückzunehmen. (Beifall - Bravorufe) Das ist eine Erfolgsquote von 33 Prozent. Ein absoluter Spitzenwert.

Hans-Jürgen hat 9.700 Kolleginnen und Kollegen angerufen und 3.130 Mitglieder davon überzeugt, ihren Austritt zurückzunehmen. (Beifall - Bravorufe)



Wir dachten uns, das ist auch eine Urkunde wert, und die kriegt ihr jetzt. (Beifall)

Jürgen Kallert, Gast

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin der Jürgen Kallert aus Nürnberg. Ich bin schon oft gefragt worden, ja, wie gehen 250 Werbungen? Momentan haben wir 530 Neuwerbungen in der Betriebsgruppe Brief, Nürnberg. Das bin ich natürlich nicht allein. Das muss ich hier schon einmal deutlich sagen. Ich habe eine hervorragende Mannschaft; ein Teil sitzt hier. Die Renate Bögel sitzt hier im Saal. - Renate, steh mal ganz kurz auf! (Heiterkeit - Beifall)

Ich wollte heute einmal etwas loswerden, und zwar soll man ja auch einmal Dankeschön sagen. Danke, ja. Für was Danke? - Wir hatten einen Arbeitskampf - und ich bin jetzt mittlerweile 31 Jahre in der Firma -, der war vom Feinsten. Jedes Ding, das es gibt, haben die gedreht, jedes Ding.

Ich möchte mich hier einmal recht herzlich bei unseren Ehrenamtlichen und natürlich auch Hauptamtlichen bedanken. Da möchte ich einmal unseren Toni Hirtreiter hervorheben, der für uns in Bayern rund um die Uhr da war und uns nie alleingelassen hat. Das ist ein Spitzenmann. Wirklich wahr. (Beifall)

Des Weiteren natürlich beim Fachbereich 10, nach oben, sage ich einmal, Stephan Teuscher. Der hat in Nürnberg vor 1.500 Zustellern eine tolle Rede gehalten; das war eine geile Sache. Und dann natürlich Andrea Kocsis. Andrea, du warst spitze, du hast diesen Leuten nicht nachgegeben. Du hast uns den Rücken gestärkt und hast gezeigt, wo es lang geht. Dankeschön. (Beifall)

Die Kolleginnen und Kollegen, die in Frankfurt dabei waren, die haben natürlich ein besonderes Erlebnis gehabt. Frank war da der Hauptredner, hat eine Bombenrede so richtig zum Aufheizen gehalten.

Da musste man seine Aktionäre und Vorstände mit einem drei Meter hohen Zaun schützen. Wir standen hundert Meter davon entfernt. Ich habe noch niemals eine so explosive Stimmung in der Belegschaft gespürt. 6.000 standen kurz vor der Revolution. Frank, auch da vielen Dank an dich, dass du immer da warst und uns den Rücken gestärkt hast. (Beifall)

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Die Betriebsgruppe Brief Nürnberg entwickelt sich in Richtung 80 Prozent Organisationsgrad. Das werden wir vielleicht in diesem Jahr noch nicht ganz erreichen. Bei einer Firma, die fast 4.000 Beschäftigte hat, sind da schon Anstrengungen notwendig. Aber mit euch zusammen wird es klappen. - Ich bedanke mich recht herzlich. (Beifall)

Angela Gantke, Kongressleitung

Auch in unserem Namen recht herzlichen Dank an die Werber und Werberinnen und natürlich auch an die Rückholer und Rückholerinnen, die gemeinsam diesen Erfolg erzielt haben.

Herzlichen Dank auch für die engagierte Rede eines Betriebsrats, der sich für seine Mannschaft einsetzt und durch viel, viel Sprechen diese tollen Erfolge erzielt. Euch allen herzlichen Dank auch von uns. (Beifall)

Bevor wir jetzt zur Aussprache kommen, möchten wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz herzlich Philip Jennings, Generalsekretär von UNI Global Union, recht herzlich begrüßen und ihm die Möglichkeit geben, ein Grußwort zu sprechen. - Philip, du hast das Wort.

Philip Jennings, Generalsekretär UNI Global Union

ver.di is rising. I love it. ver.di steigt auf. (Beifall) Good afternoon, ver.di. How are you after all these hours? How are you feeling? (Beifall) Fasten your seat belts, I'm going to speak in German. (Heiterkeit) So I have to look very serious now. Man muss ganz vorsichtig sein, wenn man deutsch spricht.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde! Es ist mir eine große Ehre und Freude, hier das Wort ergreifen zu dürfen. (Beifall) Frank, das war eine tolle Rede, aber für mich ein bisschen kurz. (Heiterkeit)

ver.di, ihr habt tolle Arbeit gemacht. Ihr ermutigt uns alle. ver.di, macht noch mehr! - Einverstanden? (Beifall)

Ich überbringe euch weltweite solidarische Grüße von UNI Global Union. (Beifall) Es ist stressig, wenn ein Waliser deutsch spricht. Auf eurem letzten Kongress hat mich ein schwäbischer Kollege gefragt, ob Mr. Bean, der englische Komiker, meine Rede geschrieben habe. (Heiterkeit und Beifall) Mein Eindruck war, diese Person konnte mein Hoch-



deutsch verstehen. Ich habe gedacht, das sei vielleicht ein generelles Problem für die Schwaben in Deutschland. (Heiterkeit und Beifall)

Auf jeden Fall: Ich liebe Stuttgart. Wo ist Stuttgart? Ich liebe dich auf jeden Fall. (Beifall)

Ich habe eine diplomatische Antwort gegeben: Nein, hat er nicht, aber Mr. Bean hat mir bei der Aussprache geholfen. (Heiterkeit und Beifall)

ver.di, was habt ihr mit der Bundeskanzlerin Merkel gemacht? Als ich sie das erste Mal getroffen habe, fragte sie mich, wen ich vertrete. Ich sagte: Kennen Sie Frank Bsirske und ver.di? Ich bin die globale Version. (Heiterkeit und Beifall) Ich bin ein sogenannter Sohn von Frank Bsirske.

Merkel antwortete ganz ängstlich: Katastrophe! (Heiterkeit)

Ich habe dann meine Mutter angerufen. Sie liebt mich wirklich. Meine Mutter sagte: Philip, hat Merkel gesehen, dass es in deinem Zimmer so aussieht wie bei Hempels unterm Sofa? (Heiterkeit) I don't understand that joke. - (Heiterkeit) Dieses Deutsch ist eine ganz trockene Sprache.

Merkel hat ihre Meinung geändert. Ihr habt Merkels Respekt gewonnen. Das war gestern Abend klar. 1,5 Millionen Streiktage, eure Kämpfe, eure Streiks von Post bis KITAS, um nur die letzten zu nennen, haben die Kanzlerin von Deutschland verändert. (Beifall) Es zeugt von eurer Macht, wenn Merkel sagt: ver.di kann man nicht ignorieren. - Das ist wunderbar. (Beifall)

Ernstlich: Frank, du hast recht. Weltweit machen Regierungen gesetzliche Arbeitgeberpolitik gegen das Streikrecht. Es gibt einen weltweiten Angriff auf das Streikrecht. Wir bekämpfen das global. Es ist notwendig: Wir müssen kämpfen. (Beifall) Wir in Großbritannien wollen am 4. Oktober, in wenigen Wochen, mit hunderttausend Leuten gegen die Anti-streikgesetze der britischen Regierung eine Demonstration organisieren. (Beifall) Sie müssen dieses Gesetz stornieren. Andere Regierungen widmen dieser neuen Streikaktion viel Aufmerksamkeit. Wir müssen bereit sein.

Glückwunsch zu eurer Eröffnungszeremonie gestern: Energie, Leidenschaft, Bewegung; junge Leute, junge Stimmen, die gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ansingen. (Beifall) Das ist unser Deutschland, nicht diese Verrückten, die diese Demonstration heute organisieren. (Beifall)

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Die Flüchtlinge sind nebenan. Wir versichern den Flüchtlingen, dass wir für sie kämpfen werden. Wir alle haben ein Recht auf ein gutes Leben und gute Arbeit. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, UNI hat auf der ganzen Welt mit ver.di einen großartigen Freund. Ihr seid unsere Partner. Danke für eure Unterstützung.

Stärke. Wir sind 20 Millionen Mitglieder stark. Die Hälfte unserer Mitglieder sind Frauen. Wir spielen in der globalen Frauenbewegung eine führende Rolle. (Beifall)

Vielfalt. Wir sind in 150 Ländern vertreten.

Zukunft. Wir gestalten sie gemeinsam. Eine Zukunft nach wessen Bedingungen? Nach den Bedingungen von Amazon, Google oder anderen Multis? - Nein, ver.di, wir haben bei Amazon eine andere Vision von der künftigen Welt der Arbeit haben als Mister Bezos. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich das ausbeuterische, auf Druck und totale Automatisierung des Menschen ausgelegte Beschäftigungssystem von Amazon durchsetzt. (Beifall)

Gemeinsam haben wir ein europäisches Netzwerk bei Amazon entwickelt - sie sind hier heute bei uns -, das die Organisierung von Amazon-Beschäftigten fördert und unsere Amazon-Kampagne unterstützt. Nur zusammen können ver.di und UNI die „Amazonisierung“ Europas verhindern. Frank, als Präsident von UNI Europa bist du hier ganz besonders gefordert.

Ich habe einen Tweet. Wissen Sie, was ein Tweet ist? (Zurufe: Ja!) Ich habe etwa 100.000 Follower. Ich habe mir gedacht, ich muss einen Tweet zu Jeff Bezos schicken: Jeff, du bist reich. Du gehörst zu dem einen Prozent. Respektiere unsere Stimmen und unsere Würde. Jeff, yes, you can. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, am 29. April 2013 wurde die Zukunft von 1.138 Beschäftigten in Bangladesch ausgelöscht. Es war ein brutaler Tod aufgrund des Zusammenbruchs einer Bekleidungsfabrik. Gemeinsam sagten ver.di und UNI: Wir werden die Spielregeln in der Lieferkette verändern.

Die Tage vorher haben 2.000 Leute gestreikt und darauf hingewiesen, dass das Gebäude gefährlich war. Darauf folgte ein Ultimatum des Arbeitgebers: Ohne Arbeit bekommt ihr kein Gehalt.



Plötzlich wurden 1.138 Leute in Bangladesch ausgelöscht. Gemeinsam sagten wir: Wir werden die Spielregeln in der Lieferkette verändern. Und das haben wir geschafft. Heute gibt es ein globales Abkommen, das für 200 Markenhersteller gilt. Es ist rechtlich verbindlich, 1.800 Fabriken wurden inspiziert, 50.000 Verstöße festgestellt und 30 Millionen Dollar Entschädigung gefordert. Nun haben diese Leute eine neue Zukunft. (Beifall)

Wir kämpfen und machen global Druck. Wir haben oft mit ver.di telefoniert. Ich bin sehr stolz auf euer Handeln. Frank, ihr habt uns so geholfen. Die deutschen Betriebe müssten dieses Abkommen unterstützen. Aber manche lernen es einfach nicht. Kennt ihr den Betrieb KiK? Ist KiK bekannt in Deutschland? (Zurufe: Ja!) Wir sagen: KiK, wachen Sie auf! Zahlt die Entschädigung an die Beschäftigten in Pakistan, die für euch geschuftet haben. - ver.di und UNI sagen zusammen: KiK, begleichen Sie endlich Ihre Schulden. KiK, geben Sie den Familien endlich eine Zukunft. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, eine neue Welt der Arbeit liegt vor uns: neue Technologien, neue Umbrüche, neue Unternehmen ohne Verantwortungsbewusstsein. Unser Ziel ist eine Welt der Arbeit mit menschlichem Antlitz. Ja, Frank, wir machen ein globales Gewerkschaftsmanifest für alle unsere Mitgliedsorganisationen. In den kommenden Wochen werden Entscheidungen getroffen, die den Verlauf der Menschheitsgeschichte ändern werden.

Klimawandel und Krieg, Armut und Ungleichheit! Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen wir uns Gehör verschaffen, damit die Gerechtigkeit den Sieg davonträgt. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, es ist ungefähr 16.30 Uhr. Wir hatten vor zwei Stunden den Kassenbericht. (Heiterkeit) Wir hatten vor zwei Stunden Mittagessen und Rinderroulade mit Karotten-Wirsinggemüse und Spätzle gegessen. (Heiterkeit) Nun ist es Zeit, sich zu bewegen und Lärm zu machen. Ich habe Fragen, ihr müsst antworten. Alles klar? - Los. (Lebhafte Beifall)

Ich frage dich, ver.di, mit den Worten von Martin Luther King: Sind wir bereit, den Bogen der Geschichte in Richtung Gerechtigkeit zu biegen? (Stürmischer Beifall) Ihr könnt auch aufstehen, wenn ihr wollt. (Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen.)

ver.di, werden wir uns Gehör verschaffen? Haben wir den nötigen Kampfgeist, um diese Welt zu verändern? (Stürmischer Beifall) ver.di, seid ihr bereit, zu kämpfen, um den Lauf des fehlgeleiteten Kapitalismus zu verändern? (Stürmischer Beifall) ver.di, seid ihr bereit, zu kämpfen, um diejenigen zu schützen, deren Häuser und Lebensunterhalt durch den globa-

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

len Klimawandel bedroht sind? (Stürmischer Beifall) Seid ihr bereit, für eine Wirtschaft zu kämpfen, die allen und nicht nur dem betrügenden einen Prozent nützt? (Stürmischer Beifall)

Es ist eine Schlacht. Wir werden ihren Ausgang nicht anderen überlassen.

Kolleginnen und Kollegen, im Namen der Familie von UNI Global Union danke ich der deutschen Bevölkerung dafür, dass sie während der Flüchtlingskrise ihr Herz geöffnet hat. Wunderbar! (Lebhafter Beifall) Furchtlos angesichts von Fremdenfeindlichkeit und Rassisten! Ich bin stolz, hier mit euch zu sein. Gemeinsam stehen wir gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Faschismus. (Lebhafter Beifall)

Die Zukunft der Menschheit ist in Gefahr. Es kommt zu einer Krise von globalem Ausmaß mit hunderten Millionen von Klimawandel-Flüchtlings, wenn wir nichts machen.

Es gibt keine wichtigere Herausforderung für die Menschheit als die Gefahren eines sich erwärmenden Planeten. Banken waren zu groß, um unterzugehen. Dann kam die Rettungsaktion. Was aber ist mit der Zukunft unseres Planeten? - Er stirbt!

Das ist ein Gewerkschaftsthema. Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze. Wir sagen, dass jeder Mensch das Recht auf einen sicheren Planeten hat. (Beifall)

Wir möchten, dass sich die Politik in Paris auf ein revolutionäres Ziel einigt: die Welt in eine neue Richtung zu lenken. Es könnte vielleicht unsere letzte Chance sein.

Was hat uns das neoliberale Kapitalismusprojekt wirklich eingebracht? Klimakatastrophe, wiederholte Zusammenbrüche im Finanzwesen, nie dagewesene Einkommensungleichheit, massive Arbeitslosigkeit. Profite hoch und Löhne runter. Eine Generation von Beschäftigten in Erwerbsarmut. Sie sagen, wir brauchen ein Handelsabkommen. Wir sagen: Das ist wieder die alte Leier. Deshalb müssen wir gegen Handelsabkommen kämpfen, die von Unternehmen propagiert werden, sozial ungerecht und klimaschädlich sind. Nein zu diesem TTIP, Nein zu CETA, Nein zu TISA! (Beifall)

Unsere Zukunft ist eine neue Richtung für die Wirtschaft, ein neues Wirtschaftsmodell, nachhaltig, gerecht, mit starken Gewerkschaften und kollektiven Verhandlungen, mit Klimagerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit.



Nur dank starker Gewerkschaften werden die Beschäftigten dieser Welt ihren gerechten Anteil und Sicherheit und Würde am Arbeitsplatz erlangen.

Wir sind in der Offensive. Wir schöpfen Mut aus Eurem Durchbruch beim Mindestlohn. In den Vereinigten Staaten sind Niedriglohnbezieher beim historischen „Kampf für 15“ aus dem Schatten getreten und haben eine Bewegung für höhere Löhne angestoßen, wie es sie seit den 1930er-Jahren nicht mehr gegeben hat. Wir zeigen, dass wir eine neue Wirtschaft und eine bessere Welt der Arbeit für die Zukunft herbeiführen können.

An diesem Wochenende treten die Vereinten Nationen in New York zum Gipfel für die nachhaltigen Entwicklungsziele zusammen. Eine neue soziale Road-Map für die Welt. Es wird globale Ziele für die menschenwürdige Arbeit geben, um Armut und Kinderarbeit zu beseitigen. Das sind Ideen, die bei Gewerkschaftskongressen wie diesem gewachsen sind. Es ist so: Von der lokalen zur globalen Ebene. Ihr seid Teil davon. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, die Herrschenden in Europa kapieren es einfach nicht. Sie sind immer noch in einer neoliberalen Ideologie verhaftet, die den Bürgerinnen und Bürgern den Glauben an das EU-Projekt erschüttert und den Skeptikern Nahrung gibt. Wir kämpfen, um den Lauf Europas zu verändern. Die EU-Politik ist zu weit gegangen bei ihrem Ansatz zur griechischen Krise. Der IWF, die EU und die EZB - das war nicht nur ein Finanzpaket, es ging weiter und zerstörte das soziale Gefüge. Nie mehr wieder darf die herrschende Klasse so hineingehen und Gewerkschaftsstrukturen, Kollektivverhandlungen und die Sozialversicherung zerstören. (Beifall)

Ich freue mich, dass gestern Syriza gewonnen hat. (Beifall) Lasst uns den Griechen helfen, wieder zu atmen. Das ist nicht nur ein griechisches Problem. Spanien, Portugal, Italien, Irland, Großbritannien und letztlich Finnland. Am Freitag findet in Helsinki eine große Demonstration mit 300.000 Teilnehmern statt. Die Regierung will die Arbeitsbedingungen radikal verschlechtern. Das kommt europaweit. Wir sind Teil einer Bewegung in Europa und auf der ganzen Welt.

Lasst mich damit schließen: Gemeinsam sind wir, UNI Global Union und ver.di, stärker. Dem Gewerkschaftswachstum verpflichtet, geeint für ein neues Europa, geeint für die Arbeitnehmerrechte bei Amazon und anderen Multis. Gemeinsam in Kolumbien, wo wir Gewerkschaften aufbauen. Gemeinsam bei DHL Deutsche Post. Wir haben euren Streik unterstützt. Wir schätzen eure Unterstützung für globale Gerechtigkeit bei DHL. Zusammen bei T-Mobile, wo wir Besseres erwarten. Danke für eure großartige Solidarität mit den Beschäftigten in den USA.

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Chefin Merkel, deine zwei Kinder DHL und T-Mobile betragen sich nicht. Bring sie wieder auf die richtige Bahn, gleichzeitig mit Aldi und Lidl. (Beifall)

Gemeinsam bei IBM für eine Gewerkschaftsstimme. Gemeinsam bei unseren Call-Center-Aktionen. Gemeinsam bei der Kampagne zugunsten einer Gewerkschaftsstimme für Flughafenmitarbeiter.

Wir danken euch für eure Unterstützung für unsere Arbeit bei Metro in Pakistan und beim Bangladesh-Abkommen.

Zusammen in den Medien und der Unterhaltungselektronik mit unserer Kampagne zum Schutz der Kultur vor schädlichen internationalen Handelsabkommen. Zusammen im Sektor Graphik und Verpackung.

Zusammen wehren wir uns dagegen, dass Leiharbeiter als Streikbrecher genutzt werden. (Beifall) Und zusammen stehen wir bei Kampagnen für Gewerkschaftsrechte in der Leiharbeit. Gemeinsam in unseren Kämpfen für die Jugend.

Das Fazit: Wir sind nicht machtlos. Wir können die Welt verändern. Wir sind stark. Unsere Vielfalt eint uns. Unsere Zukunft liegt in unseren Händen. Im Kampf, um einen verfehlten Kapitalismus zu verändern. Im Kampf für eine neue Welt der Arbeit. Es ist an uns. Es ist unsere Zukunft. Sie liegt in unseren Händen. Lassen wir es Wirklichkeit werden. Venceremos! Vielen Dank. Danke schön. (Beifall)

Angela Gantke, Kongressleitung

Vielen Dank, lieber Philip, für die engagierte Rede. Du hast ein perfektes, gutes Deutsch gesprochen. Große Klasse. Ich danke dir.

Der Philip ist nicht der einzige internationale Gast. Es werden uns in dieser Woche noch elf weitere internationale Gäste aus elf Ländern besuchen. Die Länder sind Belgien, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kolumbien, Österreich, Schweden, Schweiz, Spanien und die USA. Die Kolleginnen und Kollegen kommen von 27 verschiedenen europäischen und internationalen Gewerkschaften und Gewerkschaftsdachverbänden. Euch allen schon einmal ein herzliches Willkommen auf unserem Kongress. (Beifall)



Den TOP 4 schieben wir noch ein Stückchen vor uns hin. Wir schaffen es aber heute noch, ihn anzufangen.

Vorher möchten wir noch einmal ausdrücklich auf die Frist für die Abgabe von Initiativ- und Änderungsanträgen heute um 18 Uhr hinweisen. Bitte rechtzeitig abgeben. Um die Frist zu wahren, reicht es nicht, uns eine E-Mail schicken, egal, an wen von uns. Auch alle anderen elektronischen Wege wie zum Beispiel WhatsApp scheiden leider aus. Wir benötigen einen ausgedruckten schriftlichen Antrag mit den notwendigen Unterschriften. Denkt bitte daran: Abgabeschluss 18 Uhr.

Jetzt kommen wir aber endgültig zum Tagesordnungspunkt 4. Für den Tagesordnungspunkt 4 liegen uns zurzeit 45 Wortmeldungen vor. (Vereinzelt Beifall) Wir weisen hinsichtlich der Redezeit noch einmal auf Folgendes hin: Unter Ziffer 6.4 der beschlossenen Geschäftsordnung ist festgelegt, dass Mitgliedern des Präsidiums, des Gewerkschaftsrats und des Bundesvorstands auch außerhalb der Reihenfolge das Wort erteilt werden kann.

Wir kommen nun zur ersten Wortmeldung. Als Redner kommt bitte Walter Kloss mit der Delegiertennummer 736 nach vorne. - Walter, Du hast das Wort.

Walter Kloss, 736

Einen recht schönen Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach Reden von Frank Bsirske und Philip Jennings ist es relativ schwierig, hier Fuß zu fassen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Geschäftsbericht eröffnet natürlich immer die Chance, auf Dinge zu fokussieren, die einem persönlich, aber vielleicht auch anderen wichtig erscheinen. Ich will in meinem Beitrag zum Geschäftsbericht nicht so verfahren, dass ich die Dinge, die schon gesagt worden sind, wiederhole, nur weil ich sie noch nicht gesagt habe. Aber ich würde ganz gerne auf den Tarifkonflikt bei der Deutschen Post zu sprechen kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das tue ich aus dem Blickwinkel eines aktiv Beteiligten, dann aber auch aus dem eines in der Umsetzung vor Ort Tätigen.

Dieser Arbeitskampf, liebe Kolleginnen und Kollegen, war in der Geschichte der Post - und die zählt mehr als 500 Jahre - der längste, irgendwo bei 100 Tagen. Er war aber nicht nur der längste, er war der schwierigste, der härteste, der schmutzigste, ja, Kolleginnen und Kollegen, der brutalste Arbeitskampf, den wir je erlebt haben. Da wurde von einem Arbeitgeber jeden Tag Recht und Gesetz gebrochen, und er hat sich dafür nicht einmal geschämt. Da hat dieser Arbeitgeber Plakate aufhängen lassen mit Überschriften wie „Wir

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

lieben Tarifverträge“ oder „Wir lieben Mitbestimmung“, und gleichzeitig hat dieser Arbeitgeber Betriebsräten den Zugang in ihre Betriebe verwehrt, nur um ihnen Angst zu machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns als ver.di, als Fachbereich, war es ein ganz wichtiger Punkt, eines zu erreichen: Schutz und Sicherheit für die Beschäftigten wiederherstellen. Der Postarbeitgeber hat relativ schnell 49 Gesellschaften gegründet, Frank hat es erwähnt. Da war uns eines klar: Wenn es uns nicht gelingt, den Schutz der Beschäftigten wiederherzustellen, hat das Signalwirkung nicht nur bei der Deutschen Post, sondern für alle Betriebe in Deutschland. (Beifall)

Aber Frank hat das etwas vorsichtig ausgedrückt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Er hat vom Schleifen von ver.di-Betriebsräten gesprochen. Ich will es etwas drastischer sagen: Dieser Deutschen Post ging es auch darum, unserer ver.di, dieser unserer Gewerkschaft, das Rückgrat zu brechen. Das haben sie permanent versucht. Sie wollten uns in die Knie zwingen, um damit zu beweisen, auch im Interesse anderer Arbeitgeberverbände: Jetzt haben wir ver.di da, wo sie aus ihrer Sicht hingehören, nämlich ganz unten, und die Geschäfte machen nur noch wir als Arbeitgeber. Aber eines haben sie nicht geschafft, Kolleginnen und Kollegen: Sie haben uns das Kreuz nicht gebrochen. Ich glaube, allein das ist schon ein Riesenerfolg. (Beifall)

Der Arbeitskampf auf der Straße hat auch eines gezeigt: 32.000 Postlerinnen und Postler haben vier Wochen gestreikt, 32.000 Kolleginnen und Kollegen. Und ganz zum Schluss war es wichtig und gut zu sehen, dass diese Beschäftigten auch weitergemacht hätten, wenn wir das gewollt hätten. Aber wir sind ja zu einem Tarifergebnis gekommen. Da muss man auch sagen: Es war zum Schluss richtig, dass wir zu einem Tarifergebnis gekommen sind, was zwar nicht alle befriedigt hat, aber dennoch eines ist: Für die Beschäftigten der Deutschen Post ist es ein großer Erfolg. Das muss man wieder sagen, auch wenn es andere Stimmen gibt, die das verneinen. Wir sagen: Das war ein Erfolg, und diesen Erfolg haben 32.000 Beschäftigte erreicht. (Beifall)

Wir hatten auch diesen berühmten Ritt auf der Rasierklinge. Uns ging es ja darum - das darf man in diesem Kreis sagen; wir sind ja unter uns -, die Gesellschaften wegzustreichen. Nur darf man das natürlich gar nicht. Und das wollten wir natürlich auch nicht. Wir hatten eine Tarifforderung, und die Tarifforderung war richtig. Viele haben gedacht, wir könnten auch erreichen, dass die Post zu dem Schluss kommt, die Gesellschaften wieder zu schließen. Zum Schluss haben wir aber erkennen müssen, dass das nicht so ist. Aber eines haben wir erreicht, da wiederhole ich mich jetzt: Wir haben erreicht, dass es weiterhin eine Paketzustellung bei der Deutschen Post gibt. Wir haben erreicht, dass es Schutz für Beschäftigte



gibt, vom Kündigungsschutz bis zum Fremdvergabeschutz. Ich glaube schon, dass wir alles in allem dafür gesorgt haben, dass die Deutsche Post ihre Ziele nicht erreicht hat.

Ich sehe auch Andrea Kocsis. Du hast uns in dieser schweren Zeit als Verhandlungsführerin gut geführt. Dafür möchten wir dir ganz herzlich danken. - Danke schön. (Beifall)

Angela Gantke, Kongressleitung

Ich danke dir, Walter. - Bevor wir jetzt gleich Renate zu Wort kommen lassen, noch ein kurzer Hinweis: Ihr könnt auch Saalmikrofone benutzen. Wer möchte, darf aber trotzdem hier nach vorne kommen.

Noch ein weiterer ganz kurzer wichtiger Hinweis: Es werden Initiativ- und Änderungsanträge gesucht. Wer irgendwo in den Unterlagen auf dem Tisch solche Unterlagen hat, soll die bitte ganz dringend an der Wortmeldestelle abgeben. Sonst kann die Frist nicht eingehalten werden.

Wenn wir schon beim Suchen sind: Wir haben etwas gefunden, den Delegiertenausweis von Günther Herrmann mit der Delegiertennummer 571. Er ist beschäftigt bei der Post. Der Ausweis ist hier. Hol ihn bitte hier ab, sonst kannst du heute nicht mit der Straßenbahn heimfahren.

Renate Birkel, 560

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Frank, ich bin dir auch sehr dankbar dafür, dass du den Postkonflikt in deinem Geschäftsbericht angesprochen hast und auch klargestellt hast, wie wichtig und wie stark unser Kampf dort gewesen ist. Wir haben eine Tarifauseinandersetzung mit vielen Warnstreikaktionen hinter uns - Walter hat es gesagt, Jürgen Kallert hat es auch schon einmal gesagt -, am Ende mit einem vierwöchigen unbefristeten Streik. Allein in meiner Niederlassung hatten wir 1.500 Streikende im Betrieb, die an über 60 Einsatzstellen in den Streik getreten sind. Das bedeutete für uns höchste Organisationsleistung. Wenn mir vorher jemand gesagt hätte, dass wir das hinbringen, hätte ich es nicht geglaubt. Aber wenn man im Kampf steckt, schafft man vieles. Ich habe so etwas in meinen 37 Berufsjahren noch nicht erlebt. Ich muss zugeben: Das hat, glaube ich, nicht nur mich stark beeindruckt und auch verändert, sondern das wirkt auch heute immer noch sehr emotional in uns allen nach.

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Wir haben uns als Fachbereich mit einem Konzern angelegt, der überhaupt keinen Zweifel daran gelassen hat, dass er einschneidende Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen unserer Beschäftigten durchsetzen will.

Ihr habt es gehört: Ihm waren keine Mittel zu blöd und keine Schweinereien zu groß. Wenn wir am Tor zum Streik aufgerufen haben, hat der Niederlassungsleiter neben uns gestanden und hat auf die Beschäftigten eingeredet, sie sollten doch hereinkommen. Er hat ihnen unbefristete Verträge versprochen. Er hat Beamte auf bestreikten Posten eingesetzt. Es gibt ja einen Tarifvertrag, wonach die Leiharbeiter nicht auf bestreikten Posten eingesetzt werden dürfen. Man hat dann bei uns einen Scheinwerkvertrag in der stationären Bearbeitung an eine Tochter der Post vergeben. Und dann hat diese Tochter der Post die Leiharbeiter eingestellt. Über Nacht sind Kolleginnen und Kollegen aus Rumänien angekarrt worden, die dann mit Koffern bei uns aufgetaucht sind. Man hat Löcher in Zäune geschnitten, damit diese Kolleginnen und Kollegen nicht an unseren Streikzelten vorbei mussten. Das war Druck, und das war echter Arbeitskampf.

Von Vorständen gab es auch die Aussagen: „Von mir aus kann die ver.di bis Weihnachten streiken.“ Denen waren die Kunden egal. Sie haben den Streik brutal unterlaufen. Sie haben zu Hause bei den Beschäftigten angerufen und haben diese unter Druck gesetzt, dass sie auf die Arbeit kommen sollten.

Trotzdem, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir auch ganz, ganz viel Positives in dieser Zeit erlebt. Wir haben eine unglaubliche Solidarität unter unseren Kolleginnen und Kollegen gehabt. Es war unglaublich, was die im Streikzelt an Essen, an Trinken und an Ideen, wie wir weitermachen könnten, angeschleppt haben. Beschäftigte, die vorher eher passiv gewesen sind, haben sich plötzlich beteiligt und sind zu Aktivposten geworden. Jürgen Kallert hat gesagt: Wir haben in dieser Auseinandersetzung sehr, sehr viele neue Mitglieder hinzugewonnen. Wir haben 4.000 Beschäftigte in unserer Niederlassung, und davon sind jetzt 3.200 Mitglieder. (Beifall)

Der Tarifabschluss wird in unseren Betrieben von allen, wenn man ihn erklärt, als sehr positiv angesehen. Und wir haben in Deutschland in den letzten Monaten mehr als 8.000 unbefristete Übernahmen bei der Deutschen Post AG gehabt, und zwar auch Übernahmen in unser Lohnsystem, das der Arbeitgeber vorher abschaffen wollte. Wir haben dadurch einen ganz umfassenden Schutz. Niemand kann gekündigt oder änderungsgekündigt werden. Wir haben auch eine tolle Absicherung für unsere Paketzusteller bei der Post.



Festzustellen ist, dass der Postvorstand seine Ziele bei weitem nicht erreicht hat. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass er die Gewinnmargen, die er sich vorgegeben hat, mit diesem Abschluss wird erzielen können.

Deshalb hat es mich manchmal ein bisschen betroffen gemacht, wenn ich in der Organisation gehört habe: „Na ja, so toll war der Abschluss nicht. Ihr habt nur das halten können, was ihr vorher gehabt habt.“ Dass das die Medien machen, ist mir klar. Aber wenn solche Äußerungen aus meiner Organisation kommen, dann trifft mich das schon ein bisschen.

Deshalb habe ich mich hier auch zu Wort gemeldet; denn ich möchte darstellen, wie gut dieses Paket für unsere Menschen im Betrieb ist. Dort ist es nämlich so: Die meisten Kritiker dieses Abschlusses sind entweder die Streikbrecher oder die Nichtmitglieder oder diejenigen, die nahe beim Arbeitgeber stehen.

Deshalb gilt heute mein Dank allen hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen in ver.di, die diesen Erfolg erreicht haben, allen voran der Andrea Kocsis mit ihrer Mann- und Frauschaft in Berlin, aber auch den Landesleitungen und Landesfachbereichsleitern. Mein Dank gilt aber auch der Gesamtorganisation für die Unterstützung. Das will ich ausdrücklich sagen. Ganz besonders - auch das will ich hier deutlich machen - gilt mein Dank auch den Bezirken, die durch die Streikgeldbearbeitung von uns sehr gefordert worden sind.

Angela Gantke, Kongressleitung

Renate, kommst du bitte zum Schluss.

Renate Birkel, 560

Ja, ein Satz noch. - Ich habe eine Anregung, die ich gerne weiterbringen möchte: Aufgrund unserer Erfahrungen sollten wir in der Organisation das Thema Streikgeld einmal ausführlich bearbeiten. Das habe ich gemerkt. Wir müssen unbedingt dranbleiben an der Geschichte Leiharbeiter in bestreikten Betrieben und bei der Eingrenzung der Werkverträge. - Danke. (Beifall)

Angela Gantke, Kongressleitung

Ich danke dir, Renate.

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Wie ihr merkt, machen wir keine Pause. Wir müssen heute pünktlich um 18 Uhr Schluss machen, damit die Landesbezirksabende auch wie geplant stattfinden können. Deswegen möchten wir gerne mit der Aussprache zu den Berichten fortfahren. Wir hoffen, dass Ihr Verständnis dafür habt. - Ich gehe davon aus, weil es jetzt kein großes Hallo gegeben hat. - Oh, dort ist ein Geschäftsordnungsantrag am Mikrofon 2.

Ellen Maurer, 196

Ich finde, es ist der Aussprache nicht angemessen, dass die Kolleginnen und Kollegen, die sich hierauf vorbereitet haben, jetzt vor einem halbleeren Saal sprechen müssen. Frank hat vorhin gestört, dass da hinten ein paar Tassen geklappert haben, was ich verstehe. Ich weiß, wie das ist, wenn man da vorne redet. Aber dass hier jetzt keine Pause gemacht wird und diejenigen im Endeffekt damit konfrontiert werden, dass es hier eine ziemlich große Unruhe im Saal gibt und dass es mehr als nur Tassengeklapper gibt, ist nicht akzeptabel.

Daher beantrage ich - wir werden mit der Aussprache bei 45 Wortmeldungen heute sowieso nicht fertig -, dass wir hier eine zehnmünütige Pause machen, damit sich danach wieder alle auf ihren Plätzen versammeln und wir dann weiterdiskutieren können. - Danke. (Beifall)

Angela Gantke, Kongressleitung

Ich danke dir, Kollegin Maurer.

Wir haben einen Geschäftsordnungsantrag. Heute früh haben wir gelernt: Wenn wir den haben, dann stimmen wir darüber auch ab. Es bedarf auch keiner formalen Gegenrede. Ihr habt alle eure Stimmkarten griffbereit. Wer dem Antrag der Kollegin stattgeben möchte, dass wir eine zehnmünütige Pause brauchen, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Okay, jetzt bitte runter. Wer der Meinung ist, dass wir ohne Pause durchmachen sollten, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Bevor wir die Zeit mit Auszählen verlieren, ist es von unserer Warte aus doch überwiegende Meinung gewesen, keine Pause zu machen. (Beifall) Kann die Kollegin damit leben? - Sie äußert sich nicht; dann machen wir weiter. Ich möchte euch auch dringend bitten, die Redezeit nicht zu überschreiten. Ihr macht mich wahn-sinnig nervös, wenn ich euch das Wort entziehen muss. Verschont mich bitte davon, wenn ihr da vorne sprecht. Es gibt am Pult eine Ampel. Ansonsten bin ich jetzt sehr streng und muss es doch sagen.

Als Nächste spricht Nina Dusper mit der Delegiertenummer 324.



Nina Dusper, 324

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Frank! Liebe internationale Gäste! Wie ihr im Bericht lesen konntet, gibt es seit einiger Zeit einen Fokus auf die Gewinnung junger Frauen in ver.di - ich zähle mich jetzt einfach noch dazu -, und dazu gibt es auch ein Projekt, das ihr bei uns, bei den ver.di-Frauen kennenlernen und auch unterstützen könnt.

Ich möchte euch etwas berichten, weil ich denke, dass wir heute auf anderen Wegen zu ver.di kommen und auch zur aktiven Arbeit als unsere Väter oder in dem Fall Mütter. Als ich zur ver.di-Arbeit kam, haben sich zwei sehr engagierte Vorsitzende des Bezirksfrauenrats Ruhr-Niederrhein aktiv eingeschaltet.

Zur Frauenarbeit oder zur Arbeit unter jungen Frauen gehört meiner Meinung nach zu lernen, den Dingen auf den Grund zu gehen, das Übel an den Wurzeln zu packen, sei es lokal oder auch international. Ich bin der Meinung, dass die wirksamste Waffe gegen Spaltung, Rassismus und Hetze die höher angesiedelte Vereinigung unserer Frauen- und Arbeiterbewegung international ist. (Beifall)

Als die griechischen Stahlarbeiter in der Nähe von Athen streikten, sammelten wir Frauen nicht nur Spenden für das dortige Frauenkomitee, sondern wir schickten an Weihnachten auch 30 Schuhkartons mit Geschenken für die Kinder, als der Streik längst beendet war und viele Arbeiter arbeitslos wurden. (Beifall)

Ich denke, von diesem Kongress wird und muss angesichts der Flüchtlingskatastrophe ein starkes Signal der internationalen Solidarität ausgehen. Diese findet eben auch an der Basis statt.

Das ist keine Einbahnstraße. So waren wir Duisburger Frauen erschüttert über die große Katastrophe wie dem Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch. Alle großen Unternehmen vergossen scheinheilige Krokodilstränen. Wir dachten, was tun - Boykott oder Protest? Wir stellten über das Netzwerk der Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen Kontakt zu diesen Textilarbeiterinnen und den Gewerkschaften in Bangladesch her. Sie berichteten, um das Übel an der Wurzel zu packen, müssen sich die Textilarbeiterinnen in den Gewerkschaften organisieren. Aber bei 14- bis 16-Stunden-Schichten braucht es dazu hauptamtliche Organizerinnen. Diese 50 Euro Monatsgehalt fehlten aber der Gewerkschaft. So sammelten wir Geld für ein Jahresgehalt einer Organizerin. Durch die Unterstützung des Bundesfrauenrats wurde das Projekt bekannt. ver.di-Frauen von Berlin bis München sammelten

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

mit. Inzwischen konnten wir acht Jahresgehälter von Organizerinnen finanzieren. (Beifall - Bravorufe)

Der Organisationsgrad steigt dort, wo diese Organizerinnen arbeiten, von fünf auf zwölf Prozent sprunghaft an. Und die Frauen aus Bangladesch berichteten uns, dass sie die Streiks der Erzieherinnen, der Post und an den Flughäfen, von ver.di organisiert, verfolgen und in Bangladesch bekannt machen. (Vereinzelt Beifall) Ist dieser Weg nicht lohnenswert?

Ich denke, dass es von solchen Projekten viel mehr in unserer Gesellschaft gibt, dass diese Perlen gehoben werden müssen und dass das auch eine Förderung junger Frauen bedeutet. Ohne die Kontakte und die aktive Unterstützung der Koordinatorinnen der Weltfrauenkonferenz wäre unser erfolgreiches Projekt gemeinsam mit ver.di nicht entstanden.

Jetzt beschloss im Mai 2015 die Bundesfrauenkonferenz die Unterstützung der zweiten Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen im März 2016 in Nepal und sogar in Kathmandu - natürlich im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten der Einheiten.

Diese Konferenz wird derzeit auf vier Kontinenten in 60 Ländern von Frauen vorbereitet. Basisfrauen werden dort zusammenkommen und über ihre Erfahrungen, Kämpfe, Forderungen und Zusammenarbeit beraten. Ich denke, wir ver.di-Frauen müssen dort dabei sein, und unsere vielfältigen Erfahrungen gehören dazu. (Beifall)

Ich fände es richtig, wenn wir von ver.di dort mit einer Delegation teilnehmen würden. Es gibt in ver.di auch Frauen, die das sehr gern machen würden. Der Bundeskongress sollte diese Initiative unterstützen. - Vielen Dank, und: Hoch die internationale Solidarität! (Beifall - Bravorufe)

Angela Gantke, Kongressleitung

Recht herzlichen Dank, Nina. - Es kommt nun der Kollege Gotthard Krupp-Boulboulle, Teilnehmernummer 132

Gotthard Krupp-Boulboulle, 132

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Frank. Ich glaube, es war wirklich richtig, einen Schwerpunkt auf die Tarifverträge und die Angriffe auf die Tarifverträge, auf die Tarifflucht, zu legen. Es ist das zentrale Problem, vor dem wir heute stehen. Ich denke, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir registrieren, dass die Arbeitgeber - egal, ob privat oder öf-



fentlich; denn wir haben gerade im öffentlichen Sektor die Tarifflicht - damit eine Grunderrungenschaft deutscher Gewerkschaften infrage stellen. Das müssen wir bekämpfen. Und diese Frage der Tarifflicht ist die zentrale Frage.

Das Gleiche, den Angriff auf das Streikrecht, haben wir auf internationaler Ebene, selbst bei der Internationalen Arbeitsorganisation. Nach 60 Jahren gehen Regierungen und Arbeitgeber dahin und stellen das Streikrecht infrage. Das ist ein Skandal, das müssen wir bekämpfen, und zwar nicht in Hinterzimmern, sondern öffentlich. Wir können es nur verteidigen. (Leichter Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Philip Jennings hat ja gesagt, wie das Streikrecht überall in Europa angegriffen wird. Es geht weiter. Sie werfen die Streikenden ins Gefängnis. 300 sitzen in Spanien inzwischen im Gefängnis, weil sie gestreikt haben, stehen vor ihren Prozessen. Deswegen: Wir haben eine allgemeine Offensive gegen uns Gewerkschaften. Das muss uns klar sein.

Vor diesem Hintergrund müssen wir einmal das Tarifeinheitsgesetz sehen. Dazu hast du ja einiges gesagt.

Aber jetzt nehmen wir das Beispiel Post. Was ist der große Erfolg des Streiks bei der Post? - Jeder wusste, es geht um Ausgründung, gegen die DHL, 49 Betriebe. Wir durften es nicht sagen. Der Kollege von vorhin hat es auch noch einmal gesagt. Warum eigentlich nicht? Warum können wir das nicht sagen? Wenn es um unsere Tarifverträge geht, wenn sie durch Tarifflicht, durch solche Ausgründungen unsere Tarifverträge zerstören, dann haben wir selbstverständlich ein Streikrecht. Und das müssen wir einfordern. Denn zum Beispiel bei Cockpit - und ich glaube, sie hätten das auch gern bei ver.di; sie haben es nicht gewagt bei ver.di, aber bei Cockpit - hat gerade das Hessische Landesarbeitsgericht vor wenigen Tagen gesagt: Nein, es gibt kein Streikrecht bei Ausgründungen. - Nein. Das ist ein Freibrief, ein gerichtlich sanktionierter Freibrief für weitere Tarifflicht. Das können wir nicht zulassen.

Und wir als Gewerkschaft sagen: Bei Tarifflicht haben wir ein Streikrecht, denn es geht um die Verteidigung der Existenz unserer Tarifverträge. Und da setzen wir alle gewerkschaftlichen Mittel ein. Wir können an dieser Stelle kein Streikverbot, kein gerichtlich sanktioniertes Streikverbot akzeptieren. Wie wir dahin kommen, das ist die Diskussion, die wir auf diesem Kongress brauchen. Das ist die zentrale Frage. Denn Digitalisierung 4.0, was ist das denn in letzter Konsequenz? - Auch eine Form der Ausgründung. Das wird Hauptthema sein, dass sie die Betriebsstrukturen zerschlagen, die Arbeitsplätze. Und da sollen wir im-

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

mer nicht handlungsfähig sein? - Das kann nicht sein. Da müssen wir unsere gewerkschaftlichen Mittel einsetzen.

Michael Sommer hat auf dem Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes gesagt: Das Streikrecht ist unverhandelbar. - Damit hat er recht. Wir müssen unsere Einschränkung des Streikrechts überwinden. Wir fordern eine Ausweitung des deutschen Streikrechts und lehnen jede weitere Einschränkung ab.

Gehen wir diesen neuen Weg, wie wir ihn zum Beispiel bei der Charité begonnen haben, lassen wir uns gemeinsam davon nicht einschüchtern, sondern gehen wir voran und versuchen wir einen Prozess zu organisieren, dass wir die Tariffucht real überwinden! Das ist unsere Aufgabe, dahin müssen wir kommen. - Recht herzlichen Dank. (Beifall)

Angela Gantke, Kongressleitung

Ich danke dir, Gotthard. - Die nächste Rednerin ist Vera Zarwel, Teilnehmernummer 609.

Vera Zarwel, 609

Lieber Frank, liebes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Jeder Betriebsrat steht für seine Arbeitnehmer ein. Er setzt sich umfassend, umfangreich jeden Tag, auch unter Einbeziehung seiner eigenen Freizeit, für seine Kolleginnen und Kollegen ein. Das ist lobenswert. Das ist toll. Und oftmals wird es auch von unserer Organisation nicht so richtig gewürdigt. Das ist selbstverständlich.

Das Arbeitnehmerschutzgesetz dient dazu, dass unsere Kolleginnen und Kollegen freie Fluchtwege in unseren Unternehmen haben, dass sie nicht zu Schaden kommen. Da werden Brandschutzhelfer eingesetzt, Ersthelfer eingesetzt, Ordnungshüter benannt.

Die Arbeitsstättenverordnung ist dringend notwendig, damit unsere Leute nicht krank werden. Dafür kämpfen wir jeden Tag.

Diese paar Gesetze, die ich hier aufgezählt habe, dienen dazu, dass unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geholfen wird.

Eine betriebliche Überstundenregelung ist selbstverständlich - entweder im Tarifvertrag oder durch eine Betriebsvereinbarung. Daran wird nicht gerüttelt. Das steht nicht zur Dis-



position. Darüber wird überhaupt nicht diskutiert. Eher im Gegenteil. Wir diskutieren darüber: Wie können wir diese Rechte weiter zementieren und ausbauen? Das ist auch gut so.

Aber meine Frage an euch alle ist: Warum diskutieren wir nicht über die Erhaltung des arbeitsfreien Sonntags im Handel? Warum kämpfen wir da nicht genauso heiß und engagiert dafür, wie wir die anderen Rechte in unseren Betrieben durchsetzen? Die Öffnungszeiten im Handel sind sukzessive verlängert, noch einmal verlängert und ausgebaut worden. Unsere Arbeitgeber im Handel, im Einzelhandel, wie im Großhandel, möchten am liebsten 8 Tage in der Woche und 24 Stunden am Tag aufmachen, damit sie systematisch mehr Umsatz erreichen.

Wir alle, die wir hier sitzen, wissen, dass das eine Verschiebung ist, die im Endeffekt nur dazu dient, mehr Rendite zu erreichen, das heißt mehr Profit.

Wir wissen aber auch, dass es so nicht geht. Es gibt in 15 Bundesländern Ladenöffnungsgesetze. In Bayern gibt es noch das alte Bundesladenschlussgesetz. Aber wenn der arbeitsfreie Sonntag kippt, was kippt denn da noch alles? Für uns im Bereich Handel ist es Priorität, den arbeitsfreien Sonntag zu erhalten, und zwar nicht nur für die Verkäuferinnen und Verkäufer, sondern das ist ein Rattenschwanz ohne Ende. Da müssten Schulen und Kinderinstitutionen und auch noch andere Betriebe aufmachen, weil sich das zu einem Arbeitstag entwickelt. Wollen wir, dass sieben Tage in der Woche sieben Arbeitstage sind? Wann haben wir noch Zeit für Freunde, für Familie, für unsere Kinder, für soziale Kontakte, für gegenseitige Unterstützung und Hilfe?

Ich rufe euch alle auf: Engagiert euch für den arbeitsfreien Sonntag im Handel. Lasst ihn nicht sterben. (Beifall) Wir Händler wollen nicht in einer Welt leben, in der jeder Tag ein Arbeitstag ist, wo nur noch die Produktivität zählt und wo der Mensch hinten herunterfällt. Wir rufen euch dazu auf, das Arbeitnehmerschutzgesetz zu retten. Helft durch eure Initiativen querbeet durch alle Bereiche mit, den Sonntag zu erhalten. Die Betriebsräte im Handel sollten solche Anträge, die an euch herangetragen werden, kategorisch ablehnen. Das ist unsere Mitbestimmung, unsere Pflicht und unsere Aufgabe. Helft mit, dass der arbeitsfreie Sonntag im Handel bleibt!

Nehmt Initiativen wahr, engagiert euch! Wir haben zum Beispiel in Bayern mit der Kirche zusammengearbeitet. Das hat toll geklappt, dass der 1. Mai, der auf einen Sonntag fiel, arbeitsfrei blieb. Es ist schon eine Schande, dass man am 1. Mai, unserem Tag der Arbeit, arbeiten soll. Und dann noch an einem Sonntag - das geht gar nicht.

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Es ist notwendig, dass wir alle mithelfen. Ich bitte euch als Kongress um eure Unterstützung. (Beifall)

Angela Gantke, Kongressleitung

Ich danke dir herzlich, Vera. - Es kommt nun die Kollegin Karin Wagner mit der Delegiertennummer 148.

Karin Wagner, 148

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sind so viele Reden gehalten worden, es ist zum Bericht sehr viel gesagt worden. Es gab Ergänzungen, es gab von Philip Jennings so eindrucksvoll die Benennung vieler politischer Schwerpunkte, die uns alle bewegen. Es ist hier schon gesagt worden: Tarifikämpfe, den Erhalt von Tarifverträgen, den Kampf gegen die Zerschlagung von Tarifverträgen müssen wir hier in der Konferenz diskutieren. Nein, wir müssen es in der Breite diskutieren. Alle Menschen müssen verstehen, die Bevölkerung muss verstehen, was passiert. Es reicht nicht aus, in geschlossenen Räumen zu diskutieren.

Genau da ist mein Ansatz, warum ich sage: Wir brauchen Bildungsarbeit, wir brauchen mehr Bildungsarbeit. (Beifall) Wir haben die Information, dass Pegida hier heute Abend wieder demonstriert. Man muss einmal in jedes Bundesland schauen, was sich dort im Zusammenhang mit dem Strom von Flüchtlingen tut, die Hilfe brauchen, die nicht aus ihren Heimatländern weggehen, weil sie so gern wandern wollen, sondern weil sie in Not sind und einfach nur leben möchten, weil sie existieren können möchten.

Aber in der Bevölkerung werden Ängste wach, die immer stärker dazu führen, dass Menschen nicht mehr wissen, wie sie das Ganze einordnen sollen. Sie fragen sich: Ist möglicherweise meine Existenz auch dadurch bedroht, dass so viele Flüchtlinge kommen? Diese Denkweise erfordert Antworten. Man muss Diskussionen führen, man muss den Menschen Informationen geben.

Letztens hatte ich ein Gespräch mit einer Kollegin, die mir sagte, dass ihre Mutter, mittlerweile 87 Jahre, zu Hause sitzt und Angst hat, dass sie eine Einquartierung bekommt, dass ihr Flüchtlinge zugewiesen werden. Dieses Gedankengut ist furchtbar, diese Ängste. Aber wir müssen damit umgehen. Ich finde, dabei haben wir als Gewerkschaft eine riesengroße Aufgabe.



Da reicht es halt nicht aus, dass wir beispielsweise Funktionäre wie Betriebsräte schulen. Auch Personalräte müssen wir schulen. Sie brauchen unheimlich viel Wissen, weil sie diejenigen in ihren Einrichtungen sind, die die Diskussion fortsetzen müssen. Sie müssen in solchen Diskussionen Antworten geben. Sie müssen in der Lage sein, mit Menschen zu diskutieren.

Es gibt Grundlagenseminare, um Betriebsräte und Personalräte fit zu machen. Solche Seminare wiederum brauchen einen Ort. Sie brauchen einen Ort, wo sie stattfinden. Da gilt nicht das, was im schriftlichen Bericht steht: Der Markt der Bildungsanbieter für mitbestimmungsbezogene Themen ist hart umkämpft. Viele Anbieter sind daran beteiligt, die mehrheitlich kommerziell auf Gewinnerzielung orientiert sind. Eine Nähe zu ver.di und ihren Zielen besteht nicht.

Stimmt. Wir werden zugeschüttet mit Bildungsangeboten, verbunden mit netten Besichtigungen, fast Urlaubsreisen, die nichts, aber auch überhaupt nichts mit politischer Bildungsarbeit zu tun haben. Aber auch Betriebsratsseminare und Personalratsseminare sind politische Aufgaben, sind politische Seminare. Sie sind nicht steril und frei. Unsere ver.di-Seminare sind politisch und betriebsnah. Sie sind real in dieser Gesellschaft eingeordnet.

Sie können in Hotels, wo die Menschen abends auseinandergehen, wo man von Fremden empfangen wird, nicht so durchgeführt werden wie in Bildungsstätten. Wer in Bildungsstätten ankommt, begrüßt Kolleginnen und Kollegen. Wer in Bildungsstätten ankommt, hat die Gelegenheit, sich in einem Umfeld zu bewegen, wo man miteinander diskutiert und unter Kollegen ist.

Ich kann ruhig sagen: Für uns als Teamerinnen ist es ein anderes Arbeiten, denn die Menschen gehen anders miteinander um. Bildung braucht einen Ort.

Wir haben gehört, dass eine Bildungsstätte geschlossen wird. Der Beschluss ist im Gewerkschaftsrat gefasst worden. Ich bin der Überzeugung: Wir haben nicht lange genug darum gerungen. Es wird als Folge dieses Beschlusses Austritte geben. Wir haben nicht lange genug um diese Bildungsstätte gekämpft.

Ich möchte, dass Bildungsarbeit ein großer Schwerpunkt in der zukünftigen Arbeit dieser Gewerkschaft ist und noch wichtiger wird. Wir müssen die Menschen auffangen, die in dieser Gesellschaft verunsichert sind. Das ist eine ureigene Aufgabe, die wir als Gewerkschaft in Bildungsstätten zu erfüllen haben. (Beifall)

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Angela Gantke, Kongressleitung

Danke dir, Karin. - Als nächste Rednerin folgt Petra Müller.

Petra Müller, 378

Hallo, mein Name ist Petra Müller. Ich bin nicht von der Post, wie man sieht. (Beifall) Ich würde gern noch etwas zu unserem Streik sagen. Ich denke, wir sind uns einig, dass Schluss sein muss mit der Herabwürdigung von sogenannten Frauenberufen durch anhaltende niedrige Bezahlung. (Beifall)

Wir haben in unserem vierwöchigen Streik viel gelernt, sind selbstbewusst geworden, sind ideenreich und kampfbereit für unsere Forderungen aufgetreten. Wir haben Argumente gebracht, dass genug Geld da ist. 62 Prozent der Bevölkerung standen zu diesem Zeitpunkt solidarisch hinter uns. Wir haben bei uns in Gelsenkirchen, woher ich komme, bei der Befragung das Schlichtungsangebot mit großer Mehrheit abgelehnt, weil es spaltet. Wir haben bewusst entschieden: Ja, wir sind bereit, weiter unbefristet zu streiken. (Beifall)

Die Schlichtung hat uns kalt erwischt. Da wird deutlich, wie eingeschränkt das Streikrecht in Deutschland tatsächlich ist. Es ist genau richtig, dass wir uns auf dem Kongress weiter über das Streikrecht auseinandersetzen müssen: politisch, umfassend, gesetzlich und allseitig.

Dieses eingeschränkte Streikrecht reicht uns nicht, und den weltweiten Angriff aufs Streikrecht müssen wir letztendlich auch gemeinsam weltweit zurückschlagen. Frank, du hast als Vorsitzender einer DGB-Gewerkschaft klar Position gegen das Tarifeinheitsgesetz bezogen. Dafür erst einmal herzlichen Dank.

Wir brauchen heute einen Aufstand des gewerkschaftlichen Gewissens. Dazu gehört auch, dass keine im Kampf stehende Belegschaft im Regen stehen gelassen werden darf, wie es bei uns letztlich mit der Opel-Belegschaft in Bochum der Fall war. Dazu entstand übrigens eine bundesweite Petition, für die ich Unterschriften sammle.

Gewerkschaften sind stark, wenn sie kämpfen. Diese Richtung muss auch im DGB geklärt werden. (Vereinzelt Beifall) Dazu gehört auch, wie wir weiter streiken. Unser weiterer Streik soll unberechenbar und unkonventionell sein: mal nur drei Stunden schließen oder Streik ankündigen und doch arbeiten.



Diese Streiktaktik macht uns in Gelsenkirchen aber Probleme. Ich habe den Auftrag, das hier auch vorzubringen. Denn das spaltet in kampfbereite, nicht so kampfbereite, nicht organisierte oder in der kombi-gewerkschaft organisierte Kolleginnen und Kollegen. Die meisten unserer Kitas und Abteilungen sind nicht zu 100 Prozent organisiert und können daher nur sehr schwierig stundenweise schließen. Aber bei einem Vollstreik wäre ein Dienstbetrieb tatsächlich nicht möglich.

Wir sind streikbereit und können uns dann nur an den einzelnen Massenstreiktage beteiligen. Die Streikleitung soll dann diese Chaos-Streiktage organisieren. Das geht bei weit über 1.000 Beschäftigten bei uns nicht so nebenbei, sondern das geht an die Substanz der ehrenamtlichen und der hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen. Das verstehen wir nicht darunter, dass der Streik wehtun muss.

Wir haben die Befürchtung, dass der Streik abbröckeln wird. Daher muss die weitere Streiktaktik noch mal durchdacht werden. Wir müssen in die Offensive gehen, und da muss die ganze Mannschaft nach vorne. - Danke. (Beifall)

Angela Gantke, Kongressleitung

Danke. - Jetzt kommt Björn Borgmann mit der Delegiertennummer 673. (Zuruf: Zuerst Eva!) Wir müssen es fürs Protokoll korrigieren. Jetzt spricht Eva Gürster mit der Delegiertennummer 825.

Eva Gürster, 825

Die beiden Kollegen hinter mir kommen auch vom Fachbereich 3. Daher bringe ich nicht viele konkrete Beispiele.

Zunächst möchte ich die Erzieherin unterstützen, die gerade vor mir gesprochen hat. Ich weiß nicht, ob ihr alle das wisst, aber in dieser Mitgliederbefragung ging es um die Fragestellung „Ich bin gegen die Annahme der Schlichtungsempfehlung und bereit, weiter unbefristet zu streiken“. Das ist der klare Auftrag, und ich meine, wir sollten die Entschlossenheit der Erzieherinnen an dem Punkt unterstützen. (Beifall)

Philip Jennings hat gesagt, für alle Arbeitnehmer in Europa und weltweit stellen sich dieselben Fragen. Wir haben die Situation, dass in Griechenland seit fünf Jahren gestreikt wird. Die griechischen Arbeitnehmer, die griechischen Gewerkschaften lassen sich nicht brechen. In Deutschland gibt es aufgrund unseres Handelns 1,5 Millionen Streiktage. Ich

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

glaube, dass darin eine ungeheure Kraft in Europa liegt, gegen diese Pläne der Europäischen Union, der EZB und des IWF zur Strukturanpassung zu kämpfen. Wir haben eine große Kampfkraft in Europa, und ich glaube, das ist ein Beispiel, das für die Arbeitnehmer weltweit wichtig ist.

Bei uns im Gesundheitswesen geht es auch um einen Strukturanpassungsplan. Das Krankenhausstrukturgesetz, das am 7. September im Bundestag eingebracht worden ist, soll am 16. Oktober verabschiedet werden. Ihr habt im Geschäftsbericht gehört, dass ver.di einen Nachdienstcheck gemacht hat. Es ist gesagt worden, unsere Forderungen sind berechtigt. Wir sind für 162.000 Stellen in den Krankenhäusern. Wir haben am 24. Juni eine Aktion gemacht, an der sich 1.300 Krankenhäuser beteiligt haben. (Vereinzelt Beifall) Wir haben die 162.000 Stellen gefordert, aber dieses Krankenhausstrukturgesetz sieht in den nächsten Jahren nur 6.000 Stellen im Pflegebereich vor. Dieses Gesetz ist eine Verhöhnung unserer Forderungen nach mehr Personal, nach den berechtigten 162.000 Stellen. Das verhöhnt uns. (Vereinzelt Beifall)

Ein anderer Punkt: Zentral ist dieses Gesetz ein Gesetz zur Schließung von Krankenhäusern. Denn in diesem Gesetz werden Kriterien festgelegt, um Krankenhäuser aus den einzelnen Krankenhausplänen der Länder herauszunehmen. 20 Prozent der Krankenhäuser sollen geschlossen werden. Von heute 2.000 Krankenhäusern sollen 400 weg. Heute sind 18 Millionen Menschen pro Jahr im Krankenhaus. Wenn die 400 Krankenhäuser weg sind, liegen diese 18 Millionen Menschen in den Betten, in denen heute 14 Millionen Menschen liegen. Das ist eine Katastrophe.

Jetzt hat der Oberbürgermeister von Leipzig gesagt, das wäre eine Katastrophe; denn davon wären nicht nur die kommunalen Krankenhäuser wie das hier in Leipzig, sondern auch die Krankenhäuser in der Fläche betroffen. Das heißt, in der Situation, in der die Strukturen verändert werden sollen, in der Krankenhäuser dichtgemacht werden sollen, in der in diesem Krankenhausstrukturgesetz steht: „Wir stellen maximal eine Milliarde Euro zur Verfügung als Abwrackprämie,“ - das steht in dem Gesetz drin: 500 Millionen Euro vom Bund, 500 Millionen Euro von den Ländern - „um Krankenhäuser zu schließen“, ist das ein Skandal. Die Versorgung der Bevölkerung muss sichergestellt sein. Das heißt für uns ganz konkret, dass wir Patienten so lange in den Krankenhäusern behandeln wollen, wie es medizinisch nötig ist, und nicht rauswerfen wollen, wenn freie Betten erforderlich werden.

Daher möchte ich euch bitten, die Sache zu unterstützen und mit uns gemeinsam als Bundeskongress zu fordern, dass dieses Krankenhausstrukturgesetz der Regierung zurückge-



nommen wird. Außerdem müssen wir dafür eintreten, dass das am 16. Oktober nicht beschlossen wird. - Vielen Dank. (Beifall)

Angela Gantke, Kongressleitung

Ich danke dir, Eva. - Jetzt spricht als nächster Redner Björn Borgmann.

Björn Borgmann, 673

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr seht: Wir brechen eine Regel, wir kommen zu zweit. Wir sparen so ein bisschen Redezeit ein. Ich denke, das ist in eurem Sinne. (Beifall)

Wir kommen sozusagen zu zweit und setzen damit etwas symbolisch um, was wir im Fachbereich fordern. Frank hat es vorhin in seinem Bericht erwähnt: Wir haben in diesem Jahr mit ehren- und hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen die Stationen in den Kliniken besucht und feststellen müssen, dass in vielen Bereichen eine Person allein für 25 zu pflegende Personen zuständig war. Daraus ist die Forderung „Keine Nacht allein“ im Fachbereich entstanden, und daher stehen wir heute hier zusammen, Kolleginnen und Kollegen. (Lebhafter Beifall)

Stellt euch das mal vor, wenn im Bezirk der Erste auftaucht und Rechtschutz geltend macht, weil er endlich „Keine Nacht allein“ geltend machen will. Ich hoffe, er weiß dann, dass damit die Arbeit auf Station gemeint ist. (Heiterkeit)

Der Lacher war klar, aber jetzt wird es ganz ernst. Denn es geht um euch, ihr alle seid betroffen. Viele von euch kommen aus dem Gesundheitswesen, kommen aus dem Fachbereich 3. Aber auch die anderen sind betroffen - sei es, weil sie selbst schon einmal Patienten waren, sei es, weil sie Angehörige haben, oder sei es, weil sie Angehörige haben, die selbst in der Pflege oder im Gesundheitswesen arbeiten.

Ich bin Konzernbetriebsratsvorsitzender der Rhön-Klinikum AG, und ich glaube, ich habe einen ganz guten Überblick darüber, wie die Situation im Krankenhausbereich aktuell ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was uns die Politik hier zumutet, ist ein Skandal. (Beifall)

Ihr habt es gehört: Rechtsform börsennotierte Aktiengesellschaft. Ich arbeite selbst in einem privatisierten Uni-Klinikum. Im Betrieb muss man damit umgehen, dass Baustellen

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

durch Personalstellen finanziert werden. Auch das, Leute, ist ein Skandal und wird von der Politik zugelassen. (Beifall)

Wenn man die Kolleginnen und Kollegen fragt - Frank hat vorhin von Aufwertung gesprochen -, so bedeutet Aufwertung natürlich auch, gut bezahlt zu werden. Selbstverständlich verdient eine Pflegekraft ein ordentliches Geld für den guten Job, den sie macht. Im Prinzip arbeiten wir fast alle für zwei oder für drei Personen, werden aber trotzdem nur so bezahlt, als wären sie ein Helferlein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Aufwertung fängt aber auch damit an, Belastungen einzudämmen. Der Pegel ist schon viel zu hoch. Die Belastung der Kolleginnen und Kollegen ist groß. Ihr könnt euch gerne überzeugen; draußen am Fachbereich-3-Stand seht ihr im Original, aber anonymisiert, aus verschiedenen Krankenhäusern Überlastungsanzeigen, also Situationen, von Pflegenden beschrieben, die deutlich machen, was es bedeutet, allein oder mit wenigen Personen für viele zu Pflegende, für schwerstkranke Menschen zuständig zu sein.

Wir haben in diesem Jahr mit der Aktion 162.000 als Fachbereich gezeigt, wie viele nach unserem Dafürhalten im Krankenhausbereich eigentlich fehlen. Damit - das soll an der Stelle auch noch einmal ganz deutlich werden - ist nicht nur Pflegepersonal gemeint. Ein Krankenhaus funktioniert nur durch Teamarbeit. Jeder einzelne, jede Berufsgruppe ist dafür notwendig, von der Putzfrau über die Krankenschwester, über die Chefärztin bis hin zu den Verwaltungsmitarbeitern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, an der Stelle lassen wir uns von den Arbeitgebern auch nicht spalten. (Beifall)

Damit ihr einen Eindruck bekommt, was es eigentlich bedeutet, in der Pflege zu arbeiten: Im Jahr 2012 haben im Rahmen der DGB-Index - „Gute Arbeit“-Befragung schon über 74 Prozent der Befragten gesagt, dass sie sich nicht vorstellen können, ihren Job bis zur Rente auszufüllen. Ich wage mir gar nicht vorzustellen, was bei der Befragung im nächsten Jahr herauskommt.

Wenn da die Politik nicht endlich eingreift, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann darf sie sich auch nicht wundern. Die Politik lässt zu, dass Privatisierungen passieren. Im Betrieb muss man damit umgehen. Ich persönlich als Gewerkschafter sage: Daseinsvorsorge ist Aufgabe des Staates und gehört in staatliche Hand. (Beifall) Aber wenn der Staat das schon nicht hinkriegt, seine Verantwortung an der Stelle zu übernehmen, indem er Privatisierungen eindämmt, dann muss er wenigstens Personalmindeststandards festlegen, um einzudämmen, dass viele zu Pflegende alleine versorgt werden sollen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Arbeitgeber brauchen sich auch nicht zu wundern. Solange die Politik an der Stelle nicht auf uns zukommt, werden wir als Gewerkschaft selbst das Ganze in die Hand nehmen und im Zweifel mit unseren gewerkschaftlichen Mitteln - die Berliner Charité hat es uns vorgemacht - auch selbst dafür kämpfen, dass wir im Zweifel keine Nacht allein haben. - Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Manuela Homburg, 834

Kolleginnen und Kollegen, der Björn sprach gerade von Überlastungsanzeigen. Ich möchte euch einen Einblick geben, wo die Belastung schon anfängt. Ich könnte es nicht besser als mit einem konkreten Beispiel einer Auszubildenden.

Ich möchte einen Beschwerdebrief vorlesen: „Bereits zu Beginn begegnete ich der Problematik, ständig mit wechselnden Pflegern und Pflegerinnen zu arbeiten, die mich und meine Arbeitsweise sowie auch meinen Kenntnisstand und meine persönlichen Fähigkeiten in der Pflege deshalb auch jedes Mal aufs Neue kennenlernen mussten. Wegen dieser immer wiederkehrenden Kennenlernphase ist das Arbeiten nur auf der Ebene einer zugewiesenen Funktionspflege möglich, und der Dienst gestaltete sich so, dass ich einzelne Aufgaben unterstützend abarbeiten musste. Eine Gesamtbetrachtung der Patienten und ihrer Erkrankungen sowie Kenntniserweiterung bezüglich Krankheitsbildern war und ist mir bis heute nicht möglich. Vielmehr versuche ich, ein gegebenes Arbeitspensum abzuarbeiten und gegebene Aufgaben zu bewältigen. Ich muss gestehen, kaum etwas über meine Patienten zu wissen, oft nicht einmal die Aufnahmediagnose.“

Weiter beschreibt sie, dass sie kaum, dass sie die Station betrat, in Anspruch genommen wurde und auf Kommando durch die Station geschickt wurde. Da sie ihre eigene Patientengruppe von neun Patienten zu betreuen hatte, war sie nicht nur mit der Pflege dieser, sondern auch für alle organisatorischen Aufgaben wie Koordination von Untersuchungen, Dokumentation und Ausarbeitung der ärztlichen Visite zuständig.

Im Nachtdienst war sie allein mit einer Pflegekraft im Dienst und musste dort sogar 17 Patienten alleine betreuen.

Sie beschreibt, dass es ihr bei der Anzahl der Patienten nicht möglich war, allen Aufgaben wie Körperpflege, Nahrungsausgabe, Essen anreichen, Blutzuckerkontrolle, Medikamentenverabreichung, Lagerung und vielem mehr gerecht zu werden und überhaupt den Überblick zu behalten.

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Zu diesem Zeitpunkt war die Auszubildende im zweiten Ausbildungsjahr, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich kann euch sagen, dass sie jetzt ver.di-Mitglied ist. Ich bin stolz darauf, dass sie jetzt auch in meinem Bereich ist und zusammen mit mir für bessere Ausbildungssituationen kämpft (Beifall), aber auch für eine gesetzliche Personalbemessung, Kolleginnen und Kollegen.

Ich wünsche mir von Euch, dass keiner von euch am Ende der Woche nach Hause fährt, ohne die Petition von uns unterschrieben zu haben. Hier ist sie. Viele von euch haben sie schon unterschrieben. (Beifall) Ich bitte die Landesleiter, ich bitte alle, die Petition auch online zu verschicken. Allen Delegierten sage ich: Liebe Delegierte, nehmt sie mit in euren Bereich, zu euren Familien, zu euren Freunden. Lasst sie unterschreiben und schickt sie ausgefüllt nach Berlin zurück. Wir brauchen die Unterstützung von euch, damit das Thema auch im Bundestag behandelt wird. Wir brauchen eure Stimmen. Also bitte unterschreibt die Petition. Vielen Dank. (Beifall)

Angela Gantke, Kongressleitung

Vielen Dank, Björn und Manuela. Ich möchte diejenigen, die vorne sprechen, bitten, nicht zwischen den Mikrofonen zu sprechen. Dann hallt es nicht ganz so.

Wir haben jetzt noch zwei Redner, einen Redner und eine Rednerin, die wir drannehmen. Dann möchten wir für heute mit der Aussprache zum Geschäftsbericht aufhören. Wir haben danach aber noch den einen oder anderen Hinweis für euch.

Jetzt spricht Klaus Ernst Hebert-Okon mit der Delegiertennummer 342. - Steht der Klaus irgendwo an einem Mikrofon? Dann bitte ich um ein Handzeichen. Wir sehen dich nicht. - Er kommt.

Klaus Ernst Hebert-Okon, 342

Es wäre mir ganz recht, weil ich ein neues Thema anpacke, es morgen anzusprechen. Geht das?

Angela Gantke, Kongressleitung

Wird leider abgelehnt. Du kannst heute sprechen. Derjenige, den es betrifft, merkt sich das bis morgen.



Klaus Ernst Hebert-Okon, 342

Gut. Dann spreche ich das Thema heute an. Ich bin Klaus Ernst Hebert-Okon. Ich bin der Bezirksvorsitzende von Rhein-Wupper. Mir geht es um das Thema „Perspektive 2015“. Ich beziehe mich auf den Geschäftsbericht und die dazu mündlich gemachten Äußerungen von Frank und Monika.

Der Bezirk hatte schon vor ein paar Jahren in der letzten Periode eine Analyse dazu gemacht, welche Maßnahmen getroffen werden müssten, um die Mitgliederzufriedenheit nachhaltig zu steigern. Dabei konnten wir feststellen, dass Mitglieder, die feste Ansprechpartner in Betrieben und Verwaltungen haben, zufriedener sind als Mitglieder, die solche Ansprechpartner nicht haben. Wir haben dabei festgestellt, dass rund 47 Prozent der Mitglieder in unserem Bezirk keinen festen Ansprechpartner in Form von Betriebsräten, Personalräten oder Vertrauensleuten haben.

Diesen 47 Prozent der Mitglieder muss man gerecht werden. Wir sehen hier auch eine immer größere Zergliederung von Betrieben durch Ausgliederungen, sodass es immer weniger Ansprechpartner vor Ort gibt und deswegen eine steigende Tendenz von Einzelkämpfern, denen wir gerecht werden müssen.

Ein weiterer Punkt ist, dass wir im Bezirk immer wieder Anforderungen hatten aus den Kommunen, von Parteien, von gesellschaftlichen Vertretern bezüglich Positionen von ver.di und bezüglich Einbringung von ver.di in den kommunalen Prozess. Auch diesen mussten wir gerecht werden, und wir hatten uns in unserem Bezirk überlegt, dass man dafür mehr fachbereichsübergreifende Arbeit braucht, dass man a) außerdem Ressourcen braucht, die fachbereichsübergreifende Arbeit sicherstellen könnten, um dem einzelnen Mitglied gerecht zu werden, und dass man b) Ressourcen braucht, um den Anforderungen in der Kommune gerecht zu werden. Wir entwickelten die Forderung nach solchen Ressourcen, wobei uns bewusst war, dass man ja nicht mehr Ressourcen generieren kann. Wir hatten schon die Idee, dass man aus allen Einzelbereichen, aus den Fachbereichen und aus der Verwaltung, Ressourcen entsprechend abgeben muss. Ich stelle hierzu fest, dass wir bei der „Perspektive 2015“ mit der individuellen Mitgliederberatung, die wir angehen wollen, genau auf dem richtigen Weg sind, so wie wir es im Bezirk vor Ort auch brauchen.

Ich stelle fest, dass wir inzwischen auch in den Zukunftsregionen in NRW so weit sind, dass die Frage der Ressourcen für die örtliche Arbeit ein fester Bestandteil unserer Überlegungen ist. Insofern meine ich, dass fachbereichsübergreifende Arbeit - das kann man hier auch einmal sagen; denn es ist fachübergreifende Arbeit - das ist, was unsere Stärke als ver.di, als Organisation ausmacht, dass wir gleichzeitig natürlich aber auch die Vielfalt und die

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Fachlichkeit mit kollektiver Mitgliederbewegung stärken müssen. Das ist die Zukunft von ver.di. - Vielen Dank. (Beifall)

Angela Gantke, Kongressleitung

Ich danke dir, Klaus. - Es kommt jetzt Susanne Meister.

Susanne Meister, 746

Moin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Name ist Susanne Meister. Ich komme aus dem Fachbereich 12 Handel. Mein Landesbezirk ist Niedersachsen-Bremen. Ich bin seit 1981 Mitglied einer Gewerkschaft. Ich habe zurzeit verschiedene Funktionen, angefangen von einer örtlichen Fachgruppe bis hin zum Bundesfachbereichsvorstand. Im realen Leben arbeite ich bei Real, ich bin dort Betriebsratsvorsitzende in einem Markt. Mein Mutterkonzern ist die Metro. Dort sitze ich im Aufsichtsrat.

Wie ihr vielleicht schon mitbekommen habt, führt die Bundesfachgruppe Einzelhandel eine Befragung der Unternehmen durch um festzustellen, wer die Schlechten und wer die Guten sind. Das Ergebnis werden wir Euch in einer Positivliste zur Verfügung stellen. (Beifall) Ihr sollt ja wissen, wo ihr gut und damit auch nachhaltig einkaufen könnt. (Beifall) Bis vor drei Wochen habe ich gedacht, ich stehe mit meinem Arbeitgeber, mit dem man sich ja nicht immer einig ist, in guten Schuhen. Wir haben in jedem Markt einen Betriebsrat, wir haben einen Gesamtbetriebsrat, in dem auch ich Mitglied bin, wir haben eine GJAV, und wir haben eine Schwerbehindertenvertretung. Die Betriebsräte sind gut geschult, weil es sie schon lange gibt. Wir versuchen, den Flächentarif zu verteidigen und einzuhalten, und wir achten auf unsere Mitbestimmungsrechte. Das heißt nicht, dass die Betriebsräte bei Real nichts zu tun haben. Es ist nicht alles rosig. Wir kämpfen immer noch gegen Leiharbeit, gegen Werksverträge und, wie die Kollegin vorhin schon sagte, die Sonntagsöffnung macht uns sehr zu schaffen. Der Arbeitgeber will immer öffnen, sei es mit Werkverträgen oder mit Leiharbeitern. Aber ansonsten geht es bei uns.

Dann kam der 17. Juni, an sich ja schon ein besonderes Datum. Da ist unser Arbeitgeber Real aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten und gehört ihm jetzt nur noch als OT-Mitglied an, das heißt ohne Tarifbindung. Ich will ich euch das an einem Beispiel erläutern. Wenn heute die Kollegin Jaqueline Hanuta bei uns eintreten möchte, dann freuen wir uns, aber wir geben ihr kein Formular, in dem steht: „Möchtest du mit oder ohne Tarifvertrag ver.di-Mitglied werden?“ So ist unsere Situation. Ihr seht mich jetzt. Ich bin jemand, der in einer Tarifkommission einen Flächentarifvertrag verhandelt hat, der Aktionen gemacht hat



und jetzt keine Tarifierhöhung bekommt. Das bin ich aber nicht allein, sondern es sind 38.000 mit mir, von denen Gott sei Dank ganz viele ver.di-Mitglieder sind. (Beifall)

Ich stehe nun hier, damit ihr uns unterstützt. Unser Arbeitgeber soll unsere Unzufriedenheit spüren, und zwar durch uns. Wir haben diesen Kuchen gebacken, den er nicht verteilen will, aber wir wollen unser Stück haben. (Beifall) Er soll einfach merken, dass Verkäuferinnen und Verkäufer nicht nur lächeln können. Das können wir jederzeit auf Knopfdruck. Das haben wir gelernt. Wir können aber auch richtig zubeißen, wenn es sein muss. (Beifall) Dafür brauchen wir die gesamte Organisation. Ich finde, der Austritt eines solchen Unternehmens aus dem Flächentarifvertrag ist eine Kriegserklärung an uns alle. Heute wir, morgen ihr. (Beifall) Das heißt natürlich auch, dass ver.di uns das Personal dafür stellt, damit wir das richtig über die Bühne bekommen, damit der Arbeitgeber merkt, was es heißt, sich mit so vielen anzulegen. (Beifall) Ihr müsst uns unterstützen. Wir sind ja hier unter uns, da kann ich das ja sagen: Wir gehen wieder in die Streiks. (Beifall) Wenn der Arbeitgeber es so will, dann kriegt er es so. Das ist wie mit Kindern. Man wagt einmal, und dann gibt es einen auf die Nase.

Wir machen auch Aktionen, bei denen ihr uns überall unterstützen könnt. Kommt zum Streik. Schickt uns eine Solidaritätserklärung. Ihr sollt Real nicht bekämpfen, indem ihr dort nicht mehr einkauft, das auf keinen Fall. Das sind unsere Arbeitsplätze. Aber man kann viele ganz kleine Sachen machen, wie zum Beispiel eine Tüte Buchstabensuppe kaufen und dann sagen, man wolle diese Buchstabensuppe wieder umtauschen, weil nicht genug Bs in der Tüte sind. Das kostet 29 Cent, hält aber eine Kasse unheimlich auf. (Starker Beifall)

Angela Gantke, Kongressleitung

Susanne, komm bitte zum Schluss.

Susanne Meister, 746

Ich muss jetzt gehen. Ich wünsche mir eure Unterstützung. Einen schönen Kongress! Tschüss! (Starker Beifall)

Angela Gantke, Kongressleitung

Danke, Susanne. Es hat mir in der Seele wehgetan, dich zu unterbrechen. Aber du verstehst das. Ich komme aus dem Fachbereich. Danke für deinen Beitrag.

Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist jetzt fast 18 Uhr. Uns liegen noch zahlreiche Wortmeldungen vor, sodass wir einen guten Teil des morgigen Vormittags benötigen, um sie abzuarbeiten. Wir erinnern euch jetzt aber ausdrücklich daran, dass ihr morgen früh vor Kongressbeginn in der Zeit zwischen 8 Uhr und 9 Uhr im Eingangsbereich zum Plenum die Smartcards und die Stimmgeräte für die elektronische Abstimmung gegen Vorlage eurer Stimmkarte erhaltet. Bitte holt sie unbedingt ab. Hierzu wird der Barcode auf euren Stimmkarten eingescannt. Wir werden den genauen Ablauf des Abstimmungsvorgangs morgen erklären, möchten euch aber schon jetzt darauf hinweisen, bevor es deswegen morgen an den Ausgabestellen zu Irritation führt, dass trotz des Einscannens eurer Stimmkarte keine Zuordnung, weder der Smartcard noch des Sendegeräts, möglich ist. Also die dringende Bitte, eure Stimmkarte nicht zu vergessen. Sie ist Voraussetzung, um morgen wählen zu können. An den Ausgabestellen werden jeweils Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission sowie jeweils ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin der Firma Lumí, von der diese Geräte kommen, anwesend sein. Danach bleibt eine Ausgabestelle weiterhin geöffnet. Passt bitte auf die Smartcards auf, wie ihr das mit eurer Stimmkarte auch macht.

Denkt bitte auch daran, dass morgen um zwölf Uhr die Wortmeldefrist für die Antragsblöcke A, B, J und weiches D endet. Dies für die Franken. (Heiterkeit)

Dann haben wir noch einige Hinweise:

Hier links von der Bühne, gleich bei der Kaffeebar, sind rote Tonnen für das Altpapier aufgestellt.

Ein weiterer Hinweis: Wir haben Fundsachen. Es wurden gefunden ein Brillenetui, ein Halstuch, eine Wollmütze und eine Hotelkarte. Das reicht für das Nachhausekommen. Aber gesucht werden auch eine rote Jacke mit Kapuze und ein Samsung-Handy. Vielleicht könnte man auch tauschen. (Heiterkeit)

Es geht noch weiter. Ich habe noch eine wichtige Information für die Anreise zu den Landesbezirksabenden. Wie bereits heute Morgen angesprochen, kommt es aufgrund von Demonstrationen in der Leipziger Innenstadt heute zu einer Streckenänderung der Linie 16. Weitere Informationen sind den Infos bei den Landesbezirksabenden zu entnehmen.

Beachtet bitte auch, dass wir nach dem Schluss noch weitere Hinweise für morgige Delegiertentreffen auf der Leinwand dort hinten einblenden. - Ich höre gerade, dass sich der letzte Punkt erledigt hat.



Tagesprotokoll - Montag, 21.09.2015, 9.17-18.02 Uhr

Ich möchte den Kongress somit für heute unterbrechen. Wir von der Kongressleitung wünschen euch einen schönen Landesbezirksabend. Habt viel Spaß und ruht euch etwas aus, damit wir morgen gestärkt weitermachen können.

Wir sehen uns morgen früh wieder. Macht es gut. (Beifall)

Ende des 1. Kongresstages: 18.02 Uhr